

Sachdokumentation:

Signatur: DS 3291

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3291



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Soziale Arbeit

Institut für Delinquenz und Kriminalprävention

Erfahrungen und Wahrnehmungen von Antisemitismus unter Jüdinnen und Juden in der Schweiz

Juni 2020

Dirk Baier

unter Mitarbeit von Nina Ruchti und Maria Kamenowski

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	5
2	Methode und Stichprobe	7
3	Ergebnisse	12
3.1	Jüdische Identität	12
3.2	Problemwahrnehmung	16
3.3	Sicherheitserleben	23
3.4	Erfahrungen mit Belästigungen und Gewalt	30
3.5	Diskriminierungserfahrungen	38
3.6	Rechtsbewusstsein	43
4	Zusammenfassung	46
	Literatur	50
	Anhang: Flyer bzw. Plakat zur Befragung	51

1 Einleitung

In jüngerer Zeit haben verschiedene wissenschaftliche Studien auf das Phänomen des Antisemitismus aufmerksam gemacht. Zum einen veröffentlichte die European Union Agency for Fundamental Rights (2018) Ergebnisse einer Befragung unter 16 395 Jüdinnen und Juden in zwölf europäischen Ländern – die Schweiz war unter diesen Ländern allerdings nicht vertreten. Zentrale Befunde dieser Studie waren, dass neun von zehn Befragten die Ansicht vertraten, dass Antisemitismus in den fünf Jahren vor der Befragung zugenommen hat und insgesamt 85 % meinten, dass Antisemitismus ein ernsthaftes Problem in der Gesellschaft darstellt. Viele Befragten gaben dabei an, dass das Internet oder die Sozialen Medien in besonderer Weise zur Verbreitung des Antisemitismus beitragen. Werden die konkreten Erfahrungen betrachtet, so zeigt sich, dass 28 % der Befragten mindestens einmal in den letzten zwölf Monaten antisemitisch belästigt wurden, 11 % haben antisemitische Diskriminierung erlebt (in den Bereichen Arbeit, Ausbildung, Gesundheit oder Wohnen). Von allen Befragten gaben zudem 3 % an, dass sie in den zurückliegenden fünf Jahren antisemitisch motivierte physische Gewaltübergriffe erlebt haben. Vor dem Hintergrund dieser Befunde überrascht dann nicht, dass mehr als jeder dritte Befragte darüber nachgedacht hat, aufgrund eines zunehmenden Unsicherheitsgefühls auszuwandern. Die Jüdinnen und Juden Europas weisen damit zu einem nicht geringen Anteil negative persönliche Erfahrungen mit Antisemitismus auf; negative Wahrnehmungen bzgl. der Verbreitung des Antisemitismus sind noch einmal deutlich verbreiteter.

Diese Befunde können nicht ohne Weiteres auf die Schweiz übertragen werden. Gleichwohl belegen Befragungen aus der Schweiz, dass antisemitische Einstellungen durchaus in der Bevölkerung existieren. So wurden im Rahmen der Studie «Zusammenleben in der Schweiz» zuletzt im Jahr 2018 insgesamt 3 000 Schweizerinnen und Schweizer repräsentativ befragt (Bundesamt für Statistik 2019). Negative Einstellungen gegenüber Jüdinnen und Juden vertraten neun Prozent der Befragten. Im Vergleich zur Erhebung zwei Jahre zuvor ist dieser Anteil um einen Prozentpunkt gestiegen. Auch in Bezug auf junge Menschen bestätigt sich, dass antisemitische Vorurteile in der Schweiz existieren. Manzoni et al. (2018) ermittelten bei über 8 000 durchschnittlich 17- bis 18-jährigen Jugendlichen, dass 10,1 % der Schweizer Jugendlichen der Aussage zustimmen «Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig.»; 9,3 % stimmten der Aussage «Juden haben in der Schweiz zu viel Einfluss.» zu.

Insofern davon auszugehen ist, dass Einstellungen relevante Bedingungsfaktoren des Verhaltens von Menschen sein können, ist zu erwarten, dass auch in der Schweiz lebende Jüdinnen und Juden persönliche Erfahrungen mit antisemitisch motivierten Übergriffen gemacht haben. Umfassende Befunde zur Häufigkeit entsprechender Erlebnisse liegen in der Schweiz jedoch bislang nicht vor. In den «Antisemitismusberichten Schweiz» werden gleichwohl zumindest jene Vorfälle dokumentiert, die in irgendeiner Form dem Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund gemeldet wurden oder die dieser durch eigene Medien- und Internetrecherchen identifiziert hat. Im Jahr 2019 wurden bspw. 523 Vorfälle registriert, 2018 577 Vorfälle. Über 90 % der Vorfälle beinhalten dabei Aussagen, die Online getätigt wurden. Antisemitische Tötlichkeiten wurden 2019 nicht gemeldet, 2018 einmal. Dementsprechend scheint der Antisemitismus in der Schweiz eher verbale Formen anzunehmen, wobei auch dabei zu beachten ist, dass klar als Beschimpfungen einzustufende Meldungen im Jahr 2019 eher selten beobachtet wurden (zehn Vorfälle; vgl. Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund SIG/GRA Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus 2019, 2020). Bei all diesen Zahlen ist eine wichtige Erkenntnis der Studie der European Union Agency for Fundamental Rights (2018) zu beachten: Acht von zehn Jüdinnen und Juden, die antisemitische Belästigungen erlebt haben, berichten ihr schwerstes Erlebnis nicht der Polizei oder irgendeiner Organisation. Auch für die Schweiz ist davon auszugehen, dass die Antisemitismusberichte nicht die Gesamtheit aller Vorfälle abbilden, sondern immer nur einen Ausschnitt, und dass es damit ein mehr oder weniger grosses Dunkelfeld des Antisemitismus in der Schweiz gibt. Ein zentrales Anliegen

des Projekts, dessen Ergebnisse hier berichtet werden, war es, dieses Dunkelfeld zumindest teilweise aufzuhellen.

Die Studie lehnt sich dabei eng an jene der European Union Agency for Fundamental Rights (2018) an. Dies ermöglicht es, die Schweizer Ergebnisse mit denen anderer europäischer Länder zu vergleichen. Dass sich an die EU-Studie angelehnt wurde, bedeutet einerseits, dass ebenfalls auf dem Weg der Befragung Erkenntnisse zum Ausmass des von Jüdinnen und Juden erfahrenen bzw. wahrgenommenen Antisemitismus erarbeitet werden sollten, wobei – wie auch in der EU-Studie – die Methode der Online-Befragung zum Einsatz kam. Andererseits wurden Teile des Fragebogens in identischer Form in der vorliegenden Studie eingesetzt, was die Vergleichbarkeit der Ergebnisse sicherstellt. Ebenfalls mit der EU-Studie teil die hier präsentierte Befragung, dass es sich nicht um eine repräsentative Befragung handelt.

Folgende übergeordnete Fragestellungen sollten mit der Befragungsstudie erstmals in umfassender Weise für die Schweiz beantwortet werden:

- Wie schätzen die Jüdinnen und Juden der Schweiz die derzeitige gesellschaftliche Situation bzgl. des Themas Antisemitismus ein? Nimmt Antisemitismus aus ihrer Sicht zu? Wie ausgeprägt ist insgesamt das Sicherheitsgefühl der Jüdinnen und Juden in der Schweiz?
- Mit welcher Häufigkeit haben jüdische Personen antisemitische Übergriffe – verbal oder physisch, im realen oder virtuellen Raum – erlebt? Wie häufig haben sie Erfahrungen der Diskriminierung machen müssen? Wie häufig haben Sie Beobachtungen von Antisemitismus gemacht?
- Was ist über die Umstände dieser Vorkommnisse bekannt? Wer sind also bspw. die Täterinnen und Täter von Übergriffen? Wie häufig und wem haben die Opfer die Erlebnisse berichtet?

Der vorliegende Bericht stellt die Ergebnisse zu diesen Fragen vor, wobei im nächsten Abschnitt zunächst die methodische Herangehensweise und die Stichprobe erläutert werden. An dieser Stelle ist zudem darauf hinzuweisen, dass die Studie nicht ohne die Unterstützung verschiedener Personen und Organisationen zustande gekommen wäre. An dieser Stelle ist vor allem der GRA Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus und hier Dr. Dominic Pugatsch und Pascal Pernet zu danken, die von Beginn an die Idee der Durchführung einer solchen Befragung befürwortet und jede Phase des Projekts tatkräftig unterstützt haben. Zu danken ist daneben der European Union Agency for Fundamental Rights, die den Fragebogen der europäischen Studie in deutscher und französischer Sprache bereitwillig für eine Schweizer Studie zur Verfügung gestellt hat. Um diese Vorlage auf die Bedingungen in der Schweiz anzupassen, war vielfältige Expertise notwendig, die durch die Gründung eines Projektbeirats eingeholt wurde. Diesem Beirat gehörten Sabina Bossert, Eva Wiesendanger, Michael Bischof, Yves Kugelmann und Jonathan Kreutner an, denen für die vielfältigen wichtigen Anregungen zu danken ist. Die Befragung wurde daneben über verschiedene Wege verbreitet, wobei vor allem die vielen jüdischen Gemeinden der Schweiz hilfreich waren; hierfür sind wir den Gemeinden zu Dank verpflichtet. Zusätzlich spielte die Wochenzeitung Tachles eine wichtige Rolle bzgl. der Ankündigung und Verbreitung der Befragung, wofür wir uns ebenfalls bedanken möchten.

2 Methode und Stichprobe

Um die in der Einleitung genannten Fragestellungen zu untersuchen, wurde eine Befragung unter in der Schweiz lebenden Jüdinnen und Juden konzipiert. Geplant war, über eine standardisierte Online-Befragung möglichst viele Jüdinnen und Juden zu erreichen. Die Befragung sollte sich an alle sich als jüdisch einstufoenden Personen in der Schweiz richten, die mindestens 16 Jahre alt sind. Die Einstufung als Jüdin bzw. Jude wurde dabei mit der ersten Frage des Fragebogens in Anlehnung an die EU-Studie wie folgt erfragt: «Verstehen Sie sich als jüdisch – dies könnte aufgrund Ihrer Religion, Ethnizität, Abstammung, kulturellem Erbe, Kultur, Erziehung oder aus einem anderen Grund der Fall sein?» Personen, die dies verneinten, wurden nicht weiter befragt. Wenn dies bejaht wurde, stellten die Frage nach dem Alter (Ausschluss: 15 Jahre oder jünger) und die Frage nach der Lebensdauer in der Schweiz (Ausschluss: nicht dauerhaft in der Schweiz lebende Personen) zwei nachfolgende Filter dar.

Die zentrale Schwierigkeit einer jeden Befragung besteht darin, die vorgesehene Zielgruppe zu erreichen und um Teilnahme an der Befragung zu bitten. Hinsichtlich der jüdischen Bevölkerung ist dies besonders herausfordernd, weil es kein zentrales Register gibt, das herangezogen werden kann, um diese spezifische Bevölkerungsgruppe direkt zu kontaktieren. Aus diesem Grund musste eine indirekte Ansprache der Zielgruppe erfolgen, d.h. es mussten einerseits Organisationen recherchiert werden, die Kontakt zur jüdischen Bevölkerung haben, und diese mussten darum gebeten werden, die Information über die Durchführung der Befragung an die jüdische Bevölkerung weiterzuleiten. Andererseits wurden einschlägige Print- wie Online-Medien genutzt, um die Information bzgl. der Befragungsdurchführung zu verbreiten.

Insgesamt wurden schweizweit ca. 60 jüdische Organisationen und Vereine auf die Antisemitismusbefragung aufmerksam gemacht. Wenn immer möglich, wurden die ausgewählten Organisationen per Mail angeschrieben, damit diese den Link zur Homepage der Befragung (www.zhaw.ch/antisemitismusbefragung bzw. www.zhaw.ch/enqueteantisemitisme) direkt weiterleiten konnten. Ein kleiner Teil der Organisationen und Vereine, bei denen keine E-Mail-Adressen recherchiert werden konnten, wurde postalisch angeschrieben (ca. jede vierte Organisation). Kontaktiert wurden ausschliesslich Organisationen und Vereine, die aufgrund ihrer jüdisch ausgerichteten Zwecksetzung explizit jüdische Personen als ihre Kundinnen und Kunden bzw. Mitglieder ansprechen. Die Auswahl sämtlicher Organisationen und Vereine erfolgte in enger Abstimmung mit der GRA Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus. Alle Organisationen und Vereine wurden nach zwei Wochen ein zweites Mal mit einem Erinnerungsschreiben kontaktiert.

Den grössten Teil der Organisationen bzw. Vereine machten jüdische Gemeinden aus. Neben verschiedenen Gemeinden in den Deutschschweizer Kantonen Zürich, Basel, Aargau, Luzern, St. Gallen und Bern wurden auch Gemeinden in den Kantonen Genf, Waadt, Freiburg und Neuenburg kontaktiert. Zudem wurde die Tessiner Gemeinde auf die Befragung aufmerksam gemacht. Neben der geografischen Verteilung wurde zudem darauf geachtet, dass Gemeinden von unterschiedlicher Ausrichtung über die Befragung informiert wurden, also bspw. sowohl eher liberale als auch eher orthodoxe Gemeinden.

Des Weiteren wurden sieben einschlägige Vereine und Dachorganisationen über die Befragung informiert. So bspw. der Schweizerische Israelitische Gemeindebund (SIG), Coordination Intercommunautaire contre l'Antisémitisme et la Diffamation (CICAD), New Israel Fund (NIF), der Israelitische Frauenverein Zürich u.a.m. Zudem wurden schweizweit Alters- und Pflegeheime angeschrieben, sowie eine jüdische Schule. Weiterhin wurden koschere Lebensmittelgeschäfte und jüdische Buchläden kontaktiert, jeweils mit der Bitte, ihre Kundinnen und Kunden in der Auslage auf die Befragung aufmerksam zu machen. Hierfür wurden eigens Flyer und Plakate in deutscher und französischer Sprache erstellt (vgl. Anhang).

Zusätzlich wurde die Befragung über die Social-Media-Kanäle (Facebook, Twitter) der GRA Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus bekannt gemacht. In der Wochenzeitung Tachles wurde zum Start der Befragung ein umfangreicher Beitrag über die Studie veröffentlicht; in den folgenden Wochen wurde mittels Anzeigen im Tachles auf die Befragung aufmerksam gemacht. Eine Anzeige wurde zudem in der Jüdischen Zeitung geschaltet.

Unabhängig davon, ob Organisationen/Vereine kontaktiert wurden oder mit Medien zusammengearbeitet wurde – es wurde immer darauf hingewiesen, dass der Fragebogen in deutscher und französischer Sprache vorliegt und dass dieser nicht nur Online beantwortet werden kann, sondern auch in Form eines schriftlichen Fragebogens. Dieser konnte direkt am Institut für Delinquenz und Kriminalprävention angefordert werden. Grundlage der französischsprachigen Fragebogenversion (ebenso wie der deutschen Version) war der EU-Fragebogen. Ergänzungen wurden von einer Person mit französischer Muttersprache übersetzt, wie der gesamte Fragebogen von verschiedenen französischsprachigen Personen auf Verständlichkeit geprüft wurde.

Der Befragungszeitraum reichte vom 8.1.2020 bis zum 16.3.2020 und umfasste damit neun Wochen. Die Länge des Zeitraums entspricht in etwa der Länge der europäischen Studie, die vom 9.5.2018 bis zum 28.6.2018 dauerte. In diesem Zeitraum wurde der Fragebogen insgesamt 754mal aufgerufen. Bei 172 Zugriffen wurde allerdings keine einzige Frage beantwortet. Weitere 67 Personen haben einzelne Filterfragen (Einstufung als jüdisch, Alter, Dauer in Schweiz lebend) nicht beantwortet und konnten daher nicht weiter berücksichtigt werden. 26 Personen machten nach Beantwortung der Filterfragen keine Angaben mehr und wurden daher nicht weiter berücksichtigt, ebenso wie acht Personen, die auffällige Antwortmuster aufwiesen (durchweg Zustimmung oder Ablehnung zu Frageblöcken, Inkonsistenzen, sporadische oder sehr wenige Antworten). Dies bedeutet, dass letztlich 481 auswertbare Fragebögen auf Basis der Online-Befragung vorliegen. Zusätzlich wurden mehrfach schriftliche Fragebögen angefordert. Insgesamt sechs ausgefüllte Fragebögen wurden zurückgesendet, die ebenfalls in die Auswertungen einbezogen werden können. Dies bedeutet, dass letztlich 487 jüdische Personen an der Befragung teilgenommen haben und die Grundlage der nachfolgenden Auswertungen bilden.

Die Befragten haben allerdings den Fragebogen nicht immer bis zum Schluss ausgefüllt. Wenn der Fragebogen bis zum Schluss ausgefüllt wurde, so dauerte dies im Durchschnitt 39 Minuten (Median). Dies bedeutet, dass der Fragebogen sehr umfangreich war und Abbrüche auch mit diesem Umfang in Zusammenhang stehen dürften. Von den 487 in die Auswertung eingehenden Befragten haben 365 den Fragebogen beendet (74,9 %). Im Gegensatz zur EU-Studie werden die Fälle mit den unvollständigen Angaben aber nicht aus den Auswertungen ausgeschlossen, weil diese bspw. Fragen zur Wahrnehmung des Antisemitismus in der Schweiz beantwortet haben, die sich am Anfang des Fragebogens befanden. Um dem Problem fehlender Angaben Rechnung zu tragen, werden bei allen nachfolgend präsentierten Auswertungen die Fallzahlen mitberichtet, und zwar mit «N =» (das «N» steht für die einer Auswertung zugrundeliegende Fallzahl). Geprüft werden kann, ob der Abbruch der Befragung in Zusammenhang mit dem Alter steht, da das Alter zu Beginn der Befragung erhoben wurde, weitere soziodemografische Faktoren hingegen erst am Schluss der Befragung. Es zeigt sich dabei, dass 16- bis 29-jährige mit 38,6 % am häufigsten abgebrochen haben, bei den ab 60-jährigen liegt dieser Anteil mit 16,9 % am niedrigsten (30- bis 44-jährige: 32,4 %, 45- bis 59-jährige: 24,3 %). Über die Ursachen dieser mit dem Alter variierenden Bereitschaft, die Befragung zu beenden, liegen keine Informationen vor, da nicht nach den Gründen des Abbruchs gefragt wurde.

Um eine Schätzung zur Rücklaufquote der Befragung zu erhalten, kann die Anzahl der Befragten an der Anzahl in der Schweiz lebender Jüdinnen und Juden relativiert werden. Allerdings liegen zu dieser Anzahl nur Schätzungen und bspw. keine gesicherten Bevölkerungsstatistiken vor, dies im Übrigen auch nicht hinsichtlich der Geschlechts- oder Altersstruktur. Entsprechend der Berman Jewish Data-Bank (2019) lebten im Jahr 2018 ca. 18 600 Jüdinnen und Juden in der Schweiz (sog. «Core Jewish

Population»). Insofern diese Gruppe die Zielgruppe der Befragung darstellte und potenziell alle Personen dieser Gruppe teilnehmen konnten, liegt die Rücklaufquote bei 2,6 %. Dies erscheint als eine sehr geringe Rücklaufquote. Zu berücksichtigen ist dabei, dass die Rücklaufquote der EU-Studie mit 1,6 % noch einmal deutlich niedriger lag (16 395 Befragte bei einer Population von 1 039 500 Jüdinnen und Juden in den zwölf teilnehmenden Ländern). Dabei variiert die Rücklaufquote zwischen 0,9 % (Frankreich) und 9,4 % (Polen); in Deutschland betrug sie bspw. 1,1 %, in Österreich 5,8 %. Letztlich kann gefolgert werden, dass sich an der Befragung in der Schweiz zwar nur ein kleiner Anteil aller hier lebenden Jüdinnen und Juden beteiligt hat, dass im Vergleich zur EU-Studie aber dennoch ein grösserer Teil der Jüdinnen und Juden erreicht wurde.

Entgegen der EU-Studie werden die vorliegenden Befragungsdaten nicht gewichtet. Mittels Datengewichtungen wird die Stichprobe an die Verteilung in der Grundgesamtheit angepasst. Wenn also bspw. in einer Stichprobe das Geschlechterverhältnis 40 : 60 (Frauen : Männer), in der Grundgesamtheit aber 50 : 50 ist, dann könnten in diesem Fall alle Antworten, die von Frauen abgegeben wurden, mit 1.25 gewichtet, alle Antworten von Männern mit dem Wert 0.83 gewichtet werden; damit würde dann bspw. die Geschlechtsverteilung in der Stichprobe der Geschlechtsverteilung in der Grundgesamtheit entsprechen. Diese Form der nachträglichen Anpassung der Daten hat aber mindestens zwei Nachteile: Erstens wird davon ausgegangen, dass die Antworten der nicht erreichten Personen denen der erreichten Personen entsprechen. Dies kann aber bezweifelt werden; möglicherweise haben sich an einer Befragung zum Antisemitismuserleben insbesondere jene Personen beteiligt, die hiervon besonders betroffen sind. Zweitens muss bekannt sein, wie die Verteilung in der Grundgesamtheit ist. Wie erwähnt, ist aber für die Schweiz nicht bekannt, welches Geschlecht oder welches Alter die hier lebenden Jüdinnen und Juden haben, wo sie genau wohnen usw. Eine Gewichtung der Daten wird daher nicht vorgenommen.

Die Zusammensetzung der Stichprobe im Vergleich zur EU-Studie kann Tabelle 1 entnommen werden. Demnach haben 14,4 % der Befragten ein Alter von 16 bis 29 Jahren, 21,6 % ein Alter von 30 bis 44 Jahren usw. Zum Alter liegen Angaben von allen Befragten vor, weil diese Frage am Anfang gestellt wurde und eine Filterfrage war (Befragte unter 16 Jahren wurden dabei direkt zum Ende der Befragung geführt). 41,3 % der Befragten sind 60 Jahre oder älter. Dies ist zugleich nicht nur in der Schweiz-Stichprobe der Fall: Auch in der EU-Studie lag der Anteil ab 60-jähriger Befragter mit 43 % recht hoch.¹ Im Vergleich zu dieser Studie ist es in der Schweiz etwas besser gelungen, jüngere Jüdinnen und Juden zur Teilnahme zu motivieren: Der Anteil an Befragten, die ein Alter bis 44 Jahre haben, liegt in der Schweiz sechs Prozentpunkte höher als in der EU-Studie.

Zu allen anderen sozio-demografischen Merkmalen liegen Angaben von weniger Befragten vor, weil diese Fragen erst zum Ende des Fragebogens gestellt wurden. Das Geschlechterverhältnis ist nahezu ausgeglichen: 48,4 % der Befragten sind weiblich, 51,6 % männlich. In der EU-Studie zeigt sich eine entsprechende Geschlechterverteilung.

Die Befragten der Schweiz-Studie haben ein durchschnittlich hohes Bildungsniveau: 76,2 % weisen eine höhere Bildung auf. Hierunter wurden folgende Bildungsabschlüsse subsumiert: höhere Berufsbildung (mit eidg. Fachausweis, eidg. Diplom oder Meisterprüfung), höhere Fachschule (HTL, HWV, HFG, HFS, höhere Fachschule für Technik TS, Wirtschaft HKG), Fachhochschule oder Universität (Bachelor, Master, Lizentiat, Diplom, Staatsexamen) und Doktorat bzw. Habilitation. Ein sehr ähnlicher Anteil an Befragten mit höherer Bildung zeigt sich auch in der EU-Studie. Es ist davon auszugehen, dass aufgrund der Thematik der Befragung, der Methode, des Vorgehens bei der Gewinnung der Stichprobe usw. eher gebildete Personen an solch einer Studie teilnehmen – dies ist in der Schweiz nicht anders als in den Ländern der EU.

¹ Die Zahlen zur EU-Studie werden jeweils ohne Nachkommastelle berichtet, weil im zugehörigen Bericht die Anteile ohne Nachkommastelle aufgeführt sind.

Hinsichtlich des Beschäftigungsgrades können drei Gruppen miteinander verglichen werden: In der Schweiz-Befragung gaben 61,8 % der Befragten an, dass sie Voll- oder Teilzeit beschäftigt sind, was etwas höher liegt als in der EU-Studie. Etwas mehr als ein Viertel der Befragten beider Studien sind pensioniert. Nur ein kleiner Prozentsatz der Befragten weist einen anderen Status auf (arbeitslos, in Ausbildung, Hausfrau/Hausmann): In der Schweiz-Befragung trifft dies auf 9,9 %, in der EU-Studie auf 14 % der Befragten zu.

Ein letztes Merkmal, zu dem Vergleiche zwischen beiden Befragungen erfolgen können, ist der Familienstand. In beiden Befragungen sind etwas weniger als zwei Drittel der Befragten verheiratet (61,4 bzw. 64 %). Geschieden bzw. getrennt lebend sind 10,5 bzw. 12 % der Befragten. Ein kleiner Anteil der Stichprobenpopulation ist verwitwet; etwa jeder fünfte Befragte ist ledig (22,4 bzw. 18 %). Alles in allem sind die beiden Stichproben hinsichtlich verschiedener sozio-demografischer Merkmale weitestgehend vergleichbar. Dies kann als eine Voraussetzung dafür angesehen werden, dass nachfolgend bei verschiedenen Auswertungen ein Vergleich zu den Ergebnissen der EU-Studie gezogen wird.

Tabelle 1: Sozio-demografische Merkmale der Stichprobe im Vergleich zur EU-Studie (European Union Agency for Fundamental Rights 2018, S. 77)

		Schweiz-Befragung in %	EU-Studie in %
Alter (N = 487)	16 bis 29	14,4	12
	30 bis 44	21,6	18
	45 bis 59	22,8	27
	60+	41,3	43
Geschlecht (N = 335)	weiblich	48,4	48
	männlich	51,6	52
Bildung (N = 366)	keine höhere Bildung	23,8	27
	höhere Bildung	76,2	73
Beschäftigung (N = 364)	Voll-/Teilzeit beschäftigt	61,8	58
	pensioniert	28,3	28
	anderes	9,9	14
Familienstand (N = 370)	verheiratet	61,4	64
	geschieden/verheiratet, getrennt lebend	10,5	12
	verwitwet	5,7	4
	ledig	22,4	18

Zusätzlich können in der Schweiz-Befragung verschiedene weitere sozio-demografische Merkmale betrachtet werden. In Tabelle 2 ist zunächst die regionale Verteilung entlang der Grossregionen dargestellt.² Erkennbar ist, dass aus der Grossregion Zürich 59,4 % aller Befragten kommen und diese Grossregion insofern einen Schwerpunkt der Studie bildet. Etwa gleich viele Befragte kommen aus den Regionen Espace Mittelland und Nordwestschweiz (14,7 bzw. 13,6 %). Die verbleibenden drei Grossregionen stellen jeweils unter sechs Prozent der Befragten, d.h. 20 und weniger Befragte. Aus dem Kanton Tessin hat sich keine jüdische Person an der Befragung beteiligt, weshalb diese Region in der Tabelle nicht dargestellt ist. Die teilweise geringen Befragtenzahlen in den Grossregionen haben zur Folge, dass auf differenzierte Darstellungen der Ergebnisse nach Regionen weitestgehend verzichtet wird. Insgesamt verdeutlicht die Verteilung, dass sich die Stichprobe zum Grossteil aus Jüdinnen und Juden der deutschsprachigen Schweiz zusammensetzt.

Die Befragten wurden zudem gebeten, mitzuteilen, wie lang sie schon in der Schweiz leben. Da dies ebenfalls eine Filterfrage darstellte – Befragte, die nicht in der Schweiz lebten (und bspw. nur aufgrund eines Urlaubs zum Befragungszeitpunkt hier in der Schweiz waren), wurden wiederum direkt zum Ende der Befragung geleitet – liegen zu allen Teilnehmenden Informationen zu diesem Merkmal vor. Fast acht von zehn Befragten leben schon immer oder fast das ganze Leben in der Schweiz (78,6 %); 21,4 %

² Im Fragebogen wurde nach dem Wohnkanton gefragt; aus diesen Angaben wurde die Grossregionszugehörigkeit bestimmt.

leben kürzer hier, wobei der Grossteil hiervon «10 Jahre oder länger» im Fragebogen angegeben hat. Nur fünf Befragte (1,0 %) gaben an, «1 Jahr oder länger, aber weniger als 5 Jahre» in der Schweiz zu leben. Die Befragung spiegelt daher zweifellos die Erfahrungen von bereits eine lange Zeit in der Schweiz lebender Jüdinnen und Juden wider.

Ebenfalls erhoben wurde die Einwohnerzahl des Wohnortes, natürlich nur als Schätzung der Befragten. Die Mehrheit der Teilnehmenden wohnt im städtischen Umfeld, d.h. in Gemeinden mit mindestens 20 000 Einwohnern (70,8 %). Nur ein kleiner Anteil an Befragten (8,1 %) lebt in einem ländlichen Gebiet.

Von allen Befragten verfügen 93,6 % über die Schweizer Staatsangehörigkeit. In der Schweiz geboren wurden 71,9 % der Befragten. Andere genannte Geburtsländer waren u.a. Israel, Deutschland, Frankreich oder die USA.

Tabelle 2: Weitere sozio-demografische Merkmale der Stichprobe

		in %
Region (N = 360)	Genferseeregion	4,2
	Espace Mittelland	14,7
	Nordwestschweiz	13,6
	Zürich	59,4
	Ostschweiz	5,8
	Zentralschweiz	2,2
Zeit in der Schweiz lebend (N = 487)	schon immer/fast ganzes Leben	78,6
	kürzer	21,4
Stadt/Land (N = 359)	ländlich (unter 5 000 Einwohner)	8,1
	kleinstädtisch (unter 20 000 Einwohner)	21,2
	städtisch (ab 20 000 Einwohner)	70,8
Staatsangehörigkeit (N = 358)	Schweiz	93,6
	andere	6,4
Geburtsland (N = 356)	Schweiz	71,9
	anderes Land	28,1

Um Informationen darüber zu erhalten, auf welchem Kanal die Befragten von der Umfrage erfahren haben, wurden die verschiedenen Wege im Fragebogen aufgeführt. Entsprechend Tabelle 3 zeigt sich, dass die Mehrheit der Befragten (58,5 %) über eine E-Mail einer Organisation oder eines Online-Netzwerks informiert wurde. Ältere Befragte berichten dies doppelt so häufig wie jüngere Befragte. Jüngere Befragte gaben demgegenüber häufiger an, dass sie über eine persönliche Kommunikation oder die Zusendung eines Links informiert worden sind. Von allen Befragten berichteten 28,0 %, über diesen Weg auf die Befragung aufmerksam geworden zu sein. Fast jeder fünfte Befragte hat in einer Zeitung über die Befragung gelesen; dies trifft wiederum auf ältere Befragte häufiger zu als auf jüngere Befragte. Nur sehr wenige Befragte berichteten, auf anderem Weg von der Befragung erfahren zu haben (0,8 %). Hierbei handelte es sich bspw. um den Hinweis eines Ehepartners/einer Ehepartnerin.³

Tabelle 3: Anteil Befragte, die über verschiedene Kanäle von der Befragung erfahren haben, nach Alter (in %; N = 354)

	Ge- samt	16 bis 29	30 bis 44	45 bis 59	60+
Ich habe darüber in der Zeitung gelesen (in der gedruckten Ausgabe oder im Internet).	18,1	12,2	4,5	21,7	23,3
Ich habe eine E-Mail von einer Organisation oder einem Online-Netzwerk erhalten.	58,5	34,1	47,8	57,8	69,3
Jemand hat mir davon erzählt oder mir den Link zugesandt.	28,0	43,9	44,8	27,7	17,2
Ich habe eine Anzeige (ein Banner) im Internet gesehen.	5,9	9,8	13,4	4,8	2,5
Ich habe ein Plakat gesehen oder einen Flyer erhalten.	2,5	4,9	3,0	1,2	2,5
Anderes	0,8	0,0	1,5	2,4	0,0

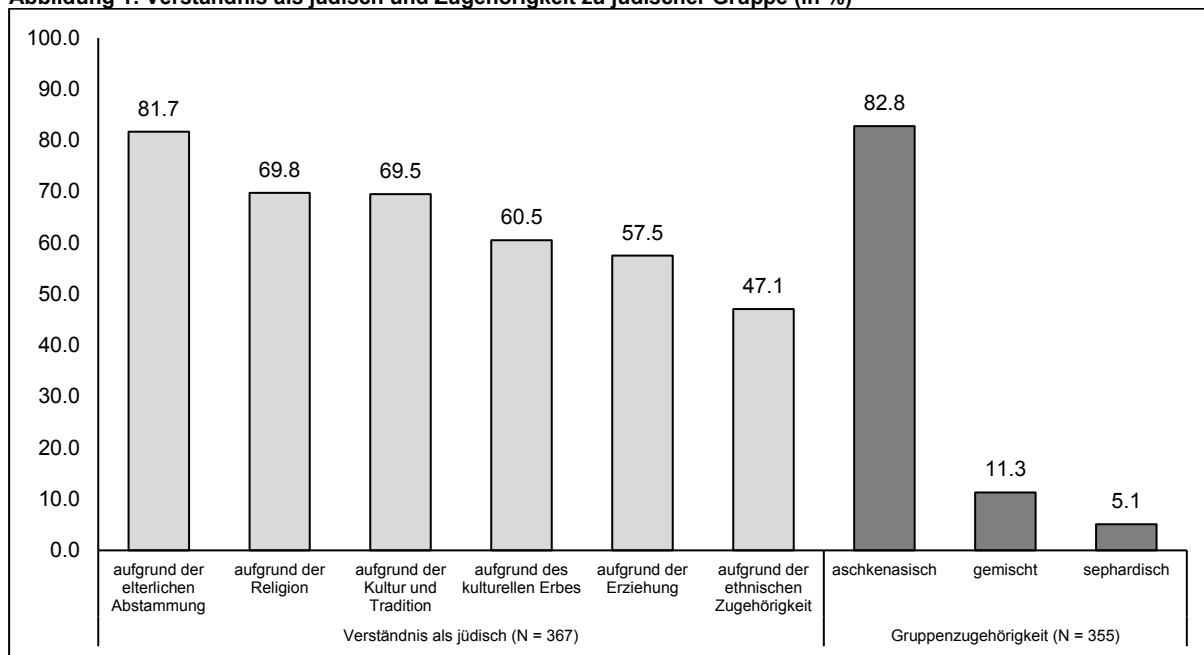
³ In der EU-Studie gaben 74 % der Befragten an, dass sie eine E-Mail einer Organisation oder eines Netzwerks erhalten haben, 18 % berichteten, dass sie einen Link zugesendet bekommen haben bzw. dass ihnen jemand von der Befragung erzählt hat.

3 Ergebnisse

3.1 Jüdische Identität

In die Befragung wurde eine Reihe an Indikatoren aufgenommen, die Art und Stärke der jüdischen Identität erfassen. Zunächst wurden die Teilnehmenden darum gebeten, anzugeben, aus welchen Gründen sie sich als Jüdin oder Jude verstehen – hierbei waren Mehrfachantworten möglich. Entsprechend Abbildung 1 gaben mehr als vier von fünf Befragten an, aufgrund der elterlichen Abstammung jüdisch zu sein (81,7 %). Etwa gleich häufig wurde berichtet, dass man sich aufgrund der Religion bzw. der Kultur und Tradition als jüdisch versteht (69,8 bzw. 69,5 %). Weniger als die Hälfte der Teilnehmenden gaben an, aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit jüdisch zu sein. Im Durchschnitt gaben die Befragten fast vier von sechs Gründen an, die für sie entscheidend für ihre jüdische Identität sind (Mittelwert: 3.86). Ebenfalls aus Abbildung 1 geht hervor, dass sich 82,8 % der Befragten als aschkenasisch einstufen, 5,1 % als sephardisch. Der Anteil aschkenasischer Jüdinnen und Juden liegt in der Schweiz-Befragung höher als in der EU-Studie, in der sich je nach Land zwischen 12 % (Italien) und 83 % (Grossbritannien) als aschkenasisch einstufen.

Abbildung 1: Verständnis als jüdisch und Zugehörigkeit zu jüdischer Gruppe (in %)



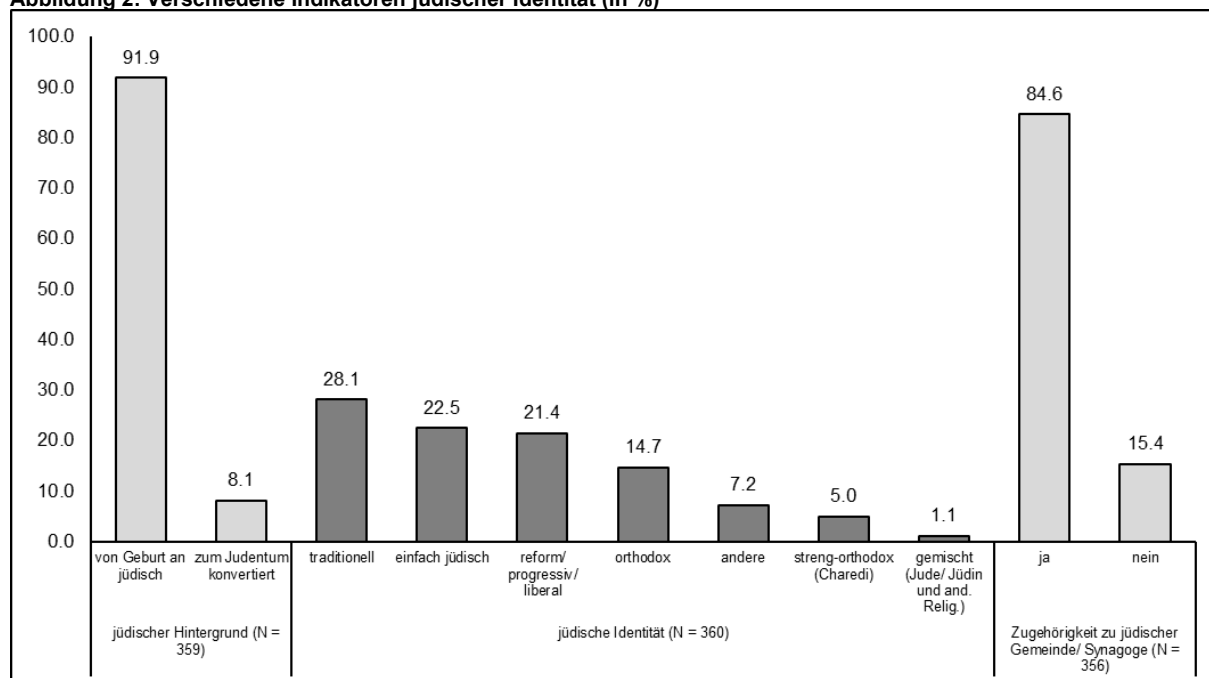
In Abbildung 2 werden Auswertungen zu weiteren Indikatoren der jüdischen Identität dargestellt. Demnach bestätigten 91,9 % der Befragten, dass sie von Geburt an jüdisch sind; nur ein kleiner Anteil von 8,1 % ist zum Judentum konvertiert. Diese Verteilung entspricht den Befunden der EU-Studie, in der 87 % angegeben haben, von Geburt an jüdisch zu sein.⁴ Als traditionelle Juden stufen sich 28,1 % der Befragten der Schweiz-Studie ein. Als «einfach jüdisch» betrachten sich 22,5 %; zur Kategorie «reform/progressiv/liberal» fühlen sich 21,4 % der Teilnehmenden zugehörig. Insgesamt 7,2 % antworten mit «andere Identität». In einem offenen Antwortfeld konnte diese Identität genauer spezifiziert werden. Dabei zeigte sich, dass hier vor allem Kombinationen der verschiedenen Kategorien angegeben wurden

⁴ Die gleiche Frage wurde in der Schweizer Befragung mit Blick auf die Mutter und den Vater gestellt, mit folgendem Ergebnis: 83,3 % gaben an, dass die Mutter von Geburt an jüdisch (7,8 % konvertiert, 8,9 % nichtjüdisch; N = 360), 84,7 %, dass der Vater von Geburt an jüdisch ist (2,2 % konvertiert, 13,1 % nichtjüdisch; N = 359).

(z.B. modern orthodox, traditionell liberal). Von allen Befragten stufen sich daneben 5,0 % als streng orthodox und 1,1 % als gemischt ein (d.h. die/der Befragte ist sowohl Jüdin/Jude als auch einer anderen Religion zugehörig). In der EU-Studie wurden die grössten Gruppen durch «einfach jüdische» und «traditionelle» Befragte (33 bzw. 31 %) gestellt. Erfragt wurde zudem, ob die Befragten einer jüdischen Gemeinde/Synagoge angehören: Dies bestätigten 84,6 % der Teilnehmenden. Keiner entsprechenden Organisation gehören demnach 15,4 % der Befragten an.

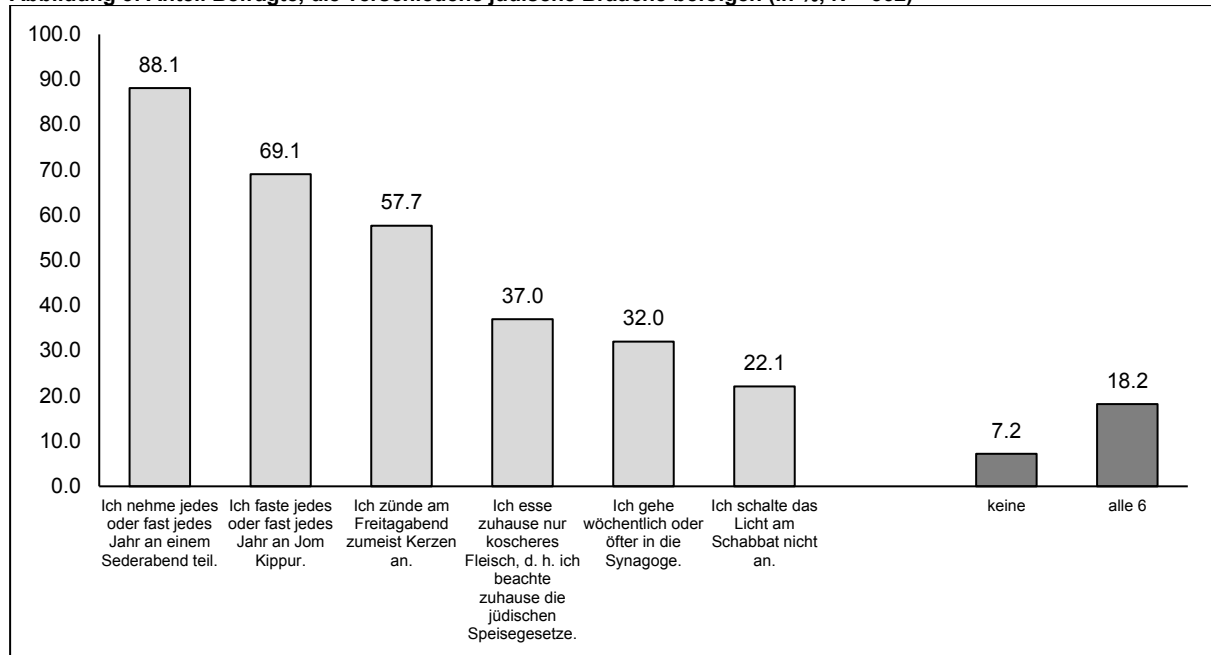
Erwähnenswert ist, dass sich hinsichtlich der Zuordnung zu traditionellen, orthodoxen usw. Jüdinnen und Juden Unterschiede zwischen den Geschlechtern ergeben: So bestätigten weibliche Befragte nur zu 11,3 %, dass sie orthodox sind, und nur zu 1,3 %, dass sie streng orthodox sind. Bei den männlichen Befragten liegen diese Anteile mit 20,1 und 9,5 % deutlich höher. Weibliche Befragte stufen sich hingegen häufiger als «einfach jüdisch» (25,8 zu 18,9 %) und «andere» (10,1 zu 4,7 %) ein.

Abbildung 2: Verschiedene Indikatoren jüdischer Identität (in %)



Erfragt wurde daneben, welche jüdischen Bräuche die Befragten befolgen. Dabei wurden insgesamt sechs Bräuche im Fragebogen aufgeführt, die in Abbildung 3 dargestellt sind. Keinen der aufgeführten Bräuche befolgen 7,2 % der Befragten, alle sechs Bräuche immerhin 18,2 %. Fast neun von zehn Teilnehmenden berichteten, dass sie jedes oder fast jedes Jahr an einem Sederabend teilnehmen (88,1 %). 69,1 % gaben an, jedes oder fast jedes Jahr an Jom Kippur zu fasten. Nur etwa einer von fünf Befragten schaltet das Licht an Schabbat nicht an (22,1 %). In der EU-Studie zeigen sich ähnliche Ergebnisse: 92 % der in den zwölf Ländern der EU befragten Jüdinnen und Juden nehmen an einem Sederabend teil, 84 % fasten an Jom Kippur. Fast die Hälfte der Befragten der EU-Studie gab zudem an, dass sie an den meisten Freitagabenden Kerzen anzünden (58 %; Schweiz: 57,7 %) und zu Hause nur koscheres Fleisch essen (45 %, Schweiz: 37,0 %). Ein Drittel der Befragten der EU-Studie (32 %) besucht einmal pro Woche oder öfter die Synagoge (Schweiz: 32,0 %). Darüber hinaus gaben 17 % der Befragten an, dass sie am Sabbat das Licht nicht einschalten. Alles in allem 12 % der Befragten der EU-Studie berichteten, dass sie keinen der jüdischen Bräuche persönlich beachten, was ein etwas höherer Anteil ist als in der Schweiz-Befragung.

Abbildung 3: Anteil Befragte, die verschiedene jüdische Bräuche befolgen (in %, N = 362)



Weitere Einschätzungen zur jüdischen Identität sind in Abbildung 4 dargestellt. Die Befragten wurden gebeten, die wahrgenommene Stärke der eigenen jüdischen Identität auf einer Skala von «1 – sehr gering» bis «10 – sehr gross» anzugeben. Die Werte 1 und 2 werden als geringe Stärke, die Werte 9 und 10 als grosse Stärke zusammengefasst.⁵ Insgesamt 85,9 % der Befragten weisen eine eher starke jüdische Identität auf, wobei die Hälfte der Befragten (50,3 %) eine sehr starke Identität berichtet. Nur ein kleiner Anteil von 3,3 % der Befragten gab an, eine gering ausgeprägte jüdische Identität zu haben.⁶

Ebenfalls auf einer Skala von 1 bis 10 sollte mitgeteilt werden, als wie religiös sich die Befragten einstufen («1 – überhaupt nicht religiös», «10 – sehr religiös»). Die Gruppenzuordnungen wurden entsprechend der Einschätzung der Stärke der jüdischen Identität vorgenommen. Aus Abbildung 4 geht hervor, dass sich nur ein kleiner Anteil an Befragten als sehr religiös einstuft: Dies trifft auf 9,7 % der Teilnehmenden zu. Weniger als die Hälfte der Befragten sind eher oder sehr religiös (42,3 %). Jeder vierte Befragte gab an, nicht religiös zu sein (25,7 %).⁷

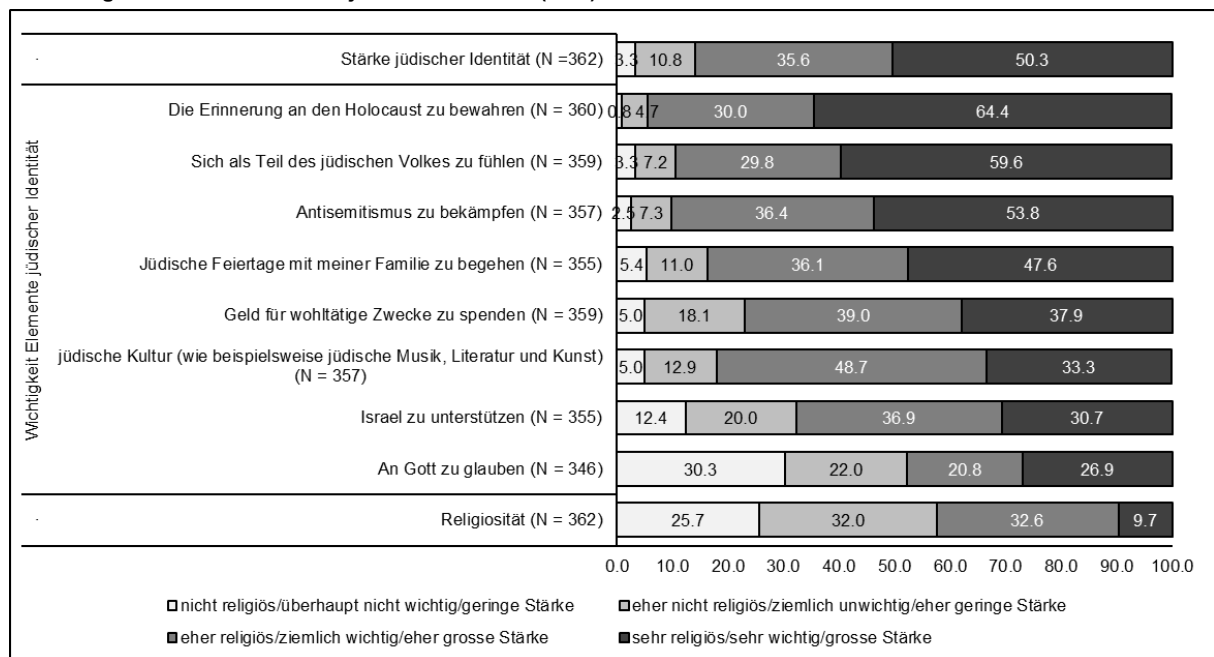
Zusätzlich wurden die Befragten gebeten, anzugeben, wie wichtig ihnen verschiedene Elemente für ihr Gefühl von jüdischer Identität sind. Dabei waren insgesamt acht verschiedene Themen von «1 – überhaupt nicht wichtig» bis «4 – sehr wichtig» einzuschätzen. Die Antwortverteilungen werden in Abbildung 4 präsentiert. Die Erinnerung an den Holocaust zu bewahren ist 94,4 % der Befragten eher oder sehr wichtig – hier fällt die Zustimmung insgesamt am höchsten aus. Für 89,4 % der Befragten ist es eher oder sehr wichtig, sich als Teil des jüdischen Volkes zu fühlen. Der Kampf gegen Antisemitismus ist ebenfalls für neun von zehn Befragten wichtig. Weniger als die Hälfte der Befragten gab hingegen an, dass an Gott zu glauben wichtig für die eigene jüdische Identität ist (47,7 %).

⁵ Zudem wurden die Werte 3 bis 5 zu «eher geringe Stärke» und die Werte 6 bis 8 zu «eher grosse Stärke» zusammengefasst.

⁶ In der EU-Studie wurden nur drei Befragtengruppen unterschieden. Befragte mit den Werten 1 bis 3 machen 4 % der Teilnehmenden der EU-Studie aus (Schweiz-Befragung: 5,5 %), Befragte mit den Werten 8 bis 10 71 % (Schweiz-Befragung: 70,4 %). Beide Befragungen weisen damit weitestgehend vergleichbare Anteile auf.

⁷ Hier wurde die Gruppenbildung in der EU-Studie ebenfalls in anderer Form vorgenommen. Es wurden erneut nur drei Gruppen unterschieden (Werte 1 bis 3, Werte 4 bis 7 und Werte 8 bis 10). Hohe Religiosität (8 bis 10) attestieren sich in der EU-Studie 16 % (Schweiz-Befragung: 19,3 %), geringe Religiosität 38 % (Schweiz-Befragung: 36,2 %). Es ergeben sich damit alles in allem wieder recht ähnliche Werte in beiden Befragungen.

Abbildung 4: Weitere Indikatoren jüdischer Identität (in %)

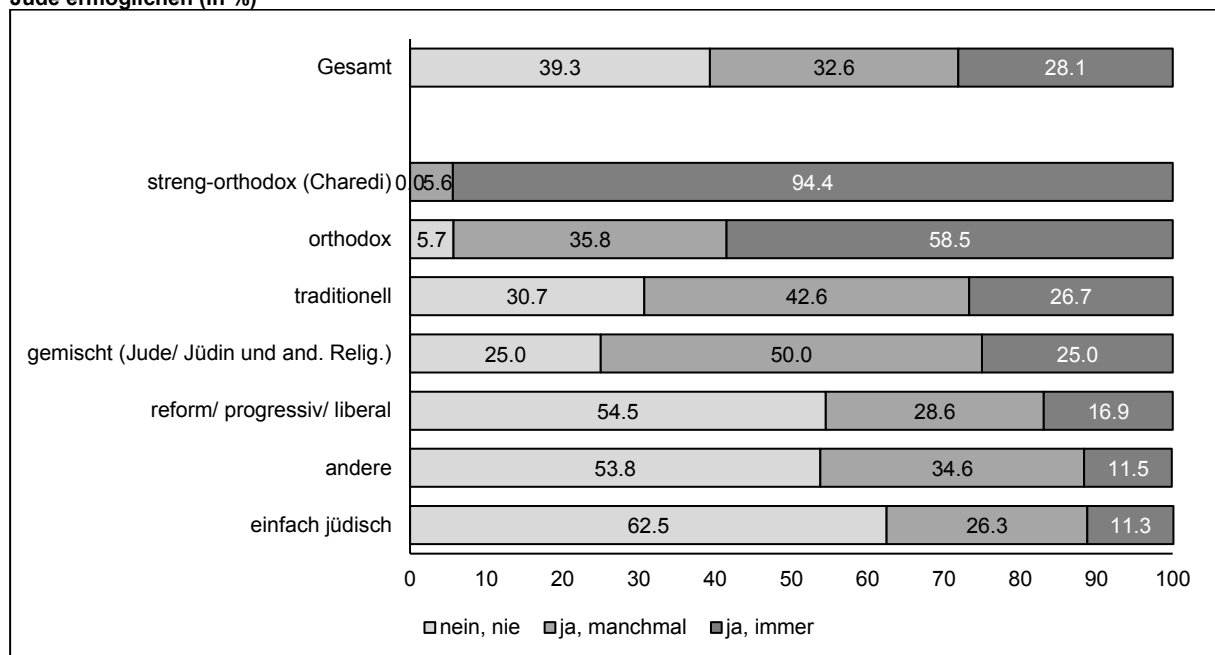


Zusätzlich wurden weitere Fragen zur persönlichen Biografie der Befragten gestellt. Hierbei ergaben sich folgende Befunde (ohne Abbildung):

- Von 70,1 % der Befragten wurde jemand aus der Familie im Zuge des Holocaust ermordet (N = 355).
- 1,7 % der Befragten waren noch nie in Israel (N = 358), 26,8 % haben für mehr als ein Jahr in Israel gelebt.
- 81,6 % der Befragten haben Familienmitglieder oder Verwandte in Israel (N = 358).

Eine letzte Auswertung in Bezug auf die jüdische Identität bezieht sich auf das Tragen von Gegenständen, die eine Identifikation als Jüdin bzw. Jude ermöglichen. Im Fragebogen wurde diesbezüglich folgende Frage gestellt: «Pflegen Sie Dinge zu tragen oder sichtbar zu machen, anhand derer andere Menschen Sie in der Öffentlichkeit als Jüdin/Jude identifizieren könnten, beispielsweise das Tragen einer Kippa/einer Scheitelkappe, des Magen David/Davidsterns oder spezieller Kleidung, oder das Anbringen von sichtbaren Mesusot?» In der EU-Studie gaben 51 % der Befragten an, dass sie niemals solche Gegenstände tragen; 49 % der Befragten tun dies zumindest gelegentlich. In der Schweiz-Befragung fällt der Anteil derer höher aus, die solche Gegenstände tragen, wie Abbildung 5 verdeutlicht: Insgesamt 60,7 % und damit über zehn Prozentpunkte mehr Befragte gaben in der Schweiz-Studie an, zumindest selten Kleidungsstücke oder Gegenstände zu tragen, die sie als Jüdin bzw. Jude sichtbar machen. Dabei gaben 28,1 % an, dass sie dies immer tun würden. Auf das Tragen solcher Gegenstände komplett verzichten hingegen nur 39,3 % der Teilnehmenden. Streng-orthodoxe und orthodoxe Jüdinnen und Juden weisen den höchsten Anteil an Befragten auf, die zumindest selten entsprechende Gegenstände tragen. Bei den drei Gruppen «reform/progressiv/liberal», «andere» und «einfach jüdisch» gab jeweils mehr als die Hälfte der Befragten an, nie solche Kleidungsstücke bzw. Gegenstände zu tragen.

Abbildung 5: Häufigkeit des Tragens von Kleidungsstücken bzw. Gegenständen, die eine Identifikation als Jüdin bzw. Jude ermöglichen (In %)



3.2 Problemwahrnehmung

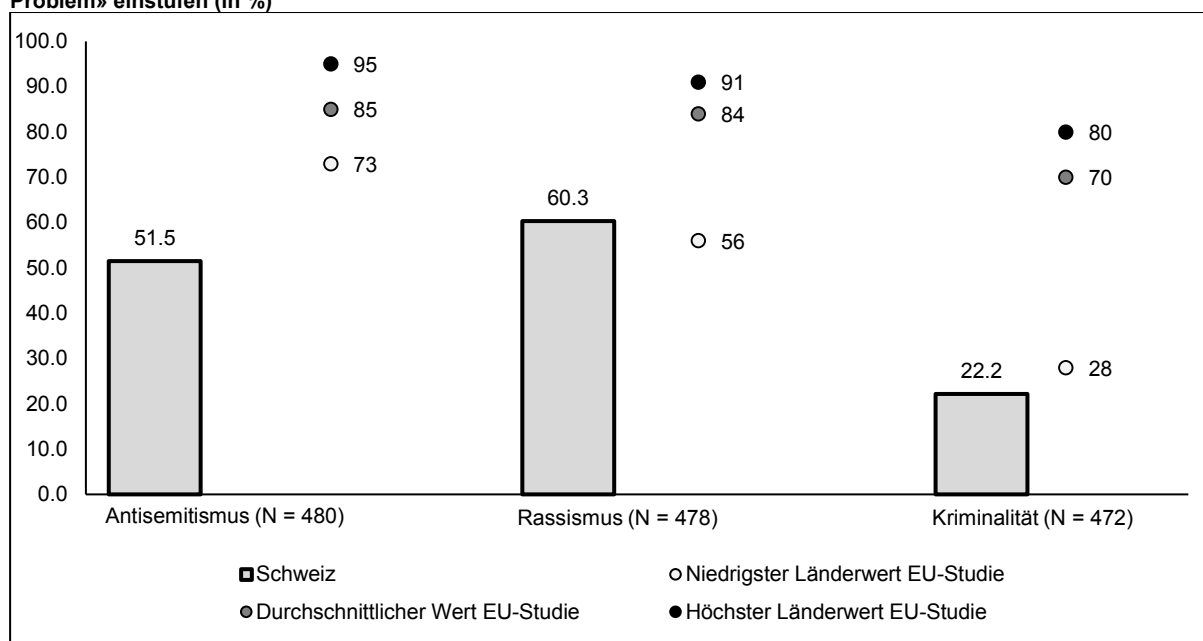
Im Fragebogenteil, der sich den Problemwahrnehmungen widmete, wurden die Teilnehmenden um allgemeine Einschätzungen dazu gebeten, ob verschiedene gesellschaftliche Phänomene ein Problem darstellen bzw. wie diese sich in den zurückliegenden Jahren entwickelt haben. Eine erste Frage lautete, inwieweit die Befragten denken, dass Antisemitismus, Rassismus und Kriminalität in der Schweiz ein Problem darstellen. Die Antwortvorgaben reichten von «1 – überhaupt kein Problem» bis «4 – ein sehr grosses Problem». Da in der EU-Studie eine identische Frage eingesetzt wurde, kann ein direkter Vergleich der Ergebnisse vorgenommen werden. Dieser wird in Abbildung 6 präsentiert, wobei der Anteil an Befragten veranschaulicht wird, die mit «ein ziemliches grosses Problem» und «ein sehr grosses Problem» geantwortet haben.

Etwas mehr als die Hälfte der Befragten (51,5 %) gab in der Schweiz-Befragung an, dass Antisemitismus hier ein ziemlich oder sehr grosses Problem darstellt. Dieser Wert liegt deutlich niedriger als in der EU-Studie, in der sich 85 % entsprechend äusserten. Die Abbildung macht zugleich darauf aufmerksam, dass sich die zwölf in die EU-Studie einbezogenen Länder hinsichtlich dieses Anteils bedeutsam unterscheiden: In mindestens einem Land meinten nur 73 %, dass Antisemitismus ein grosses Problem ist, in mindestens einem anderen Land lag der Anteil bei 95 %. Der durchschnittliche Wert der EU-Studie bildet daher nur einen möglichen Vergleichswert ab. Um die Ergebnisvorstellung nachfolgend aber übersichtlich zu gestalten, wird bei den meisten Auswertungen nur der durchschnittliche Wert der EU-Studie präsentiert. Der Anteil von 51,5 % an Befragten, die Antisemitismus als grosses Problem der Schweiz einstufen, liegt zugleich noch deutlich niedriger als der niedrigste Anteil der EU-Studie (73 %), was verdeutlicht, dass die Jüdinnen und Juden der Schweiz insgesamt weniger besorgt sind als die Jüdinnen und Juden anderer europäischer Länder.

Zusätzlich wurde das Ausmass der Problemwahrnehmung in Bezug auf die Phänomene Rassismus und Kriminalität erfragt. Die Ergebnisse gleichen jenen zum Antisemitismus: Die Jüdinnen und Juden

der Schweiz vertreten seltener die Auffassung, dass diese beiden Phänomene grosse Probleme wären. 60,3 % der Befragten konstatierten dies mit Blick auf den Rassismus, 22,2 % mit Blick auf die Kriminalität allgemein. In der EU-Studie waren hingegen 84 und 70 % dieser Meinung. Bei beiden Einschätzungen fallen die Abstände zu jenen Ländern mit den niedrigsten Werten geringer aus als bei der Einschätzung zum Antisemitismus. In Bezug auf die Einschätzung zum Rassismus gibt es sogar ein Land in der EU-Studie, das mit 56 % einen niedrigeren Anteil besorgter Jüdinnen und Juden ausweist als die Schweiz (Dänemark).

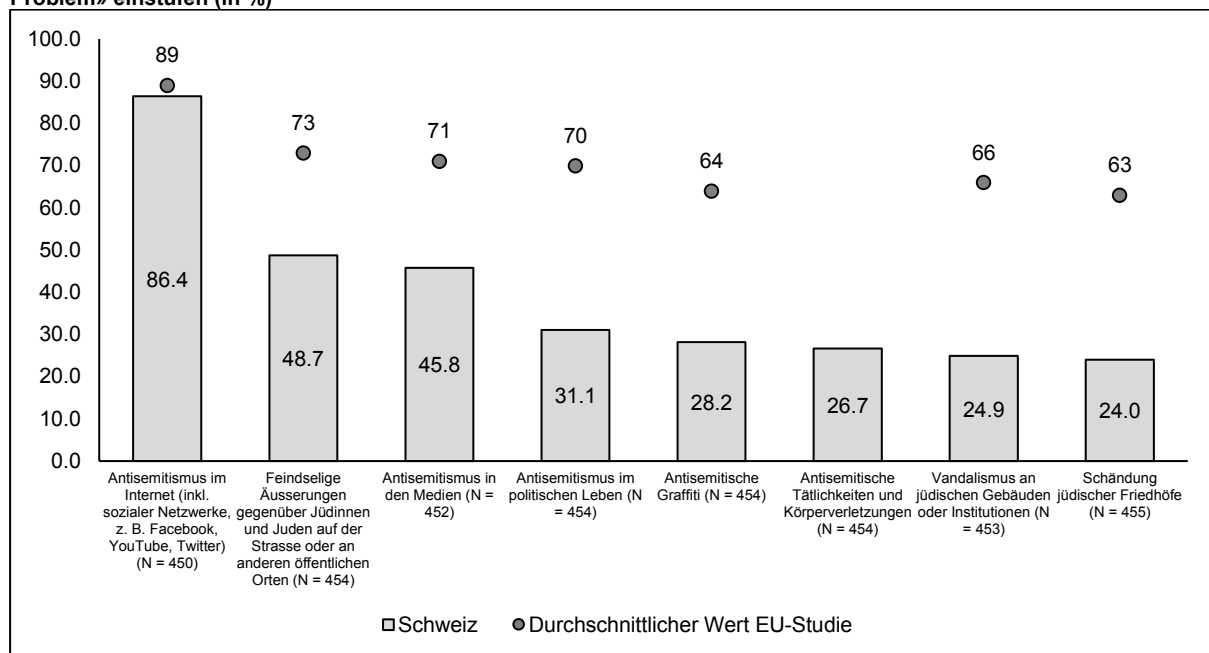
Abbildung 6: Anteil Befragte, die verschiedene Phänomene als «ein ziemlich grosses Problem» oder «ein sehr grosses Problem» einstufen (in %)



Zum gesellschaftlichen Phänomen des Antisemitismus wurden im Fragebogen zudem Einschätzungen bzgl. einzelner Vorkommnisse erfragt. Die Ergebnisse sind in Abbildung 7 aufgeführt, in der wiederum die Anteile an Befragten dargestellt ist, die mit «ein ziemlich grosses Problem» und «ein sehr grosses Problem» geantwortet haben. Der Vergleichswert zur EU-Studie ist erneut mit einem Punkt aufgeführt. Ein spezifisches Vorkommnis wurde dabei nur in der Schweiz-Befragung erhoben: Die Frage, ob antisemitische Tötlichkeiten und Körperverletzungen ein Problem darstellen; hier ist ein Vergleich zur EU-Studie daher nicht möglich.

Fast neun von zehn befragten Jüdinnen und Juden (86,4 %) vertreten die Auffassung, dass Antisemitismus im Internet ein grosses Problem in der Schweiz darstellt. Dieser Anteil liegt nur unwesentlich niedriger als in der EU-Studie. Antisemitismus im Internet und in den sozialen Netzwerken scheint daher ein länderübergreifendes Problem zu sein. Für alle anderen Formen der antisemitischen Vorkommnisse ergeben sich für die Schweiz deutlich niedrigere Anteile an Befragten, die die Ansicht vertreten, dass es sich um grosse Probleme handelt. Mit 48,7 bzw. 45,8 % waren bspw. weniger Jüdinnen und Juden der Ansicht, dass feindselige Äusserungen in der Öffentlichkeit und Antisemitismus in den Medien ein grosses Problem der Schweiz darstellen – in der EU-Studie waren 73 bzw. 71 % dieser Meinung. Etwa jeder dritte Befragte der Schweiz-Studie gab an, dass Antisemitismus im politischen Leben und antisemitische Graffiti grosse Probleme sind – auch hier liegen die Anteile in der EU-Studie mit 70 und 64 % weit höher. Zudem gaben 26,7 % der Befragten in der Schweiz an, dass antisemitische Tötlichkeiten und Körperverletzungen ein grosses Problem darstellen; 24,9 % konstatierten dies mit Blick auf den Vandalismus an jüdischen Gebäuden, 24,0 % mit Blick auf jüdische Friedhöfe. In der EU-Studie sind die Anteile mehr als doppelt so hoch.

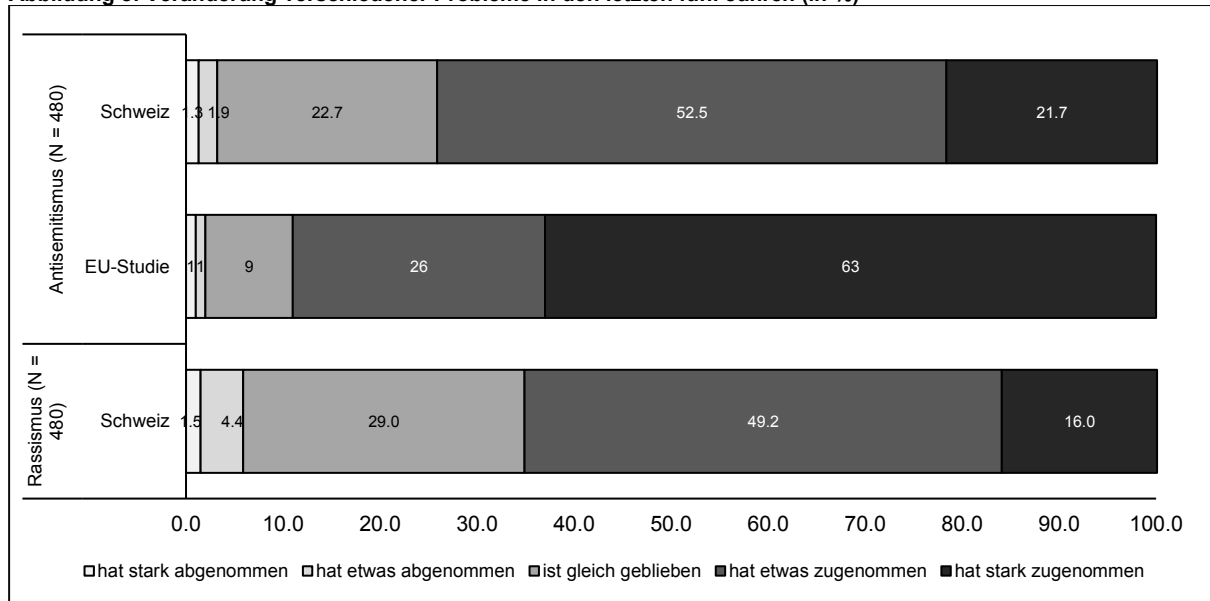
Abbildung 7: Anteil Befragte, die verschiedene Phänomene als «ein ziemlich grosses Problem» oder «ein sehr grosses Problem» einstufen (in %)



Die Befragten sollten nicht nur einschätzen, ob verschiedene Phänomene ein Problem darstellen; sie wurden ebenfalls gebeten, einzuschätzen, wie sich die Phänomene in den letzten fünf Jahren entwickelt haben. Diese Einschätzungen waren nur für die beiden Phänomene des Antisemitismus und des Rassismus vorzunehmen; Abbildung 8 präsentiert die Ergebnisse. In der Schweiz waren demnach 74,2 % der Befragten der Meinung, dass Antisemitismus in den letzten fünf Jahren zugenommen hat; davon gehen 21,7 % von einem starken Anstieg des Antisemitismus aus. Demnach sind drei von vier Jüdinnen und Juden der Schweiz der Ansicht, dass sich die Situation in der jüngeren Vergangenheit verschlechtert hat. Zu beachten ist aber zweierlei: Erstens sind mehr als doppelt so viele Befragte der Ansicht, dass Antisemitismus «etwas» zugenommen als Befragte der Ansicht sind, dass Antisemitismus «stark» zugenommen hat. Die Situation in der Schweiz hat sich in der Perspektive der Jüdinnen und Juden insofern zwar verschlechtert, aber eben nicht drastisch verschlechtert. Zweitens sind die Einschätzungen der Befragten der EU-Studie deutlich negativer. In dieser gaben insgesamt 89 % an, dass der Antisemitismus zugenommen hat; 63 % und damit dreimal mehr Befragte als in der Schweiz waren der Meinung, dass Antisemitismus stark zugenommen hat. Im europäischen Vergleich erweist sich die Lage in der Schweiz damit erneut als weniger problematisch, wenngleich nicht vernachlässigt werden darf, dass von der Mehrheit der Befragten eine Verschlechterung der Lage wahrgenommen wird.

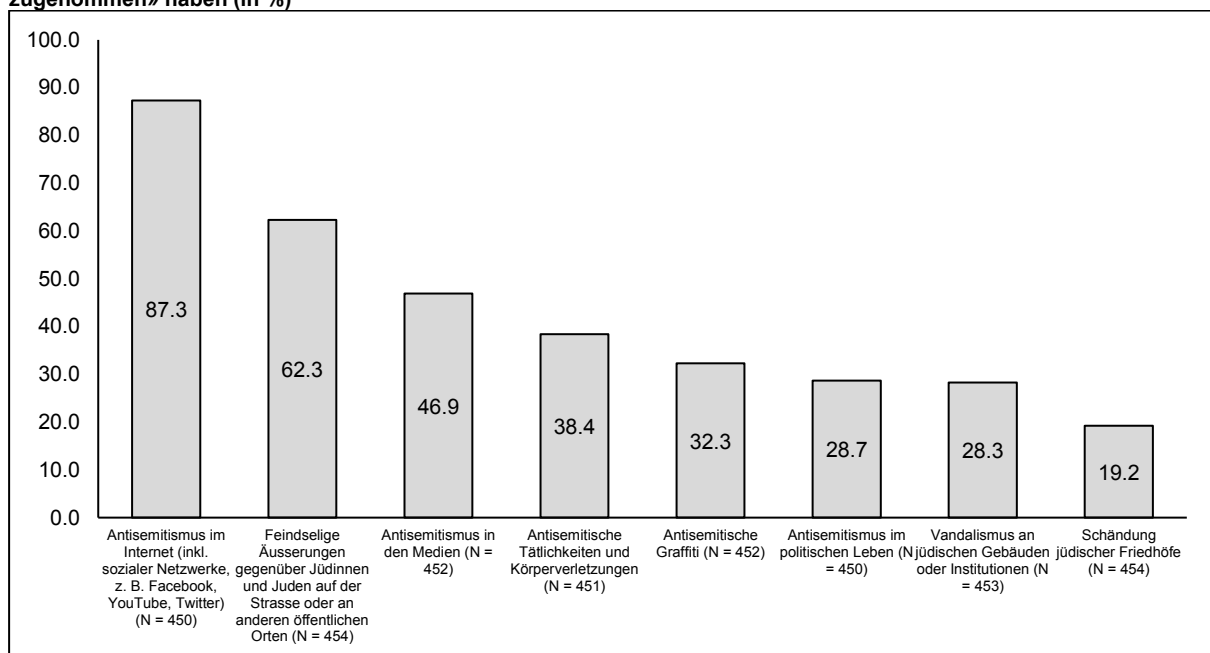
Hinsichtlich der Einschätzung zum Rassismus zeigt sich, dass ebenfalls die Mehrheit der Befragten von einer Verschlechterung der Lage ausgeht. 65,2 % der Jüdinnen und Juden bestätigten, dass Rassismus in der Schweiz in den letzten fünf Jahren etwas oder stark angestiegen ist – in der EU-Studie lag dieser Anteil bei 76 % (ohne Abbildung).

Abbildung 8: Veränderung verschiedener Probleme in den letzten fünf Jahren (in %)



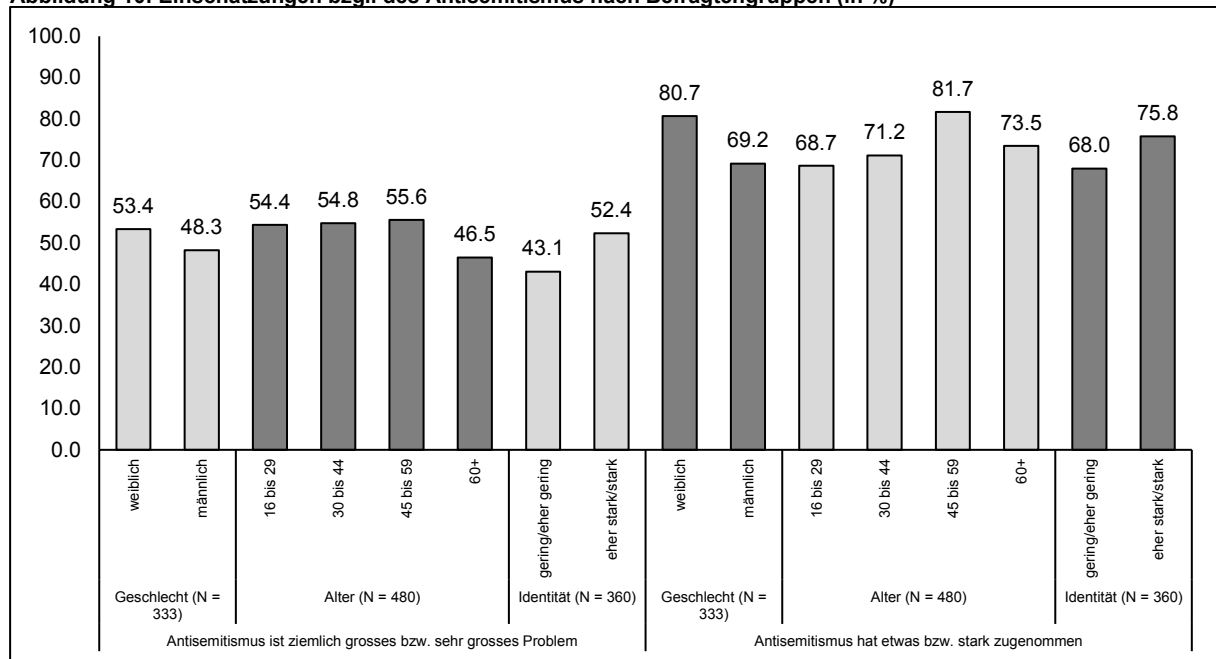
Erhoben wurde zusätzlich die Einschätzung zur Veränderung der verschiedenen antisemitischen Vorkommnisse (Abbildung 9). Mit 87,3 % waren dabei die meisten Befragten der Ansicht, dass Antisemitismus im Internet in den letzten fünf Jahren etwas oder stark zugenommen hat. Dies entspricht nahezu genau dem Wert, der auch in der EU-Studie ermittelt wurde (88 %; ohne Abbildung). Zu den anderen Vorkommnissen werden im Bericht zur EU-Studie keine Ergebnisse ausgewiesen, weshalb ein Vergleich nicht möglich ist. In der Schweiz-Befragung zeigt sich, dass die Befragten am zweithäufigsten einen Anstieg im Bereich der feindseligen Äusserungen im öffentlichen Raum wahrnehmen: 62,3 % gehen hier von einem Anstieg aus. Noch etwa die Hälfte der Befragten äusserte die Meinung, dass Antisemitismus in den Medien zugenommen hat (46,9 %). Jeder fünfte Befragte gab an, dass Friedhofschändungen in den letzten fünf Jahren häufiger geworden sind (19,2 %).

Abbildung 9: Anteil Befragte, die der Ansicht sind, dass verschiedene Vorkommnisse «etwas zugenommen» oder «stark zugenommen» haben (in %)



Die Einschätzungen zum Problemausmass und zur Problemveränderung sind nicht unabhängig von verschiedenen Merkmalen der Befragten, wie Abbildung 10 zeigt. Weibliche Befragte sind demnach häufiger als männliche Befragte der Meinung, dass Antisemitismus ein grosses oder sehr grosses Problem in der Schweiz ist; der Geschlechterunterschied fällt mit Blick auf die Veränderungswahrnehmung noch etwas deutlicher aus: Weibliche Befragte gehen zu 80,7 % davon aus, dass Antisemitismus in den letzten fünf Jahren etwas oder stark gestiegen ist, männliche Befragte nur zu 69,2 %. Für die Altersgruppen ergibt sich eine Art gegenläufiger Effekt: Ältere Befragte sind seltener der Ansicht, dass Antisemitismus in der Schweiz ein Problem darstellt; zugleich geben sie häufiger an, dass Antisemitismus in den letzten fünf Jahren zugenommen hat. Ein Zusammenhang zeigt sich zudem zwischen der Stärke der jüdischen Identität und den Problemwahrnehmungen: Befragte, die eine eher starke bzw. starke Identität aufweisen, äussern häufiger, dass Antisemitismus in der Schweiz ein Problem darstellt und dass dieser in den letzten fünf Jahren zugenommen hat als Befragte, die eine geringe oder eher geringe jüdische Identität berichten. Als Indikator wurde die selbsteingeschätzte Stärke der jüdischen Identität («1 – sehr gering» bis «10 – sehr gross»; vgl. Abbildung 4) herangezogen, wobei nur zwischen Befragten mit eher geringer (Werte 1 bis 5) und eher hoher (Werte 6 bis 10) Identität unterschieden wird.

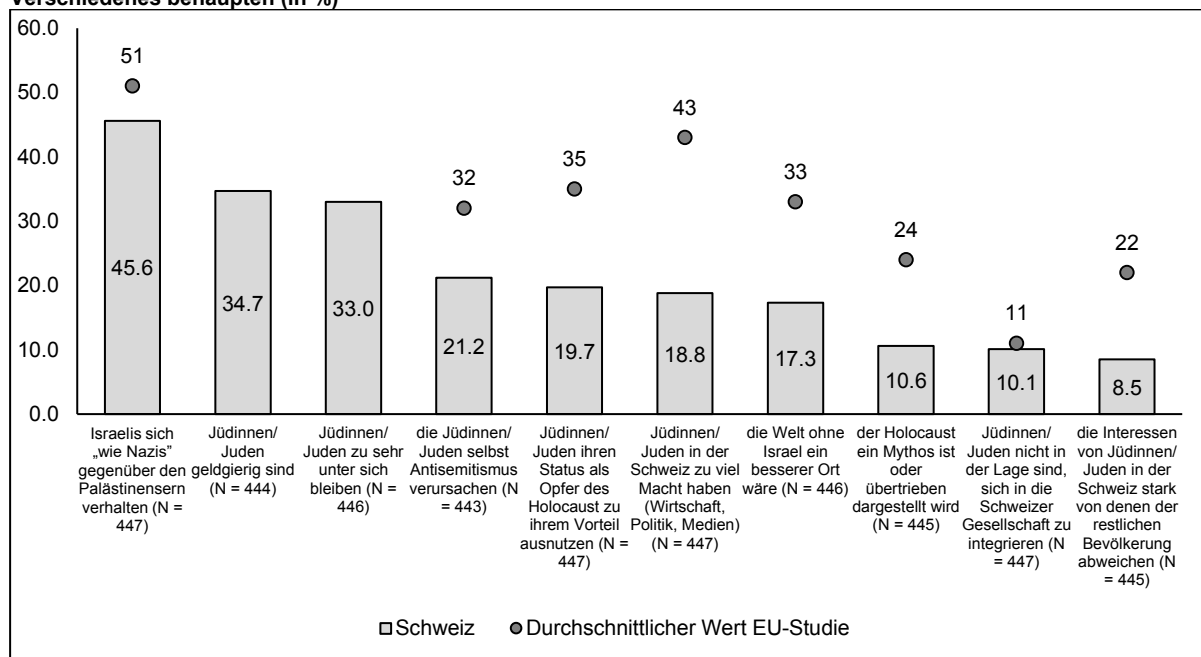
Abbildung 10: Einschätzungen bzgl. des Antisemitismus nach Befragtengruppen (in %)



Ebenfalls ein Aspekt der Problemwahrnehmung ist, inwieweit Jüdinnen und Juden Zeugen von verbalen Verhalten werden, das als antisemitisch eingestuft werden kann. Den Befragten wurde deshalb eine Liste mit zehn Verhaltensweisen vorgelegt und es wurde die Frage gestellt, wie oft die Befragten in den letzten zwölf Monaten gesehen oder gehört haben, dass nichtjüdische Menschen in der Schweiz entsprechende Aussagen getätigt haben. In Abbildung 11 ist der Anteil an Befragten dargestellt, die mit «oft» oder «ständig» geantwortet haben. Zu acht der zehn Aussagen lässt sich ein Vergleich mit der EU-Studie ziehen. Fast die Hälfte der Befragten gab an, dass sie gehört haben, wie nichtjüdische Menschen behaupten, dass Israelis sich «wie Nazis» gegenüber den Palästinensern verhalten. Der Abstand zur EU-Studie fällt dabei niedriger aus als bei den bisher betrachteten Einschätzungen, insofern in dieser Studie mit 51 % nur wenig mehr Befragte von entsprechenden Erfahrungen berichteten. Jeder dritte Befragte der Schweiz-Studie machte die Angabe, häufiger gehört zu haben, dass «Juden geldgierig» sind oder «Juden zu sehr unter sich bleiben» (kein EU-Vergleichswert vorhanden); diese Stereotype sind anscheinend noch immer recht verbreitet in der nichtjüdischen Bevölkerung der Schweiz. Bei verschiedenen anderen Erfahrungen zeigt sich, dass in der Schweiz nur etwa halb so viele Befragte wie in

der EU-Studie davon berichten, sie oft oder ständig gemacht zu haben, mit einer Ausnahme: In der Schweiz waren es 10,1 % der Befragten, die erlebt haben, dass jemand gesagt hat, dass sich Jüdinnen und Juden nicht in der Schweiz integrieren könnten – in der EU-Studie lag der Anteil mit 11 % vergleichbar hoch. Alles in allem unterstreichen die Auswertungen, dass Jüdinnen und Juden der Schweiz alles andere als selten mit Vorurteilen und Stereotypen konfrontiert sind, dies aber anscheinend weniger häufig als in anderen EU-Ländern.

Abbildung 11: Anteil Befragte, die «oft» oder «ständig» selbst gesehen oder gehört haben, dass nichtjüdische Menschen Verschiedenes behaupten (in %)



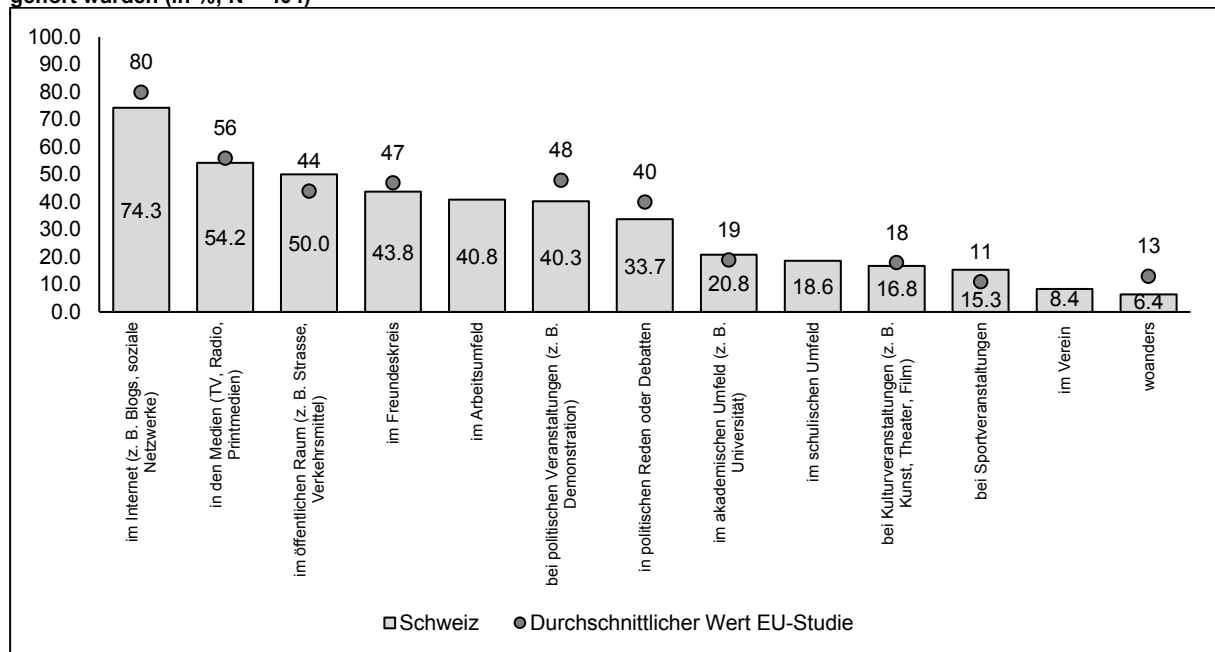
Wenn Befragte zu mindestens einer der zehn Aussagen angegeben haben, dass sie mindestens «manchmal» davon gehört haben, sollten sie zusätzlich mitteilen, in welchem Kontext dies geschehen ist.⁸ Zu den zugehörigen Auswertungen in Abbildung 12 sind allerdings zwei Vorbemerkungen nötig: Erstens erlaubt die Abfrage nicht, zu untersuchen, welches Verhalten in welchem Kontext ausgeführt wurde. Die Befragten wurden nicht zu jedem verbalen Verhalten einzeln gefragt, wo sie dieses erlebt haben, sondern nur in Bezug auf alle Verhaltensweisen gleichzeitig. Wenn ein/e Befragte/r daher angegeben hat, mehrere Verhaltensweisen erlebt zu haben, beziehen sich die Antworten zu den Kontexten auf all diese Erlebnisse. Zweitens ist der Vergleich zur EU-Studie nur eingeschränkt möglich, weil zwei zusätzliche Aussagen («geldgierig» und «unter sich bleiben») aufgenommen wurden, was sich auch auf das Berichten der Kontexte ausgewirkt haben könnte.

Werden diese Einschränkungen berücksichtigend die Ergebnisse aus Abbildung 12 betrachtet, so ergibt sich für die Schweiz-Befragung ein weitestgehend identisches Bild wie in der EU-Studie. Als antisemitisch einzustufende Äusserungen geschehen in drei von vier Fällen im Internet (74,3 %); der Anteil ist in der EU-Befragung mit 80 % noch etwas höher. Zudem wurde von jeder zweiten Person, die Zeuge solcher verbalen Verhaltensweisen geworden ist, mitgeteilt, dass diese in den Medien oder im öffentlichen Raum getätigt wurden – beim öffentlichen Raum ergibt sich für die Schweiz sogar ein höherer Wert als in der EU-Studie (50,0 zu 44 %). Der Freundeskreis, die Arbeit und politische Veranstaltungen sind weitere Kontexte, in denen recht häufig als antisemitisch einzustufende Aussagen erfolgen. Zum

⁸ 93,5 % der Befragten gaben an, dass sie mindestens eine der zehn aufgeführten Aussagen mindestens manchmal gehört haben (N = 449).

Arbeitsumfeld ist dabei kein Vergleich mit der EU-Studie möglich, da dieser im Fragebogen nicht vorgegeben wurde. Etwas häufiger als in der EU scheinen in der Schweiz verbale Vorkommnisse der genannten Art bei Sportveranstaltungen und im akademischen Umfeld zu erfolgen. Sehr selten wurde angegeben, dass solche Erfahrungen in Vereinen gemacht wurden, wobei hier ebenfalls kein Vergleich zur EU-Studie möglich ist.

Abbildung 12: Kontexte, in denen Behauptungen von nichtjüdischen Personen über Jüdinnen und Juden gesehen oder gehört wurden (in %; N = 404)

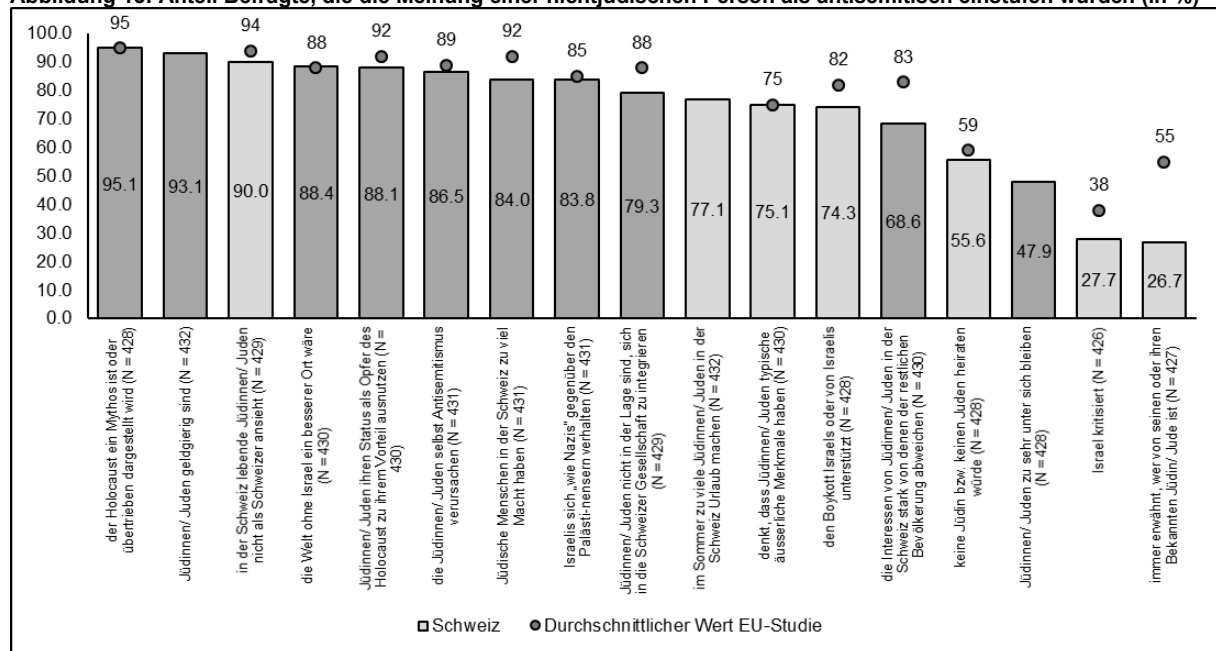


Inwieweit die befragten Jüdinnen und Juden die verschiedenen Formen des verbalen Verhaltens als antisemitisch einstufen, wurde in der Befragung zudem explizit erhoben. Neben den zehn bereits bekannten Formen des verbalen Verhaltens (in Abbildung 13 dunkelgrau dargestellt) wurden zudem sieben weitere Verhaltens- oder Einstellungsformen berücksichtigt. Hinsichtlich der zehn Formen des verbalen Verhaltens bestätigt Abbildung 13, dass zu neun Verhaltensweisen die Mehrheit der Befragten eine Einstufung als antisemitisch vornimmt. Nur in Bezug auf die Aussage, dass «Jüdinnen/Juden zu sehr unter sich bleiben», geben weniger als die Hälfte der Befragten an, dass dies antisemitisch sei (47,9 %). Fast alle Befragten teilten die Ansicht, dass es antisemitisch ist, wenn eine Person sagt, dass «der Holocaust ein Mythos ist oder übertrieben dargestellt wird» (95,1 %). Als Zustimmung wurden die Antwortkategorien «ja, wahrscheinlich» und «ja, auf jeden Fall» gewertet.⁹ In der EU-Studie waren ebenfalls 95 % der Befragten der Meinung, dass diese Aussage als antisemitisch einzustufen ist. 93,1 % der Befragten stimmten zu, dass die Aussage, dass «Jüdinnen/Juden geldgierig sind», antisemitisch ist – aus der EU-Studie liegt hierzu kein Vergleichswert vor. Bei weiteren Aussagen sind jeweils acht von zehn Befragten der Ansicht, dass es sich um antisemitische Aussagen handelt. Zudem würden es 90,0 % als antisemitisch werten, wenn eine nichtjüdische Person die in der Schweiz lebenden Jüdinnen und Juden nicht als Schweizer ansieht – in der EU-Studie werteten dies 94 % der Befragten als antisemitisch. Etwa ein Viertel der Befragten der Schweiz-Befragung stufen es als antisemitisch ein, wenn eine nichtjüdische Person Israel kritisiert (27,7 %) oder immer erwähnt, wer von den eigenen Bekannten Jüdin bzw. Jude ist (26,7 %). Gerade bei dieser letzten Aussage finden sich der grösste Abstand zur EU-Studie, in der 55 % bejahten, dass es antisemitisch ist, wenn eine nichtjüdische Person immer darauf verweist, wer von den Bekannten jüdisch ist. Werden alle Vergleiche der Schweiz-Befragung und

⁹ Die weiteren Antwortkategorien lauteten «nein, auf keinen Fall» und «nein, wahrscheinlich nicht».

der EU-Studie betrachtet, kann gesagt werden, dass die Anteile an Befragten, die etwas als antisemitisch einstufen, in der Schweiz insgesamt etwas niedriger ausfallen. Es wird hier also seltener in Bezug auf verschiedene verbale Äusserungen und andere Einstellungen vermutet, dass diese antisemitisch motiviert sind.

Abbildung 13: Anteil Befragte, die die Meinung einer nichtjüdischen Person als antisemitisch einstufen würden (in %)



3.3 Sicherheitserleben

Das Sicherheitserleben bzw. Sicherheitsgefühl kann über verschiedene Fragen erfasst werden. In der Befragung wurden zunächst verschiedene Formen des Vermeidungsverhaltens erhoben. Entsprechend den in Abbildung 14 dargestellten Ergebnissen gaben insgesamt 21,3 % bzw. 19,4 % der Befragten an, dass sie es «manchmal» oder «oft bzw. ständig» vermeiden würden, jüdische Veranstaltungen/Stätten oder bestimmte Örtlichkeiten im Wohnort zu besuchen, weil sie sich dort oder auf dem Weg dorthin nicht sicher fühlen würden. Nur ein sehr kleiner Anteil (2,4 bzw. 3,1 %) gaben dabei an, dass dies oft oder ständig der Fall ist. Im Vergleich mit der EU-Studie ergibt sich eine deutlich niedrigere Zustimmung in der Schweiz-Befragung: Hier gaben nur etwa halb so viele Befragte an, dass sie sich in Bezug auf die genannten Aktivitäten zumindest manchmal nicht sicher fühlen würden.

Hinsichtlich eines weiteren Indikators des Vermeidungsverhaltens fallen die Abstände zur EU-Studie hingegen weniger gross aus: Diejenigen Jüdinnen und Juden, die angegeben haben, manchmal oder immer Kleidungsstücke oder Gegenstände zu tragen, die sie als Jüdin oder Jude identifizieren (vgl. oben Abbildung 5), gaben zu insgesamt 62,9 % an, dass sie es zumindest gelegentlich auch vermeiden, diese Gegenstände zu tragen. Da bei dieser Auswertung diejenigen Jüdinnen und Juden nicht berücksichtigt werden, die nie entsprechende Kleidungsstücke tragen, gehen nur 226 Personen in die Auswertungen ein.¹⁰ In der EU-Studie liegt der Anteil mit 71 % zwar höher, der Abstand zum Wert der

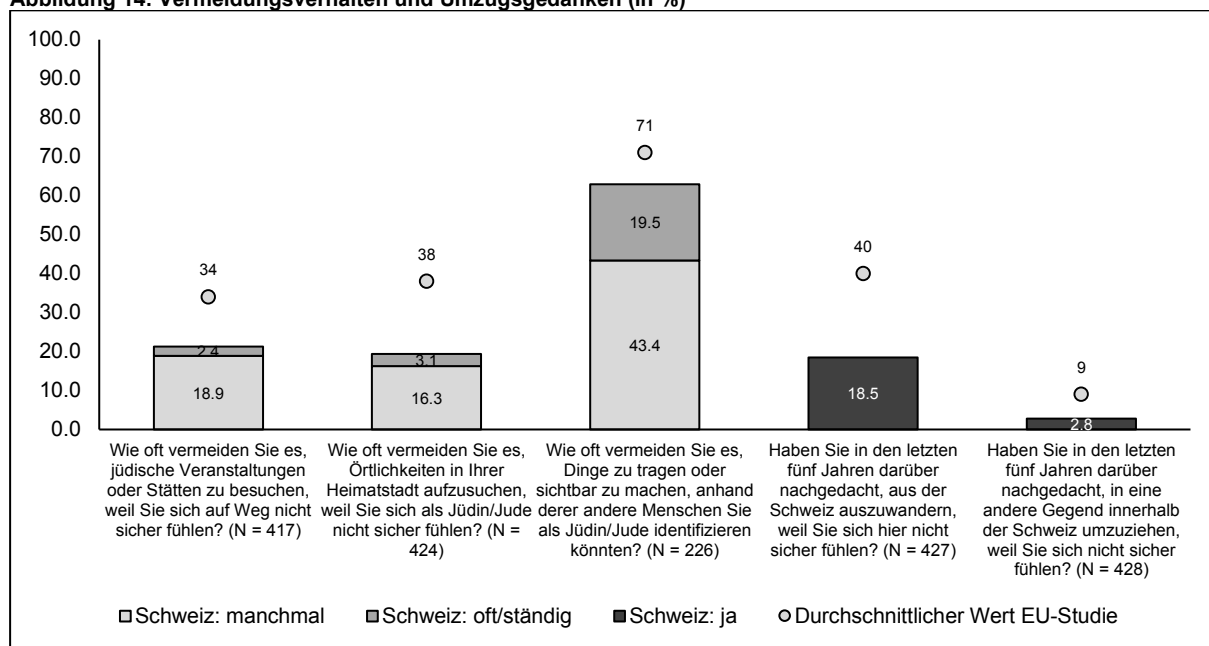
¹⁰ Von den Befragten, die nie entsprechende Gegenstände tragen, gaben im Übrigen 75,4 % an, dass diese Entscheidung darauf beruht, dass die Gegenstände kaum oder keine besondere Bedeutung haben. 17,4 % begründeten die Entscheidung damit, dass sie sich Sorgen um ihre Sicherheit machen (N = 138).

Schweiz ist aber eher gering. Zugleich ist darauf hinzuweisen, dass in der Schweiz nur 19,5 % angegeben haben, dass sie häufig oder immer das Tragen der Kleidungsstücke vermeiden – in der EU-Studie lag der Anteil bei 28 %.

Als eine Form des Vermeidungsverhaltens kann zudem der Umzug bzw. die Umzugsabsicht eingestuft werden. In der Schweiz gaben 18,5 % der Befragten an, darüber nachgedacht zu haben, aus der Schweiz auszuwandern, weil sie sich hier nicht sicher fühlen. In der EU-Studie lag der Anteil mit 40 % mehr als doppelt so hoch. Ein vergleichbarer Unterschied findet sich mit Blick auf die Frage, ob man die Wohngegend verlassen möchte, weil man sich hier nicht sicher fühlt. In der Schweiz stimmten dieser Aussage 2,8 % der Befragten zu, in der EU-Studie 9 %.

Die Befragten, die Auswanderungsabsichten äusserten, wurden gebeten, anzugeben, in welches Land sie auswandern wollten und ob konkrete Vorbereitungs Schritte unternommen wurden (z.B. nach Wohnung oder Arbeit gesucht, Reisebuchungen vorgenommen). Das am häufigsten genannte Zielland der Auswanderung ist Israel; zudem wurden die USA oder Kanada häufiger genannt. Insgesamt nur 20 Befragte gaben an, konkrete Vorbereitungs Schritte unternommen zu haben. Insgesamt zehn Befragte berichteten, dass sie aufgrund ihrer Unsicherheitsgefühle ausgewandert, aber anschliessend zurückgekehrt sind. Ebenfalls sehr niedrige Fallzahlen finden sich zum Wohnort-Umzug (innerhalb der Schweiz): Hier gaben sechs Befragte an, aktive Vorbereitungen für den Umzug getroffen zu haben; drei Personen sind in den letzten fünf Jahren umgezogen, weil sie sich in ihrer Wohngegend nicht sicher gefühlt haben.

Abbildung 14: Vermeidungsverhalten und Umzugsgedanken (in %)

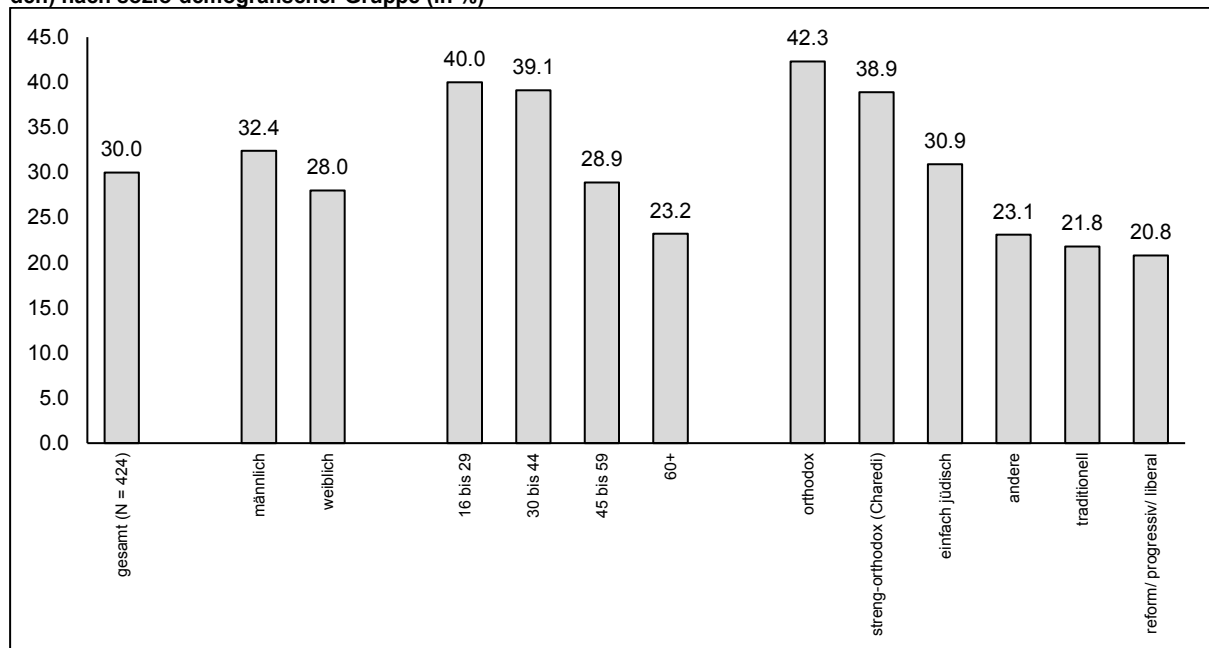


Um das Vermeidungsverhalten für verschiedene sozio-demografische Gruppen untersuchen zu können, wurden die beiden Aussagen zu jüdischen Veranstaltungen/Stätten und Örtlichkeiten in der Heimatstadt zusammengefasst. Sobald ein/e Befragte/r eine der beiden Aussagen mit mindestens «manchmal» beantwortet hat, liegt Vermeidungsverhalten vor. Entsprechend Abbildung 15 gilt dies für 30,0 %; d.h. etwa jeder dritte Befragte hat es mindestens manchmal aufgrund eines geringen Sicherheitsgefühls vermieden, die genannten Orte aufzusuchen.¹¹ Ein Vergleichswert hierzu aus der EU-Studie liegt nicht vor. Für männliche Befragte liegt der Anteil mit 32,4 % etwas höher als für weibliche Befragte (28,0 %)

¹¹ Zu beachten ist, dass die Mehrzahl der Befragten mit «manchmal» geantwortet hat; dies waren 25,0 % der Befragten. Nur 5,0 % gaben an, oft oder ständig Vermeidungsverhalten zu zeigen.

– die Differenz ist aber eher vernachlässigbar. Bedeutsamer sind hingegen die Altersgruppenunterschiede: Von den 16- bis 29-jährigen und den 30- bis 44-jährigen gaben vier von zehn Befragten an, Vermeidungsverhalten gezeigt zu haben. Das Sicherheitsgefühl den öffentlichen Raum betreffend ist bei diesen Altersgruppen also geringer ausgeprägt. Bei den ab 60-jährigen gaben hingegen nur 23,2 % an, mindestens manchmal Vermeidungsverhalten gezeigt zu haben. Ebenfalls deutliche Unterschiede zeigen sich im Vergleich verschiedener Subgruppen jüdischer Befragter: Orthodoxe oder streng-orthodoxe Jüdinnen und Juden berichten am häufigsten davon, Vermeidungsverhalten gezeigt zu haben; bei anderen Gruppen berichtet etwa eine/r von fünf Befragten, aufgrund eines geringen Sicherheitsgefühls verschiedene Orte nicht aufgesucht zu haben. Diese Unterschiede lassen sich dabei nicht allein damit erklären, dass orthodoxe und streng-orthodoxe Befragte häufiger Kleidungsstücke tragen, die sie als Jüdinnen bzw. Juden erkennbar machen (vgl. oben Abbildung 5), da auch Personen, die nie entsprechende Kleidungsstücke tragen, zu 25,0 % Vermeidungsverhalten zeigten; dieser Wert liegt vergleichbar hoch bei denjenigen Befragten, die gelegentlich entsprechende Kleidungsstücke tragen (25,6 %) und nur etwas niedriger als bei Befragten, die immer solche Gegenstände tragen (34,3 %).¹²

Abbildung 15: Vermeidungsverhalten (mindestens manchmal bestimmte Orte aufgrund von Unsicherheitsgefühl meiden) nach sozio-demografischer Gruppe (in %)

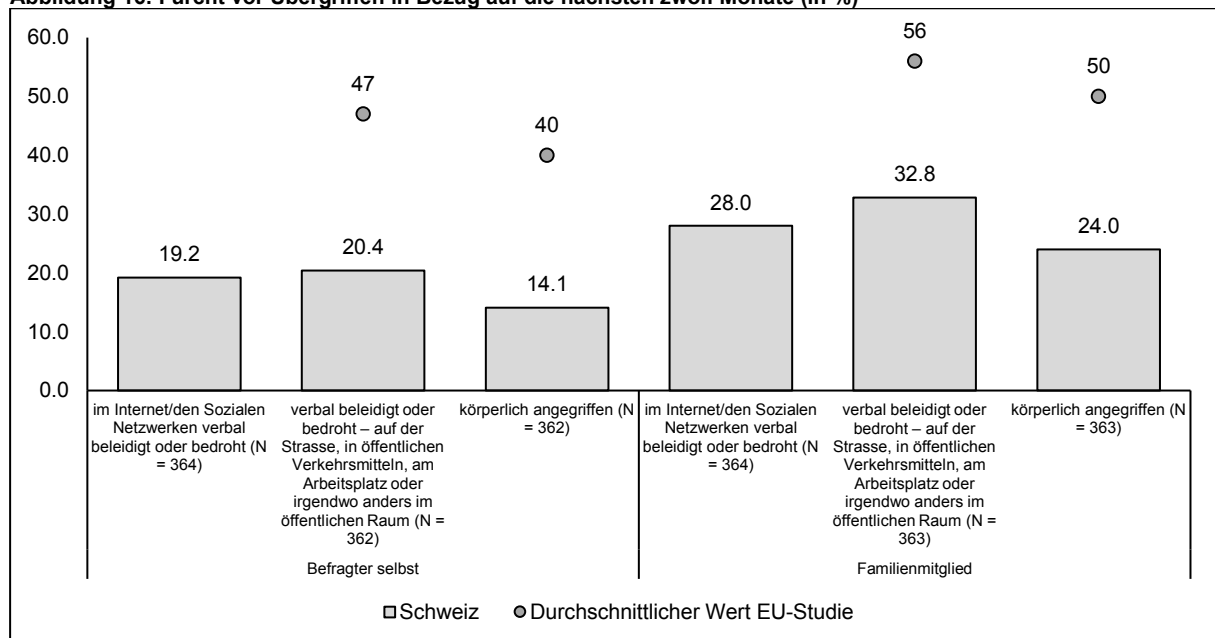


Das Sicherheitsgefühl kann daneben anhand der Furcht vor Übergriffen abgebildet werden. Im Fragebogen wurde daher die Frage gestellt, wie besorgt die Personen sind, verschiedene Vorfälle in den nächsten zwölf Monaten zu erleben. Die Antwortkategorien reichten von «1 – überhaupt nicht besorgt» bis «4 – sehr besorgt». Die beiden Antworten «3 – ziemlich besorgt» und «4 – sehr besorgt» wurden für die Auswertungen zusammengefasst. Die Befragten sollten die Furcht einmal dahingehend einstufen, dass sie selbst in den nächsten zwölf Monaten Übergriffe erleben, und einmal dahingehend, dass Familienmitglieder oder nahestehende Personen betroffen sind. Unterschieden wurde zudem zwischen dem Erleben von verbalen und körperlichen Übergriffen. Hinsichtlich der verbalen Übergriffe wurde zwischen solchen im Internet und den sozialen Netzwerken und solchen im öffentlichen Raum differenziert.

¹² Die genannten Unterschiede zeigen sich ebenfalls, wenn die Auswanderungsabsicht betrachtet wird: 20,2 % der männlichen aber 13,7 % der weiblichen Befragten hatten in den letzten Jahren eine Auswanderungsabsicht aufgrund ihres Unsicherheitsgefühls. 16- bis 29-jährige und 30- bis 44-jährige Befragte äussern am häufigsten eine solche Absicht (26,8 bzw. 30,7 %), ab 60-jährige am seltensten (8,7 %; 45- bis 59-jährige: 21,2 %). Orthodoxe Befragte haben zu 25,0 % an Auswanderung gedacht, streng-orthodoxe Befragte zu 38,9 %.

Dies wurde in der EU-Studie nicht getan, weshalb die Resultate nur bedingt vergleichbar sind.¹³ Wie Abbildung 16 zeigt, ist die Furcht vor Übergriffen, die Familienmitglieder oder nahestehende Personen erleben könnten, stärker ausgeprägt als die Furcht davor, selbst Opfer zu werden. Hinsichtlich der körperlichen Angriffe vermuten bspw. 24,0 % der Befragten, dass dies Familienmitglieder treffen könnte; 14,1 % befürchten dies mit Blick auf die eigene Person. Daneben ist die Furcht vor verbalen Übergriffen stärker ausgeprägt als die vor körperlichen Übergriffen: 20,4 % sind bspw. ziemlich oder sehr besorgt, in den nächsten zwölf Monaten selbst im öffentlichen Raum verbal angegriffen zu werden. Nicht zuletzt wird einmal mehr deutlich, dass die Situation in der Schweiz weniger problematisch zu sein scheint als die Situation in den zwölf Ländern der EU-Studie, in der ca. doppelt so viele Befragte Sorge in Bezug auf das Erleben verschiedener Übergriffe äusserten. Etwas überraschend ist, dass die Furcht vor verbalen Übergriffen im Internet/den sozialen Netzwerken etwas geringer ausgeprägt ist als die Furcht vor verbalen Übergriffen im öffentlichen Raum – überraschend deshalb, weil sich in den obigen Auswertungen gezeigt hat (Abbildungen 7 und 9), dass Antisemitismus im Internet/den sozialen Netzwerken als besonderes und zunehmendes Problem in der Schweiz eingestuft wird.

Abbildung 16: Furcht vor Übergriffen in Bezug auf die nächsten zwölf Monate (in %)

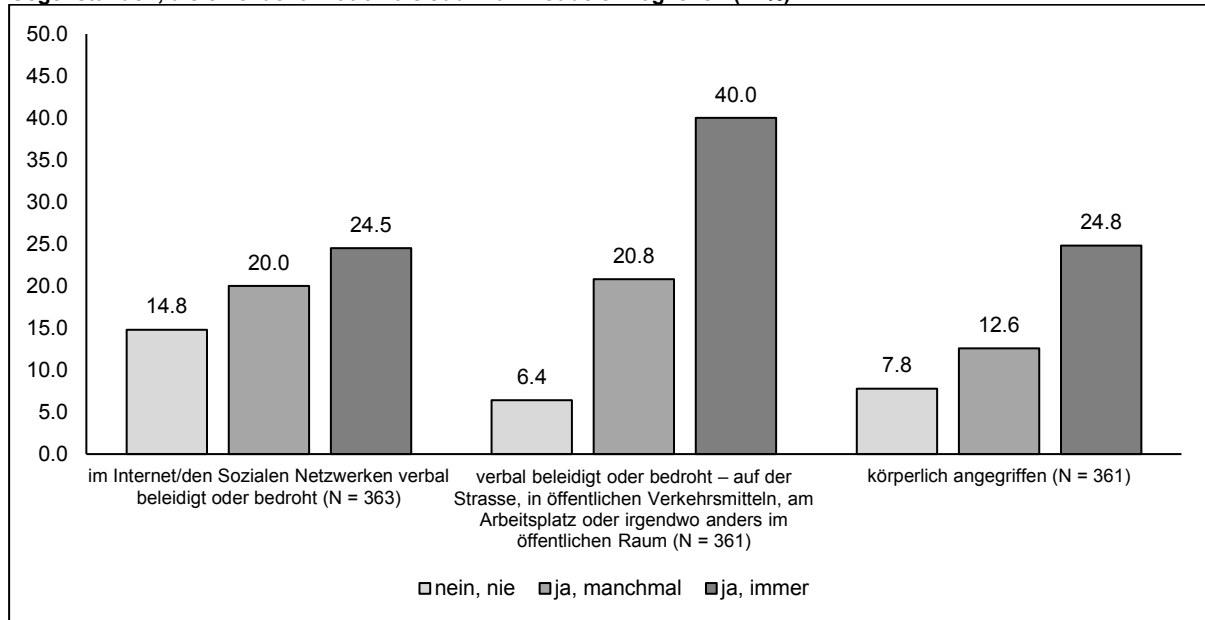


Die Furcht vor Übergriffen hängt u.a. mit dem Alter (jüngere Befragte äussern höhere Furcht) und der jüdischen Identität zusammen (eine stärkere Identität geht mit höherer Furcht einher). Zusätzlich ergibt sich ein Zusammenhang mit dem Tragen von Kleidungsstücken, die eine Person als Jüdin bzw. Jude erkennbar machen. Dieser Zusammenhang ist in der nachfolgenden Abbildung 17 verdeutlicht. Hinsichtlich der Beleidigungen und Bedrohungen im Internet ist der Zusammenhang gering ausgeprägt, was deshalb verständlich ist, weil das Tragen von Kleidungsstücken für Online-Erfahrungen keine besondere Rolle spielen sollte. Für die verbalen Übergriffe im öffentlichen Raum ist hingegen ein klarer Zusammenhang feststellbar: Befragte, die nie Kleidungsstücke tragen, äussern zu 6,4 %, dass sie ziemlich oder sehr besorgt sind, in den nächsten zwölf Monaten selbst beleidigt oder bedroht zu werden; bei den Befragten, die immer Kleidungsstücke tragen, beträgt der Wert 40,0 %. Hinsichtlich der physischen Gewalt zeigt sich ebenfalls ein deutlicher Unterschied: Jede/r vierte Befragte der Schweiz-Studie gibt an, besorgt bzgl. physischer Angriffe zu sein, wenn er/sie immer Kleidungsstücke oder andere Gegenstände trägt, die darauf schliessen lassen, dass er/sie Jude/Jüdin ist. Befragte, die nie entsprechende

¹³ Der Wortlaut in dieser Studie war: «How worried are you that you [a family member or a person close to you] will be a victim of the following when you are in the street or in any other public place in the next 12 months because you are Jewish: Verbal insults or harassment [physical attack]?»

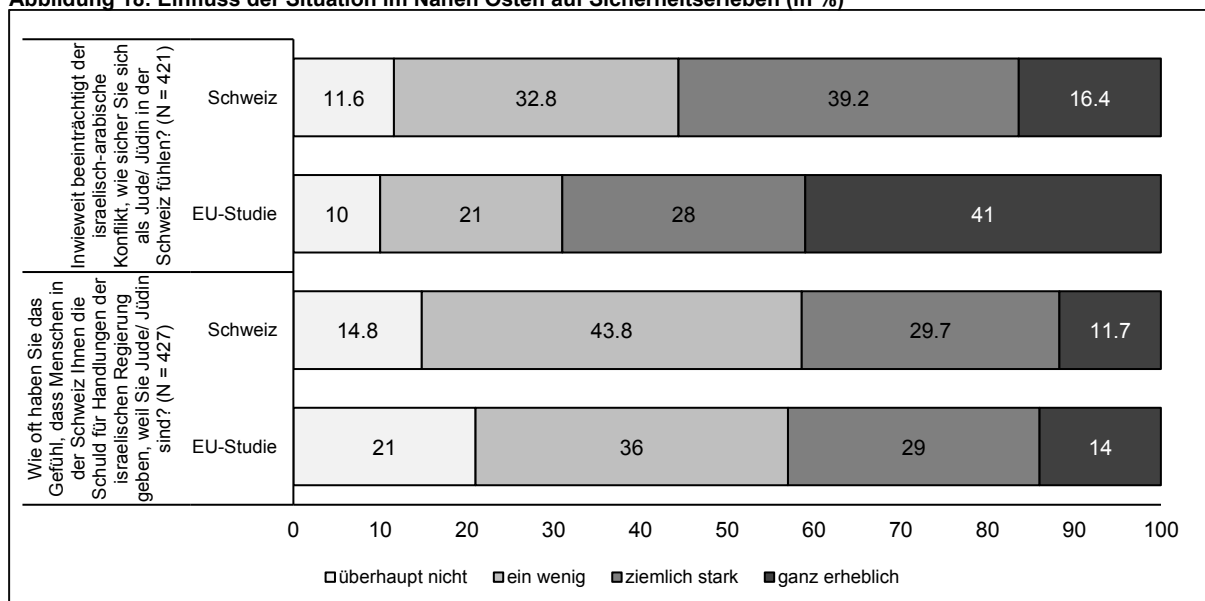
Gegenstände tragen, äussern zu 7,8 %, dass sie ziemlich oder sehr besorgt sind, in den nächsten zwölf Monaten körperlich angegriffen zu werden.

Abbildung 17: Furcht vor Übergriffen in Bezug auf die nächsten zwölf Monate nach Tragen von Kleidungsstücken bzw. Gegenständen, die eine Identifikation als Jüdin bzw. Jude ermöglichen (in %)



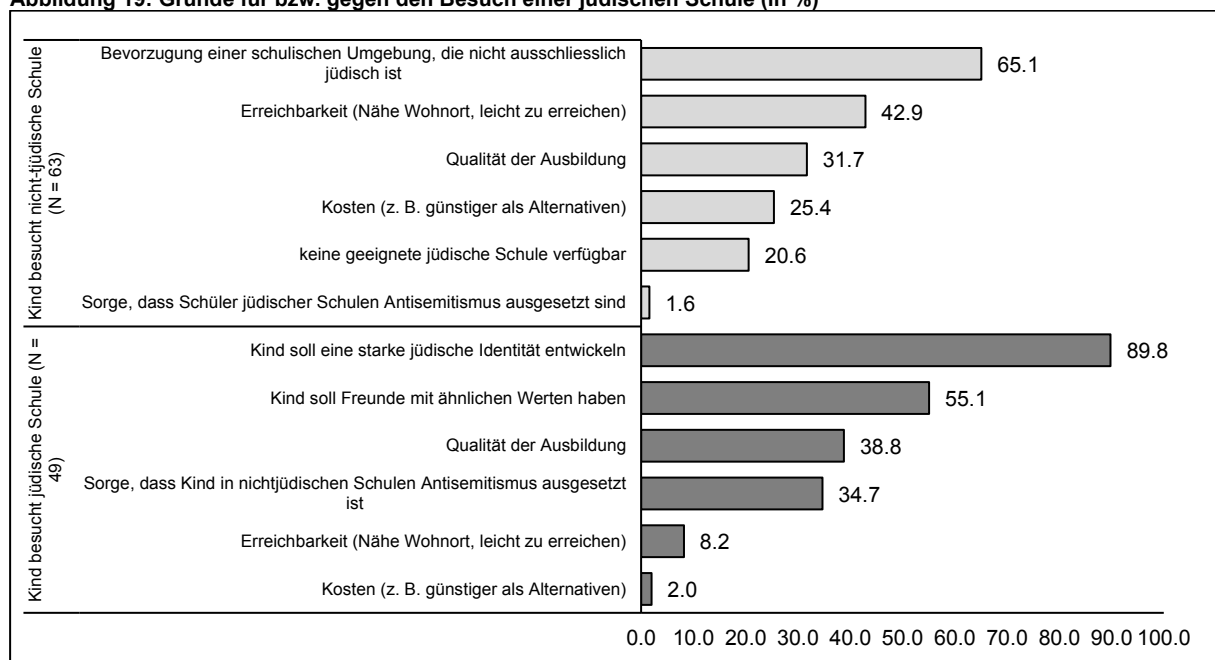
Das Sicherheitserleben in der Schweiz ist zumindest teilweise auch von Vorkommnissen ausserhalb der Schweiz geprägt. Wie Abbildung 18 zeigt, gaben 16,4 % der Befragten der Schweiz-Studie an, dass der israelisch-arabische Konflikt das aktuelle Sicherheitsgefühl ganz erheblich beeinträchtigt; 39,2 % gaben an, dass dieser Konflikt das Sicherheitsgefühl ziemlich stark beeinflusst. In der EU-Studie waren es insgesamt 69 % und damit etwa 13 Prozentpunkte mehr Befragte, die eine Beeinträchtigung des Sicherheitserlebens wahrnehmen. Hinsichtlich einer zweiten Einschätzung unterscheiden sich beide Studien hingegen nicht voneinander: In der Schweiz gaben insgesamt 41,4 % der Befragten an, dass sie oft oder ständig das Gefühl haben, dass Menschen in der Schweiz ihnen die Schuld für Handlungen der israelischen Regierung geben; in der EU-Studie bestätigten dies 43 % der Befragten.

Abbildung 18: Einfluss der Situation im Nahen Osten auf Sicherheitserleben (in %)



Eine spezifische Form des Sicherheitserlebens wurde in Bezug auf Befragte erhoben, die schulpflichtige Kinder haben. Dies trifft auf 27,8 % der Befragten zu. Diese Personen wurden gebeten, anzugeben, ob die Kinder eine jüdische Schule besuchen oder nicht und was die Gründe für die Entscheidung für die jeweilige Schule gewesen sind. Von den Befragten mit schulpflichtigen Kindern gaben 56,9 % an, dass kein Kind eine jüdische Schule besucht; bei 43,1 % dieser Befragten besucht mindestens ein Kind eine jüdische Schule. Sicherheitsbedenken waren dabei nur für einen Teil der Befragten bedeutsam für die Entscheidung (Abbildung 19): 1,6 % der Befragten, deren Kinder keine jüdische Schule besuchen, hatten Angst davor, dass ihr Kind in einer jüdischen Schule Antisemitismus ausgesetzt sein könnte (u.a. weil es dann als jüdische Person identifizierbar ist). Von den Befragten, die mindestens ein Kind in einer jüdischen Schule unterrichten lassen, gaben 34,7 % an, dass die Sorge bestand, dass es in nichtjüdischen Schulen einem Risiko antisemitischer Übergriffe ausgesetzt ist. Die Hauptgründe für die Schulwahl sind aber letztlich andere: Wenn das Kind keine jüdische Schule besucht, dann u.a. deshalb, weil eine nichtjüdische Schulumgebung befürwortet wird, weil die Erreichbarkeit gegeben ist oder weil die Qualität der Ausbildung dafürspricht. Wenn ein Kind eine jüdische Schule besucht, dann hauptsächlich deshalb, weil die Eltern wünschen, dass es eine jüdische Identität entwickelt und Freunde mit ähnlichen Werten haben soll.

Abbildung 19: Gründe für bzw. gegen den Besuch einer jüdischen Schule (in %)

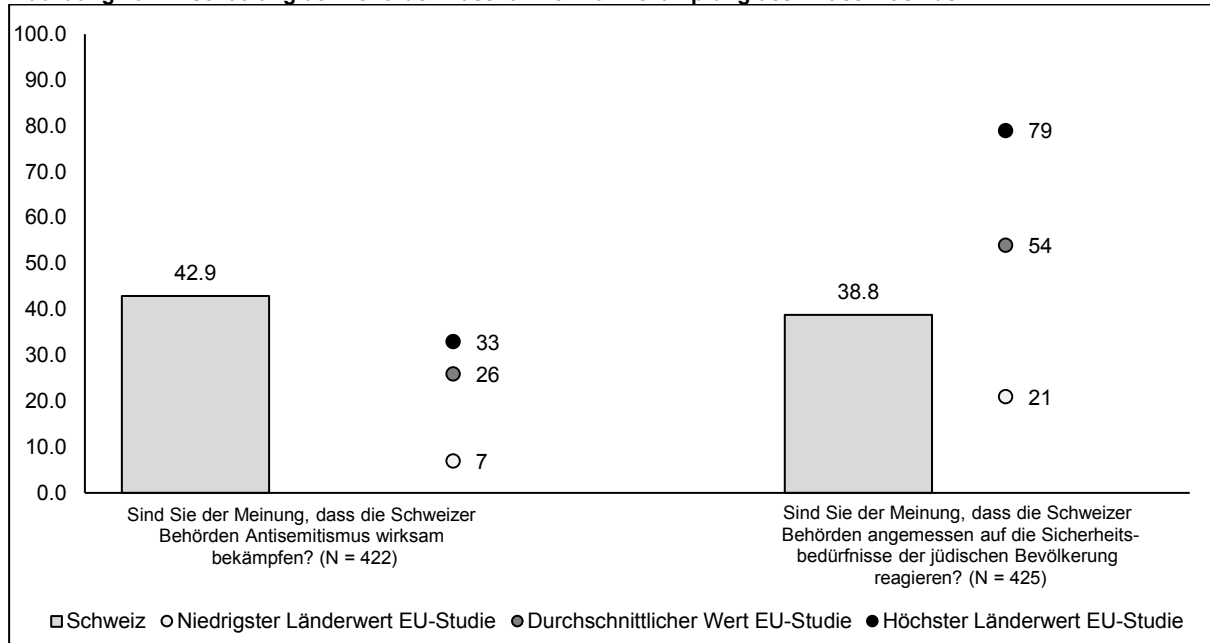


Vor dem Hintergrund der verschiedenen Einschätzungen zum Sicherheitserleben und Sicherheitsgefühl war es zuletzt interessant, von den Befragten zu erfahren, ob sie der Ansicht sind, dass sich die Politik in ausreichendem Masse dem Thema Antisemitismus annimmt. Die Befragten wurden daher gebeten, zwei Aussagen zum Handeln der Politik einzuschätzen. Diese Aussagen sind in Abbildung 20 dargestellt.¹⁴ Zusätzlich ist der Durchschnittswert der EU-Studie sowie der niedrigste und der höchste Wert der einbezogenen Länder dargestellt. Die Ergebnisse sind nicht ganz eindeutig: Schweizer Jüdinnen und Juden sind zwar einerseits im europäischen Vergleich häufiger der Meinung, dass die Schweizer Behörden Antisemitismus wirksam bekämpfen – 42,9 % antworteten mit «ja, wahrscheinlich» oder «ja, auf jeden Fall». Der höchste Wert aller zwölf EU-Länder liegt bei 33 % (Dänemark). Andererseits wird die Arbeit der Behörden auch kritisch gesehen, insofern nur 38,8 % der Jüdinnen und Juden der

¹⁴ In der EU-Studie sollten die Befragten die «government»-Arbeit einschätzen. Dies wäre wörtlich mit «Regierung» zu übersetzen. Dies ist in der Schweiz aber ein weniger gebräuchlicher Begriff. Würde dieser durch «Bundesrat» ersetzt, wäre der Kreis der verantwortlichen Regierungsbehörden aber zu klein, weshalb entschieden wurde, in den Aussagen von «Schweizer Behörden» zu sprechen.

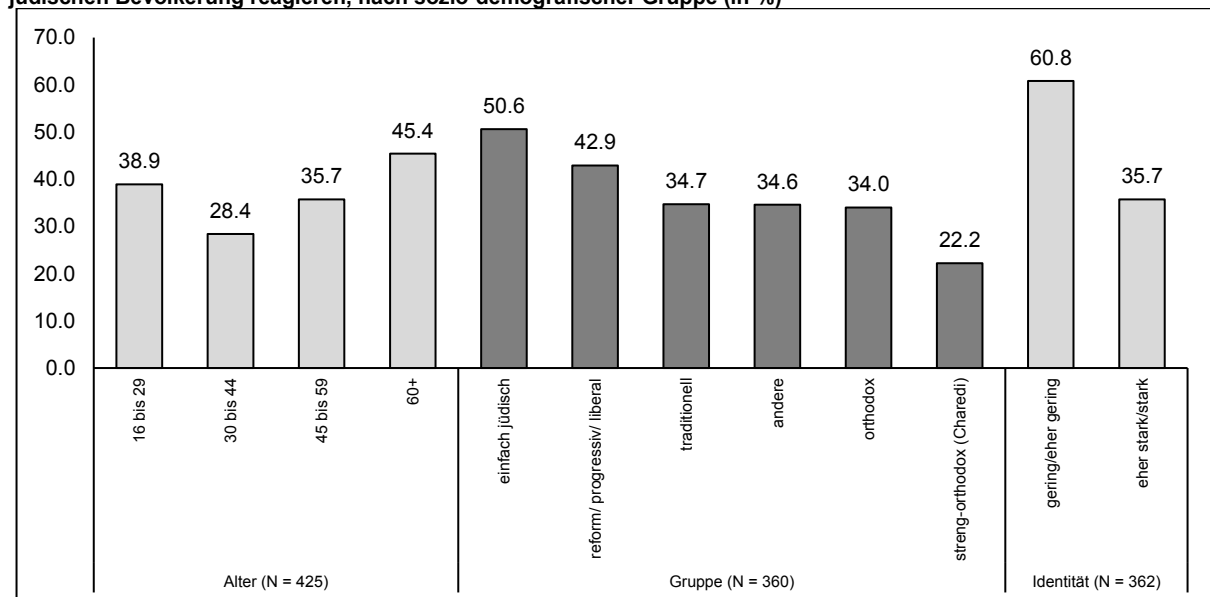
Schweiz die Ansicht vertreten haben, dass die Behörden auf die Sicherheitsbedürfnisse der jüdischen Bevölkerung ausreichend reagieren. In der EU-Studie waren mit 54 % deutlich mehr Befragte dieser Meinung; in Italien bestätigten dies sogar 79 % der Befragten. Nur in Polen und Schweden liegt der Wert mit 22 bzw. 21 % deutlich niedriger als in der Schweiz.

Abbildung 20: Einschätzung der Behördenmassnahmen zur Bekämpfung des Antisemitismus



Im Vergleich der verschiedenen Befragtengruppen zeigt sich dabei, dass streng-orthodoxe Jüdinnen und Juden am seltensten der Meinung sind, dass die Schweizer Behörden angemessen auf die Sicherheitsbedürfnisse reagiert: nur 22,2 % stimmten hier zu (Abbildung 21); «einfach jüdische» Befragte bejahten dies zu 50,6 %. Daneben findet sich ein Zusammenhang mit der Stärke der jüdischen Identität: Befragte mit (eher) starker Identität (vgl. Abbildung 4) stimmen deutlich seltener zu als Befragte mit (eher) geringer Identität. Jüngere Befragte stimmen zudem seltener zu als ältere Befragte.

Abbildung 21: Anteil Befragte, die der Meinung sind, dass die Behörden angemessen auf die Sicherheitsbedürfnisse der jüdischen Bevölkerung reagieren, nach sozio-demografischer Gruppe (in %)



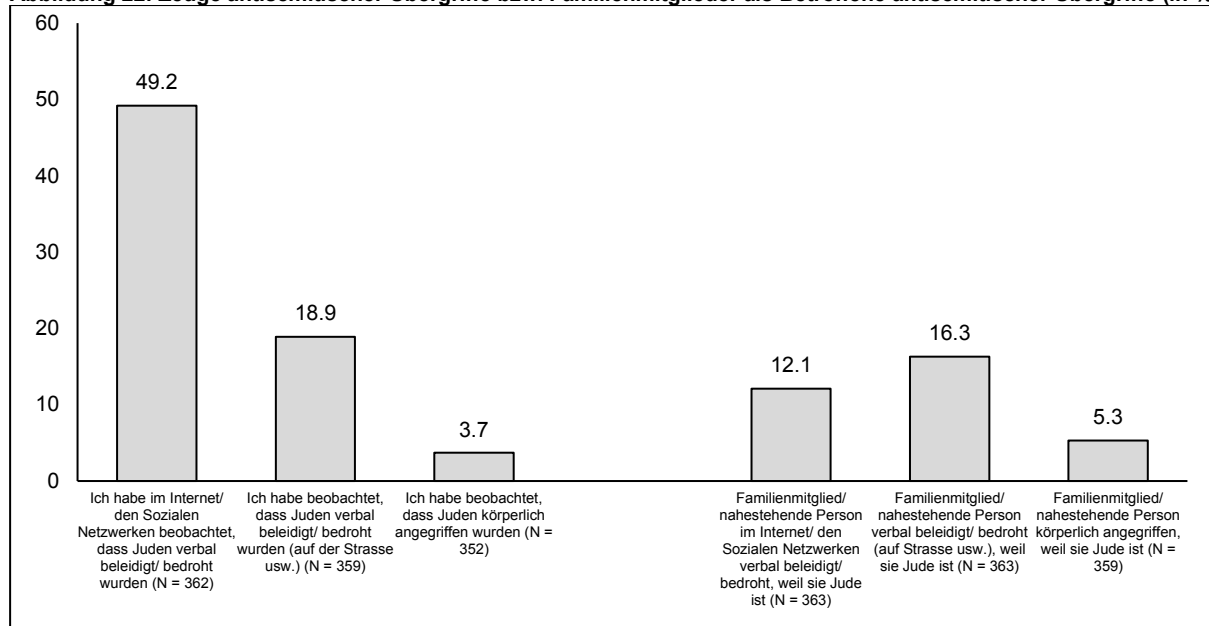
3.4 Erfahrungen mit Belästigungen und Gewalt

Bislang standen verschiedene Einschätzungen und Wahrnehmungen im Mittelpunkt der Betrachtung. Ein weiterer Schwerpunkt der Befragung lag in der Erfassung von eigenen Erlebnissen. Dabei wurde einerseits nach dem Erleben von Belästigungen gefragt, andererseits nach dem Erleben von physischer Gewalt (inkl. Sachbeschädigungen) und dem Erleben von Diskriminierungen. In diesem Abschnitt werden die Ergebnisse zum Erleben von Belästigungen und Gewalt vorgestellt, im darauffolgenden Kapitel die Ergebnisse zum Erleben von Diskriminierungen.

Zunächst sollen aber Formen der sogenannten indirekten Viktimisierung betrachtet werden, d.h. solche Erlebnisse, bei denen ein/e Befragte/r nicht selbst Opfer war, sondern andere Opferschaften beobachtet hat (Zeuge/Zeugin) oder von nahestehenden Personen erfahren hat, dass diese Opfererlebnisse hatten. Zunächst sollten die Befragten mitteilen, ob sie in den letzten zwölf Monaten in der Schweiz Zeuge/Zeugin von verbalen oder körperlichen Übergriffen geworden sind. Bei den verbalen Übergriffen wurde wiederum zwischen Vorfällen im Internet bzw. den sozialen Netzwerken und Vorfällen im öffentlichen Raum unterschieden. Insgesamt 49,2 % der befragten Jüdinnen und Juden der Schweiz gaben an, dass sie selbst Beleidigungen oder Bedrohungen anderer Jüdinnen und Juden beobachtet haben. Ein Vergleich mit der EU-Studie ist nicht möglich, weil diese nur nach Belästigungen allgemein gefragt hat. Zudem berichteten 18,9 % von Belästigungen anderer Jüdinnen und Juden im öffentlichen Raum. Dass andere Jüdinnen und Juden körperlich angegriffen wurden, haben 3,7 % der Befragten erlebt. Von der Zeugenchaft mindestens einer der beiden letztgenannten Vorkommnisse berichten 18,9 % der Befragten; dieser Anteil wird deshalb ausgewiesen, weil er am ehesten mit der EU-Studie vergleichbar ist – auch wenn aufgrund der fehlenden Unterscheidung zwischen Online- und Offline-Kontext in der EU-Studie dieser Vergleich mit Zurückhaltung zu interpretieren ist. In der EU-Studie gaben 24 % der Befragten eine Zeugenchaft der Belästigung und/oder körperlichen Gewalt an, was etwas über dem Anteil der Schweiz liegt.

Mit Blick auf die Opfererfahrungen von Familienmitgliedern oder nahestehenden Personen (z.B. Elternteil, Kind, Partner, Verwandter, enger Freund) wurde zunächst gefragt, ob diese in den letzten zwölf Monaten Vorfälle der geschilderten Art erlebt haben. Wenn dies bejaht wurde, wurde gefragt, ob sich diese Vorfälle ereignet haben, weil die betroffene Person Jüdin oder Jude ist. Die Einstufung eines Verhaltens als antisemitische Tat erfolgte also immer durch die/den Befragte/n selbst. In Abbildung 22 ist der Anteil an Befragten dargestellt, die berichtet haben, dass nahestehende Personen ein Verhalten erlebt haben, weil sie Jüdin oder Jude sind. Von den Befragten gaben 16,3 % an, dass eine nahestehende Person im öffentlichen Raum beleidigt oder bedroht wurde. Von Belästigungen nahestehender Personen im Online-Bereich berichten 12,1 % der Befragten. Antisemitische körperliche Angriffe werden seltener angegeben: 5,3 % der Befragten teilten mit, dass mindestens eine nahestehende Person eine antisemitisch motivierte Körperverletzung in den letzten zwölf Monaten erlebt hat. Der Anteil an Befragten, die angegeben haben, dass mindestens eine nahestehende Person ein Belästigung im öffentlichen Raum und/oder eine Körperverletzung erleben musste, beträgt in der Schweiz-Befragung 17,0 %; auch dieser Anteil fällt, die Schwierigkeiten der Vergleichbarkeit berücksichtigend, niedriger aus als in der EU-Studie (20 %). Die Auswertungen deuten damit einerseits an, dass verbale und körperliche Gewalt gegenüber Jüdinnen und Juden auch in der Schweiz ein existierendes Phänomen ist; Übergriffe scheinen aber alles in allem etwas seltener stattzufinden als in den zwölf Ländern der EU-Studie.

Abbildung 22: Zeuge antisemitischer Übergriffe bzw. Familienmitglieder als Betroffene antisemitischer Übergriffe (in %)



Die eigenen Erfahrungen antisemitischer Übergriffe wurden in derselben Art und Weise erhoben wie die Erfahrungen der nahestehenden Personen: In einer ersten Fragen sollten die Befragten angeben, ob sie in einem bestimmten Zeitraum – unterschieden wurde zwischen den letzten fünf Jahren und den letzten zwölf Monaten – überhaupt irgendeinen Übergriff erlebt haben – unabhängig von den Gründen.¹⁵ Wenn Personen angegeben haben, dass sie Übergriffserlebnisse hatten, wurde die zweite Frage gestellt, «ob Ihnen das passiert ist, weil Sie Jüdin/Jude sind». Dabei wurde nicht aufgeführt, was mögliche Gründe dafür sein könnten, dass eine Tat als antisemitisch einzustufen ist; die Befragten haben selbst die Entscheidung getroffen, eine Tat als antisemitisch motiviert einzustufen oder nicht. In Tabelle 4 sind die Prävalenzraten für die verschiedenen Zeiträume aufgeführt. Prävalenzraten geben an, welcher Anteil an Befragten angegeben hat, mindestens eine Tat in den letzten fünf Jahren bzw. in den letzten zwölf Monaten erlebt zu haben, weil er oder sie Jüdin bzw. Jude ist.

Die ersten sechs in Tabelle 4 aufgeführten Verhaltensweisen umfassen verschiedene Formen der Belästigung. In der Schweiz haben in Bezug auf die letzten fünf Jahre 13,3 % der Jüdinnen und Juden antisemitische, bedrohliche Briefe, E-Mails oder Kurznachrichten erhalten; in Bezug auf die letzten zwölf Monate waren dies 6,7 % der Befragten. Diese Anteile liegen etwa vergleichbar hoch wie in der EU-Studie (11 bzw. 7 %). Auch für weitere Formen der Belästigung ergeben sich weitestgehend identische Raten wie in der EU-Studie. Zwei auffällige Befunde sind dennoch zu erwähnen: Erstens gaben die Befragten der Schweiz deutlich häufiger an, dass Personen ihnen gegenüber antisemitische, beleidigende oder bedrohliche Kommentare abgegeben haben. Die Fünf-Jahres-Prävalenz liegt bei 42,3 % (EU-Studie: 27 %), die Zwölf-Monats-Prävalenz bei 24,4 % (EU-Studie: 18 %). Zweitens ist der Anteil an Befragten, die antisemitisch im Internet oder den sozialen Netzwerken beleidigt wurden, in der Schweiz geringer als im EU-Durchschnitt und liegt hier ca. drei Prozentpunkte niedriger. Werden die Befragten betrachtet, die mindestens eine Form antisemitischer Belästigung mindestens einmal erleben mussten, so liegt der Anteil bei 49,3 % mit Blick auf die letzten fünf Jahre (d.h. jeder zweite Befragte wurde antisemitisch belästigt), bei 31,3 % mit Blick auf die letzten zwölf Monate. Dies liegt über dem Wert der EU (39 und 28 %) – insbesondere natürlich deshalb, weil in der Schweiz deutlich mehr Befragte

¹⁵ Der genaue Wortlaut in Bezug auf die Erfassung von Belästigungen war: «Im Folgenden werden Ihnen Fragen zu beleidigenden oder bedrohlichen Situationen gestellt, die Sie vielleicht erlebt haben und die Sie verärgert, verletzt oder aufgebracht haben. Solche Situationen können sich am Arbeitsplatz, auf der Strasse, in öffentlichen Verkehrsmitteln, im Internet oder irgendwo anders ereignet haben. Soweit nicht anders angegeben, beziehen sich die Fragen auf alle Vorfälle, die aus irgendwelchen Gründen geschehen sind, z.B. wegen des Geschlechts oder Alters, und nicht nur, weil Sie Jüdin/Jude sind.»

antisemitische Kommentare erfahren haben. Hier nicht dargestellte Vergleiche zu einzelnen Ländern der EU zeigen jedoch auch, dass in Deutschland, Belgien oder den Niederlanden die Prävalenzraten noch höher ausfielen als in der Schweiz.

Das Erleben von Sachbeschädigungen wurde im Fragebogen wie folgt erfasst: «Wurde in den letzten fünf Jahren [12 Monaten] in der Schweiz Ihr Haus/Ihre Wohnung, Ihr Auto oder anderes Eigentum absichtlich beschädigt oder zerstört, beispielsweise durch Graffiti?» Wurde dies bejaht, wurde wiederum erfragt, ob dies der Fall war, weil man Jüdin bzw. Jude ist. Antisemitische Sachbeschädigungen berichteten 6,6 % der Befragten der Schweiz in Bezug auf die letzten fünf Jahre, 3,2 % in Bezug auf die letzten zwölf Monate. Auch hier liegt die Prävalenzrate um ca. das 1,5fache höher als in der EU-Studie, in der 4 bzw. 2 % der Befragten antisemitische Sachbeschädigungen berichteten.

Hinsichtlich der Erfassung körperlicher Übergriffe wurde vom Vorbild der EU-Studie abgewichen, in der allgemein nach «physical attack» (körperlichem Angriff) gefragt wurde. In der Schweiz-Befragung wurde demgegenüber zwischen schweren und leichten Körperverletzungen und Tätlichkeiten differenziert. Diese wurden im Fragebogen wie folgt umschrieben, wobei wiederum nach der allgemeinen Frage die Frage danach gestellt wurde, ob dies passiert ist, weil man Jüdin bzw. Jude ist:

- «Schwere Körperverletzung: Hat Sie in den letzten fünf Jahren [12 Monaten] in der Schweiz jemand absichtlich (z.B. durch Schläge, Tritte, Würgen, Waffe/ Gegenstand) körperlich lebensgefährlich oder schwer verletzt (z.B. Organ verletzt, Gesicht dauerhaft entstellt)?»
- «Einfache Körperverletzung: Hat Sie in den letzten fünf Jahren [12 Monaten] in der Schweiz jemand absichtlich (z.B. durch Schläge, Tritte, Würgen, Waffe/ Gegenstand) in anderer Weise körperlich verletzt?»
- «Tätlichkeiten: Hat Sie in den letzten fünf Jahren [12 Monaten] in der Schweiz jemand absichtlich körperlich angegriffen, aber nicht verletzt?»

Tabelle 4: Prävalenzraten verschiedener antisemitischer Opferschaften (in %)

	Prävalenz letzte 5 Jahre		Prävalenz letzte 12 Monate	
	Schweiz	Wert EU-Studie	Schweiz	Wert EU-Studie
bedrohliche Briefe, E-Mails oder Kurznachrichten (N = 420/402)	13,3	11	6,7	7
angerufen und beleidigt, bedroht oder geschwiegen (N = 418/402)	6,5	4	3,0	3
sich in Nähe herumgedrückt, gewartet oder absichtlich gefolgt (N = 418/401)	7,2	6	5,7	4
beleidigende oder bedrohliche Kommentare abgegeben (N = 416/401)	42,3	27	24,4	18
beleidigende Gesten gemacht, angestarrt (N = 417/395)	24,7	23	16,7	16
beleidigende Kommentare im Internet/soz. Netz. veröffentlicht (N = 418/400)	10,0	13	6,8	10
mindestens eine Form der Belästigung (N = 420/406)	49,3	39	31,3	28
Sachbeschädigung (N = 394/373)	6,6	4	3,2	2
Schwere Körperverletzung (N = 398/373)	0,5		0,3	
Einfache Körperverletzung (N = 397/372)	1,3		0,3	
Tätlichkeiten (N = 395/373)	3,0		1,9	
mindestens eine Form der physischen Gewalt (N = 399/375)	3,5	3	1,9	2

Alle drei Formen der physischen Gewalt kommen sehr selten vor. Antisemitische schwere Körperverletzungen haben 0,5 % der Befragten in den letzten fünf Jahren erlebt, einfache Körperverletzungen 1,3 %, Tätlichkeiten 3,0 %. In Bezug auf die letzten zwölf Monate fallen die Raten noch einmal deutlich niedriger aus. Wird der Anteil an Befragten bestimmt, die mindestens eine Form der antisemitischen physischen Gewalt mindestens einmal erlebt haben, dann liegt der Anteil bei 3,5 % (letzte fünf Jahre) bzw. 1,9 % (letzte zwölf Monate). Dies ist in etwa mit der durchschnittlichen Rate der EU-Studie von 3

und 2 % vergleichbar. Antisemitische physische Gewalt ist demnach in der Schweiz nicht weiterverbreitet als in anderen EU-Ländern; für antisemitische Sachbeschädigungen und Belästigungen ist hingegen zu folgern, dass in der Schweiz etwas höhere Belastungen als im EU-Durchschnitt bestehen.

Für die drei Opferschaften Belästigung, Sachbeschädigung und physische Gewalt wurden nach soziodemografischen Gruppen differenzierende Auswertungen durchgeführt, wobei sich auf die Zwölf-Monats-Prävalenzraten beschränkt wurde, da diese die aktuelle Belastung widerspiegeln. Entsprechend Tabelle 5 sind für alle drei Opferschaftsformen die niedrigsten Prävalenzraten bei ab 60-jährigen Befragten festzustellen. Hohe Belastungen ergeben sich demgegenüber für 16- bis 29-jährige und 30- bis 40-jährige Befragte. Bei den Belästigungen werden die Unterschiede als signifikant ausgewiesen; die beiden jüngeren Altersgruppen weisen eine mehr als doppelt so hohe Prävalenzrate wie die älteste Altersgruppe auf.

Daneben zeigt sich, dass männliche Befragte häufiger von Übergriffen betroffen sind als weibliche Befragte: So haben bspw. 37,8 % der männlichen Befragten in den letzten zwölf Monaten antisemitische Belästigungen erlebt; bei den weiblichen Befragten beträgt die Prävalenzrate 25,5 %.

Starke Unterschiede ergeben sich zusätzlich im Vergleich verschiedener jüdischer Gruppen: Durchweg die höchsten Prävalenzraten weisen streng-orthodoxe Jüdinnen und Juden auf. Nahezu alle Befragten dieser Gruppe haben Belästigungen erlebt (94,4 %); 16,7 % berichten von Sachbeschädigungen, ebenfalls 16,7 % von antisemitischen Gewalterfahrungen. Die zweithöchsten Raten sind bei orthodoxen Jüdinnen und Juden zu beobachten; die anderen Gruppen weisen niedrigere Belastungsraten auf.

Zusätzlich dargestellt in Tabelle 5 ist der Zusammenhang zwischen dem Tragen von Kleidung oder Gegenständen, die eine Identifikation als Jüdin bzw. Jude erlauben, und der Häufigkeit der Opfererfahrungen. Deutlich wird, dass Befragte, die immer entsprechende Kleidungsstücke tragen, die höchste Opferrate aufweisen: 44,2 % dieser Befragten haben antisemitische Belästigungen in den zurückliegenden zwölf Monaten erlebt, 5,8 % Sachbeschädigungen und ebenfalls 5,8 % physische Gewalt.

Tabelle 5: Prävalenzraten verschiedener antisemitischer Opferschaften in den letzten 12 Monaten nach Gruppen (in %; fett: Unterschiede signifikant bei $p < .05$)

		Belästigung	Sachbeschädigung	Physische Gewalt
Alter	16 bis 29	43,4	6,3	2,1
	30 bis 44	43,2	2,8	5,5
	45 bis 59	34,7	4,6	1,1
	60+	20,3	1,8	0,6
Geschlecht	weiblich	25,5	1,9	0,6
	männlich	37,8	4,2	3,6
Gruppe	streng-orthodox (Charedi)	94,4	16,7	16,7
	orthodox	51,9	3,9	2,0
	traditionell	24,0	2,0	1,0
	gemischt (Jude/ Jüdin und and. Relig.)	25,0	0,0	0,0
	reform/ progressiv/ liberal	16,9	1,3	0,0
	andere	30,8	0,0	0,0
	einfach jüdisch	21,0	1,3	1,3
Tragen Kleidung	nein, nie	20,0	1,4	0,7
	ja, manchmal	31,1	3,4	0,0
	ja, immer	44,2	5,8	5,8

Befragte, die in den zurückliegenden fünf Jahren mindestens ein Erlebnis eines antisemitischen Übergriffs hatten, wurden gebeten, zusätzlich Angaben zum schwerwiegendsten Übergriff in dieser Zeit zu machen. Mit „schwerwiegendst“ war derjenige Vorfall gemeint, der die befragte Person aus ihrer Sicht

am meisten beeinflusst hat. Mittels der Angaben zum schwerwiegendsten Übergriff sollten u.a. solch zentrale Informationen wie die Anzeigehäufigkeit ermittelt werden. Allerdings ergibt sich für die Auswertungen ein zentrales Problem: Da einige Übergriffe nur von wenigen Befragten erlebt wurden, können diese nicht einzeln betrachtet werden, sondern müssen wiederum zu übergeordneten Kategorien zusammengefasst werden. Für die nachfolgenden Auswertungen wurden daher folgende Übergriffe unterschieden:

1. beleidigende bzw. bedrohliche Kommentare, jene Übergriffsform also, zu der sich für die Schweiz im Vergleich zur EU-Studie eine besonders hohe Belastung gezeigt hat;
2. andere Formen der Belästigung: Hier wurden die verbleibenden fünf Übergriffsformen zusammengefasst, da zu den einzelnen Formen nur Angaben von 6 bis höchstens 29 Befragten vorliegen.
3. Sachbeschädigungen: Hier ist zu beachten, dass mit 22 Fällen wenig Befragte für Auswertungen zur Verfügung stehen.
4. Gewalt: Zu den einzelnen Gewaltformen machten nur zwischen drei und acht Befragten Angaben, weshalb schwere Körperverletzungen, leichte Körperverletzungen usw. nicht separat untersucht werden können; insgesamt liegen auch nur elf Fälle vor, die detaillierte Angaben zu physischen Gewaltvorfällen gemacht haben, d.h. hier sind die Auswertungen mit besonderer Zurückhaltung zu betrachten.

Zu erwähnen ist daneben, dass Vergleiche mit der EU-Studie nicht systematisch präsentiert werden, weil in dieser alle Formen der Belästigungen wie auch Sachbeschädigungen und Gewaltverhalten zusammen betrachtet wurden; zu letzteren Übergriffen wurden zudem nur wenige Informationen im Ergebnisbericht der EU-Studie veröffentlicht.

Tabelle 6 berichtet zunächst, wie häufig diejenigen Befragten, die einen entsprechenden antisemitischen Übergriff erlebt haben, verschiedenen Aussagen zur Beschreibung dieses Übergriffs zugestimmt haben. Demnach bestätigten 73,9 % der Personen, denen gegenüber beleidigende bzw. bedrohliche Kommentare abgegeben wurden, dass dies unter Verwendung antisemitischer Sprache geschah; bei anderen Belästigungen ist dieser Anteil mit 62,3 % ebenfalls recht hoch.¹⁶ Auch im Zuge von Gewalttaten kommt es häufiger zur Verwendung antisemitischer Sprache (55,6 %); neun von zehn Opfern antisemitischer Gewalt gaben daneben an, als jüdisch identifizierbar gewesen zu sein. Dieser Anteil ist bei Sachbeschädigungen mit 63,6 % ebenfalls recht hoch.¹⁷ Zwischen 13,6 % (Sachbeschädigungen) und 33,3 % (physische Gewalt) der Taten ereigneten sich am Sabbat oder an einem jüdischen Feiertag. Ebenfalls wurde von einigen Opfern wurde bestätigt, dass der Vorfall mit der Verwendung antisemitischer Symbole einherging (zwischen 11,1 und 27,3 % – bei Sachbeschädigungen ist dieser Anteil am höchsten) oder dass er zu einer Zeit von Konflikten in Israel geschah (zwischen 4,5 und 32,5 %). Andere Aussagen zum Übergriff wurden insgesamt seltener bejaht.

Die Orte des Übergriffs unterscheiden sich je nach Übergriffsform: Sachbeschädigungen wurden in 63,6 % der Fälle zu Hause verübt; weitere 13,6 % erfolgten an einem öffentlichen Ort. Physische Gewalt fand am häufigsten an einem öffentlichen Ort statt (55,6 %), in einigen Fällen auch am Arbeitsplatz. Belästigungen erfolgten ebenfalls zu mindestens einem Viertel im öffentlichen Raum (28,6 bzw. 36,8 %). Zusätzlich wichtige Orte waren der Arbeitsplatz, die Schule oder Hochschule und andere Orte. Bezüglich der anderen Orte wurden u.a. das Internet/die sozialen Netzwerke oder die Nachbarschaft genannt.¹⁸

¹⁶ In der EU-Studie stimmten dieser Aussage 66 % der Befragten zu, die antisemitische Belästigungen in den letzten fünf Jahren erlebt hatten.

¹⁷ In der EU-Studie gaben 73 % der Befragten an, die physische Gewalt (inkl. Sachbeschädigungen) erlebten, dass sie als jüdisch identifizierbar waren.

¹⁸ In der EU-Studie wird Folgendes in Bezug auf die Orte der schwerwiegendsten Tat berichtet: In Bezug auf Belästigungen zeigt sich, dass diese meist im öffentlichen Raum erfolgten (60 %); 17 % der Übergriffe fanden am Arbeitsplatz, 9 % in Schulen/Hochschulen statt. Gewalt erfolgte in 75 % der Fälle im öffentlichen Raum.

Ebenfalls erfragt wurde die Anzahl an Täterinnen und Tätern, die den Übergriff ausführten. In Tabelle 6 wird dabei der Anteil an Gruppentätern berichtet (zwei oder mehr Täter/innen). Bedrohliche Kommentare wurden am häufigsten durch Einzeltäter/innen und am seltensten durch mehrere Täter/innen abgegeben (30,6 %); physische Gewalttaten wurden hingegen in zwei Drittel der Fälle durch Tätergruppen verübt (66,7 %). In der EU-Studie gaben 41 % der Opfer von Belästigungen an, dass diese durch Tätergruppen verübt wurden; bei Gewaltübergriffen stieg auch in dieser Studie der Anteil an Gruppentätern deutlich an, und zwar auf 63 %.

Tabelle 6: Angaben zum schwerwiegendsten Übergriff der letzten fünf Jahre (in %; fett: höchster Wert)

		beleidigende/ bedrohliche Kommentare (N ≤ 116)	andere Be- lästigungen (N ≤ 79)	Sachbe- schädi- gung (N ≤ 22)	Physi- sche Ge- walt (N ≤ 11)
Was trifft auf Vorfall zu?	Verwendung antisemitischer Sprache	73,9	62,3	31,8	55,6
	Sie konnten als jüdisch identifiziert werden.	41,4	51,9	63,6	88,9
	ereignete sich am Sabbat/ einem jüdischen Feiertag	15,3	22,1	13,6	33,3
	ereignete sich an einem für Täter bedeutsamen Datum	2,7	9,1	9,1	0,0
	Verwendung antisemitischer Symbole	12,6	19,5	27,3	11,1
	geschah in Nähe eines jüdischen Ortes/ Ereignisses	7,2	19,5	4,5	11,1
	Täter war wegen ähnlicher Taten bekannt	1,8	7,8	0,0	0,0
	geschah zu einer Zeit von Konflikten in Israel	19,8	32,5	4,5	22,2
	etwas anderes machte den Vorfall antisemitisch	17,1	20,8	9,1	22,2
Ich bin nicht sicher, ob er antisemitisch war	2,7	0,0	9,1	0,0	
Ort	zu Hause	7,1	7,9	63,6	0,0
	in anderer Wohnung	2,7	2,6	9,1	0,0
	in Schule/Hochschule	9,8	9,2	0,0	11,1
	am Arbeitsplatz	26,8	14,5	9,1	22,2
	in Geschäft, Café usw.	10,7	3,9	0,0	0,0
	öffentlicher Ort (z. B. Strasse, Park usw.)	28,6	36,8	13,6	55,6
	anderer Ort	14,3	25,0	4,5	11,1
Anzahl Täter	zwei oder mehr	30,6	44,7	50,0	66,7
Täter	Bekannter/Freund	12,6	5,3	0,0	0,0
	Arbeitskollege, jemand in der Schule/Universität	20,7	9,2	0,0	22,2
	Auftraggeber/Kunde von Arbeit	9,9	1,3	4,5	0,0
	Polizist	0,0	1,3	0,0	0,0
	Person mit rechtsgerichteter politischer Orientierung	4,5	15,8	9,1	11,1
	Person mit linksgerichteter politischer Orientierung	3,6	3,9	4,5	0,0
	Teenager	9,9	13,2	9,1	0,0
	Person mit extremistischer christlicher Orientierung	0,9	5,3	0,0	0,0
	Person mit extremistischer muslimischer Orientierung	3,6	13,2	4,5	33,3¹
	andere Person	12,6	17,1	18,2	11,1
kann ich nicht beschreiben	21,6	14,5	50,0	22,2	

¹ Bei der Interpretation des Anteils ist die geringe Fallzahl zu beachten (N ≤ 11)

Die Opfer der verschiedenen Übergriffsformen wurden ebenfalls gebeten, einzuschätzen, wer die Täterinnen und Täter waren, die den Angriff ausgeführt haben. Dabei wurden die in Tabelle 6 aufgeführten Kategorien präsentiert. Nicht überraschend ist, dass zu jeder zweiten Sachbeschädigung keine Beschreibung der Täter/innen erfolgen kann (50,0 %), insofern diese vermutlich häufiger in einer unbeobachteten Situation die Tat ausführen. Zusätzlich wurden bei dieser Übergriffsform häufiger «andere Täter/innen» benannt, wobei hier (ebenso wie bei anderen Formen) u.a. Nachbarinnen und Nachbarn aufgeführt wurden. Auch bei den beiden Belästigungsformen ergibt sich ein hoher Anteil an Opfern, die die Täter/innen nicht beschreiben können oder andere Tätergruppen benannten. In Bezug auf die

Äusserung beleidigender und bedrohlicher Kommentare zeigt sich, dass recht häufig zudem Bekannte/Freunde oder Arbeitskollegin bzw. Arbeitskollege/jemand aus der Schule/Universität die Täter/innen stellten. Bei anderen Belästigungsformen werden hingegen folgende Tätergruppen häufiger benannt: Person mit rechtsgerichteter politischer Orientierung, Teenager und Person mit extremistischer muslimischer Orientierung. Die letztgenannte Gruppe bildet auch die am häufigsten genannte Tätergruppe bei physischer Gewalt, wobei hier noch einmal auf die geringe Fallzahl hinzuweisen ist. Arbeitskolleginnen und Arbeitskollegen bzw. jemand aus der Schule/Universität werden ebenfalls noch als Tätergruppen physischer Gewalt benannt. Die Befunde der EU-Studie weichen von den in der Schweiz berichteten Tätergruppen teilweise ab: In Bezug auf Belästigungen wurden in dieser Studie am häufigsten Personen benannt, die man nicht genauer beschreiben kann (31 %), gefolgt von Personen mit extremistischer muslimischer Orientierung (30 %). Am dritthäufigsten wurden Täter/innen mit linksgerichteter politischer Orientierung genannt (21 %), die in der Schweiz anscheinend kaum in Erscheinung treten.

Tabelle 7 berichtet noch weitere Informationen zum schwerwiegendsten Übergriff. Gefragt wurde danach, ob die befragte Person oder jemand anderes den Vorfall bei der Polizei gemeldet hat. Je nach Übergriffsform unterscheidet sich diese Anzeigerate stark, wobei hier noch einmal in Erinnerung zu rufen ist, dass die Befragten ihren subjektiv als schwerwiegendsten eingestuften Vorfall berichten sollten. Beleidigende und bedrohliche Kommentare wurden demnach zu 7,1 % angezeigt, andere Formen der Belästigung zu 22,1 %. In der EU-Studie lag die Rate derjenigen, die Belästigungen (insgesamt) bei der Polizei zur Anzeige gebracht haben bei 11 %. Eine deutlich höhere Anzeigerate findet sich bei Sachbeschädigungen (61,9 %) und bei physischer Gewalt (40,0 %).¹⁹ Die Opfer der Übergriffe sollten ebenfalls mitteilen, ob ein Strafverfahren gegen die Täter erfolgte und ob diese verurteilt wurden – Vergleiche zur EU-Studie sind hier nicht möglich, weil diese Informationen in der EU-Studie nicht erhoben wurden. Da nur sehr weniger Befragte von einem Strafverfahren bzw. einer Verurteilung berichteten, werden statt Prozentzahlen in Tabelle 7 absolute Zahlen aufgeführt. Am Beispiel der physischen Gewalt sollen diese Zahlen vorgestellt werden: Vier von zehn Opfern physischer Gewalt berichteten, dass sie die Tat bei der Polizei gemeldet haben. Gegen zwei Personen wurde ein Strafverfahren geführt, eine Person wurde schliesslich verurteilt. Dies bedeutet, dass einer von zehn Tätern physischer Gewalt verurteilt wurde. Dieser Anteil fällt auch bei den anderen Übergriffen gering aus: So wurde einer von 21 Täterinnen/Tätern der Sachbeschädigung, drei von 77 Täterinnen/Tätern der Belästigung und einer von 113 Täterinnen/Tätern bedrohlicher Kommentare verurteilt. Dieser geringe Anteil ergibt sich in erster Linie natürlich deshalb, weil die Täter erst gar nicht angezeigt werden. Aber auch zu den angezeigten Täterinnen/Tätern zeigt sich, dass diese anscheinend nur in der Hälfte der Fälle mit einem Strafverfahren und dann wiederum nur in der Hälfte der Fälle mit einer Verurteilung rechnen müssen. Die genauen Hintergründe, die verantwortlich für diese Filterungsprozesse sind, müssten mit einer eigenständigen Studie und hier insbesondere mittels einer Aktenanalyse untersucht werden.

Wenn Befragte Vorfälle nicht bei der Polizei gemeldet haben, wurde nach den Gründen hierfür gefragt. Bei den verschiedenen Belästigungen wurde als häufigster Grund angegeben, dass der Vorfall nicht schwerwiegend genug gewesen ist (56,3 bzw. 49,2 %) – in der EU-Studie lag der entsprechende Anteil bei 43 %. Häufiger, und zwar von 48 % der Opfer von Belästigungen, wurde in der EU-Studie als Grund genannt, dass sich durch eine Anzeige nichts ändern würde. Dies wurde in der Schweiz-Befragung am zweithäufigsten von den Opfern von Belästigungen konstatiert (32,0 bzw. 45,8 %). Ebenfalls häufiger bei Belästigungen als Grund für eine Nicht-Anzeige benannt wurde, dass man sich selbst darum gekümmert hat²⁰, dass eine Anzeige zu aufwendig gewesen wäre oder man Angst vor Konsequenzen hatte. Werden die physischen Gewaltformen betrachtet, so zeigt sich, dass am häufigsten der Grund

¹⁹ In der EU-Studie wird zur physischen Gewalt nur die Rate derjenigen berichtet, die den Vorfall bei der Polizei oder einer anderen Organisation gemeldet haben; diese Rate liegt bei 49 %.

²⁰ Es wurde in der Befragung nicht nachgefragt, was dies genau bedeutet, weshalb dieser Grund nicht weiter spezifiziert werden kann.

«es würde sich nichts ändern» für eine Nicht-Anzeige benannt wurde.²¹ Die Angst vor negativen Konsequenzen spielt insbesondere bei Opfern von physischer Gewalt eine Rolle. Opfer von Sachbeschädigungen gaben zudem recht häufig an, dass sie auf eine Anzeige verzichtet haben, weil sie kein Vertrauen in die Polizei haben – bei den anderen Übergriffen spielt dieser Grund hingegen keine grosse Rolle.

Tabelle 7: Weitere Angaben zum schwerwiegendsten Übergriff der letzten fünf Jahre (in %; fett: höchster Wert)

		beleidigende/ bedrohliche Kommentare	andere Beläs- tigungen	Sachbe- schädi- gung	Physi- sche Ge- walt
ja		7,1	22,1	61,9	40,0
		8 von 113	17 von 77	13 von 21	4 von 10
Strafverfahren (N)		3	8	3	2
Verurteilt (N)		1	3	1	1
nein		92,9	77,9	38,1	60,0
		(N = 103)	(N = 59)	(N = 8)	(N = 5)
Vorfall bei Po- lizei ge- meldet	Er war nicht schwerwiegend genug.	56,3	49,2	0,0	20,0
	Es wäre umständlich/ zu aufwendig gewesen	13,6	27,1	37,5	60,0
	Durch eine Anzeige würde sich nichts ändern.	32,0	45,8	50,0	60,0
	Ich habe kein Vertrauen zur Polizei	4,9	8,5	37,5	0,0
	Vorfall bei anderer Behörde gemeldet	2,9	5,1	0,0	0,0
	Habe mich selbst darum gekümmert.	19,4	23,7	12,5	20,0
	Ich hatte Angst vor negativen Konsequenzen	14,6	11,9	0,0	60,0
	Andere Gründe	14,6	16,9	12,5	20,0
ja		18,6	28,6	42,9	50,0
		(N = 15)	(N = 22)	(N = 8)	(N = 4)
Vorfall bei an- derer Stelle ge- mel- det	einer kommunalen/lokalen Meldestelle	0,0	23,8	25,0	0,0
	einer jüdischen Autoritätsperson	13,3	47,6	25,0	25,0
	einer jüd. Organisation (Sicherheitsfragen)	33,3	42,9	37,5	50,0
	einer anderen jüdischen Organisation	6,7	14,3	25,0	0,0
	einer Autoritätsperson an Arbeitsstätte...	46,7	19,0	12,5	25,0
	den Medien	0,0	23,8	0,0	0,0
einer anderen Organisation/ Stelle		6,7	9,5	12,5	25,0
Mel- dung	Bei Polizei oder andere Stelle gemeldet	22,6	34,2	71,4	63,6
		(N = 115)	(N = 79)	(N = 21)	(N = 11)
ja		80,4	75,9	86,4	100,0
		(N = 89)	(N = 58)	(N = 19)	(N = 10)
Sonst jeman- dem er- zählt	Partner/Partnerin	30,3	29,3	15,8	20,0
	Eltern	4,5	6,9	10,5	10,0
	anderen Verwandten	4,5	5,2	5,3	10,0
	Kollegen/Kolleginnen bzw. Freunden	50,6	50,0	63,2	50,0
	anderer Person	10,1	8,6	5,3	10,0

Ebenfalls erhoben wurde, ob die Opfer der Übergriffe sich an andere Stellen gewendet haben. Deutlich wird dabei zunächst, dass solche Stellen bei Belästigungen häufiger kontaktiert werden als die Polizei: 18,6 % der Betroffenen von beleidigenden bzw. bedrohlichen Kommentaren haben sich an eine andere Stelle gewendet, 28,6 % der Betroffenen anderer Belästigungen. Bei den anderen Gewaltformen liegt der Anteil bei Sachbeschädigungen bei 42,9 % (was niedriger liegt als die polizeiliche Anzeigerate), bei physischer Gewalt bei 50,0 % (was höher liegt als die Anzeigerate). Bei Belästigungen sind diese anderen Stellen u.a. jüdische Autoritätspersonen, jüdische Organisationen, die auf Sicherheitsfragen und Antisemitismus spezialisiert sind (u.a. SIG, GRA, CICAD) und Autoritätspersonen an der Arbeitsstelle bzw. Schule/Hochschule. Bei den Gewaltvorfällen wird sich ebenfalls häufig an jüdische Organisatio-

²¹ Zu beachten sind hier wiederum die niedrigen Fallzahlen, da nur acht Vorfälle von Sachbeschädigungen und fünf Vorfälle physischer Gewalt in die Auswertungen eingehen.

nen, die auf Sicherheitsfragen und Antisemitismus spezialisiert sind, gewendet, wobei die geringen Fallzahlen zu beachten sind – acht Betroffene von Sachbeschädigungen und vier Betroffene von physischer Gewalt haben sich an andere Stellen gewendet.

Tabelle 7 enthält zudem eine Gesamt-Melderate, die angibt, ob eine betroffene Person bei der Polizei und/oder einer anderen Stelle Meldung erstattet hat. Diese Rate liegt bei den Belästigungen bei 22,6 bzw. 34,2 % und fällt damit höher aus als in der EU-Studie (19 %). Bei den beiden Gewaltübergriffen liegt die Rate bei über 60 % (Sachbeschädigung: 71,4 %, physische Gewalt 63,6 %), was ebenfalls über der Rate der EU liegt (49 %). Es kann damit gefolgert werden, dass die Opfer antisemitischer Taten in der Schweiz ihre Erfahrungen häufiger der Polizei oder anderen Stellen mitteilen und sich in dieser Form Hilfe suchen.

Zuletzt findet sich in Tabelle 7 eine Auswertung dazu, ob man das Übergriffserlebnis anderen Personen mitgeteilt hat – hier sind keine Vergleiche zur EU-Studie möglich. Deutlich wird, dass mindestens drei von vier Opfern das Erlebnis einer anderen Person (jenseits von Polizei oder Meldestelle) mitgeteilt haben; bei der physischen Gewalt zeigt sich sogar, dass alle Opfer mit anderen Personen über das Erlebnis gesprochen haben. Wenn sich anderen Personen gegenüber geöffnet wurde, dann in mindestens der Hälfte der Fälle den Kollegen oder Freunden. Zudem werden auch Partnerinnen und Partner über das Erlebnis informiert. Die anderen aufgeführten Personengruppen (Eltern, andere Verwandte, andere Personen) werden hingegen eher selten ins Vertrauen gezogen.

3.5 Diskriminierungserfahrungen

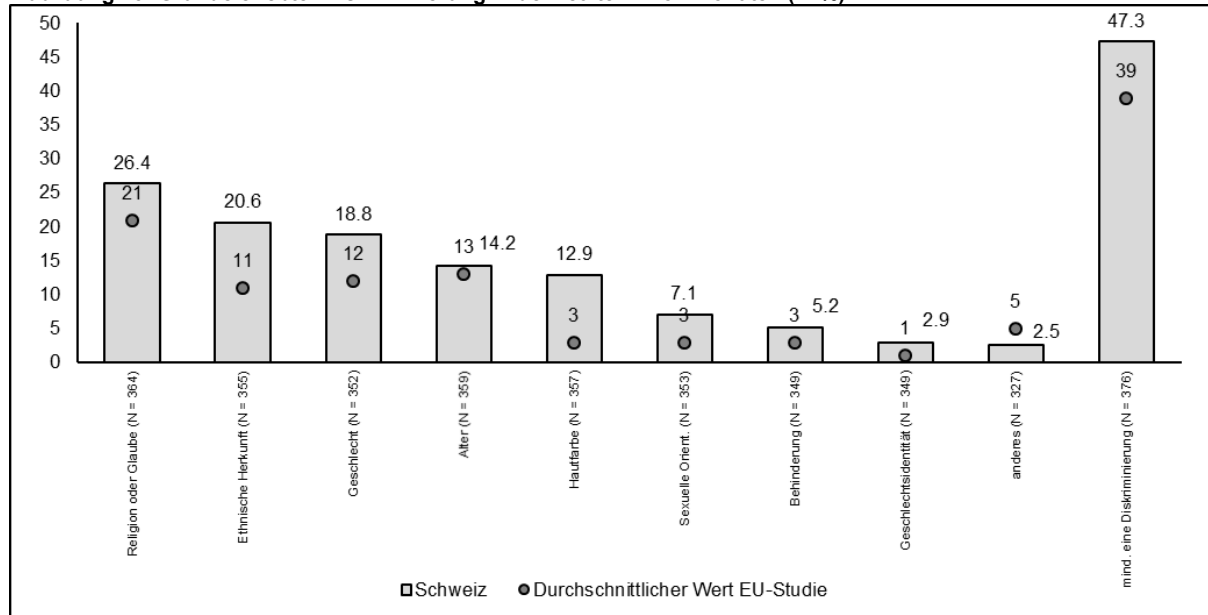
In diesem Teil des Fragebogens wurde zunächst allgemein danach gefragt, ob Diskriminierungserlebnisse gemacht wurden. Die Frage lautete: «Haben Sie selbst in den letzten 12 Monaten in der Schweiz aus einem der folgenden Gründe Diskriminierung erlebt? Mit «Diskriminierung» ist gemeint, dass ein Mensch zum Beispiel aufgrund seines Alters, seines Geschlechts oder seiner ethnischen Zugehörigkeit, seiner Religion oder seines Glaubens im Vergleich zu anderen Menschen benachteiligt wird». Zu beachten ist, dass die Frage in einem Punkt im Vergleich zur EU-Studie verändert wurde: In der EU-Studie lautete der Wortlaut «have you personally felt discriminated»; dies wurde nicht mit «haben Sie sich diskriminiert gefühlt» übersetzt, sondern mit «haben Sie Diskriminierung erlebt». Unterschiede zwischen beiden Befragungen können damit auch aufgrund des veränderten Wortlauts zustande kommen.²²

Aufgeführt wurden insgesamt neun mögliche Diskriminierungsgründe, zu denen mit «nein» oder «ja» angegeben werden sollte, ob entlang dieser Gründe Diskriminierung erlebt wurde. Mindestens einen Diskriminierungsgrund benannten in der Schweiz 47,3 % der Befragten, d.h. fast die Hälfte der befragten Jüdinnen und Juden haben in den letzten zwölf Monaten Diskriminierung erlebt (Abbildung 23). Dieser Anteil liegt höher als in der EU-Studie, in der 39 % Diskriminierungsgefühle berichteten. Mit Ausnahmen der «anderen» Gründe ergeben sich für alle aufgeführten Diskriminierungsgründe höhere Zustimmungswerte in der Schweiz-Befragung. Wegen ihrer Religion oder ihres Glaubens wurden in der Schweiz 26,4 % der Jüdinnen und Juden diskriminiert; dieser Wert liegt fünf Prozentpunkte höher als in der EU-Studie (21 %), wobei sich in Bezug auf diese Form der Diskriminierung bedeutsame Länderunterschiede zeigten: In Polen und Deutschland gaben 35 bzw. 37 % der Befragten an, wegen der Religion oder des Glaubens diskriminiert worden zu sein. Am zweithäufigsten berichteten die Jüdinnen und Juden der Schweiz, wegen der ethnischen Herkunft diskriminiert worden zu sein, am dritthäufigsten wegen

²² Weitere Ausführungen bzgl. der Definition von Diskriminierung gab es im Fragebogen nicht, d.h. die Befragten haben weitestgehend selbst entschieden, Vorkommnisse als Diskriminierung einzustufen oder nicht – ebenso, wie dies oben mit Blick auf bspw. die Belästigungen der Fall war. Dass es sich zweifelsohne um relevante Erfahrungen handelt, die die Befragten als Diskriminierungen eingestuft haben, zeigen die Zusammenhänge mit anderen Einschätzungen wie der Furcht vor Übergriffen, der Lebenszufriedenheit oder dem Vertrauen in die Politik (s.u.).

des Geschlechts. Auch hier liegen die Anteile deutlich höher als in der EU-Studie. Eine Diskriminierung aufgrund des Alters berichten in der Schweiz in etwa gleichviele Jüdinnen und Juden wie in der EU-Befragung. Zusätzlich wurden die Befragten der Schweiz nach eigener Aussage wegen der Hautfarbe oder sexuellen Orientierung diskriminiert.

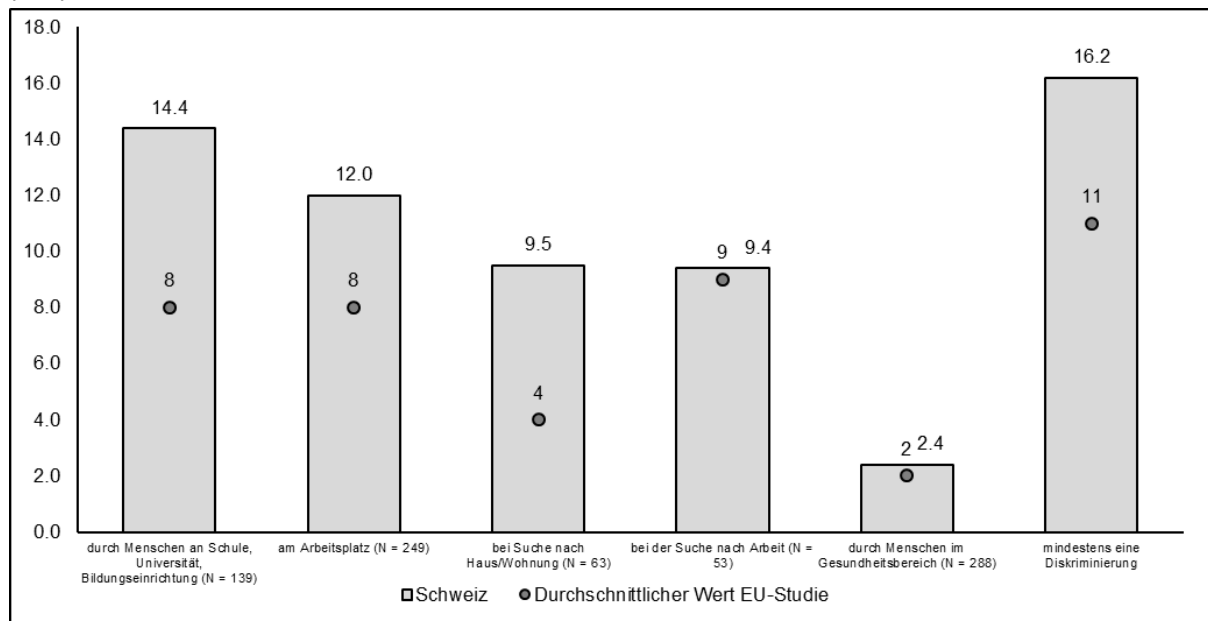
Abbildung 23: Gründe erlebter Diskriminierung in den letzten zwölf Monaten (in %)



In der Umfrage wurden die Befragten nicht nur nach ihren allgemeinen Diskriminierungserlebnissen gefragt, sondern auch danach, ob in bestimmten Situationen bzw. Kontexten Diskriminierung stattgefunden hat. Die Abfrage war hier mehrfach abgestuft: Eine erste Frage lautete, ob die Person überhaupt eine bestimmte Aktivität in den zurückliegenden zwölf Monaten ausgeführt hat, also bspw. eine Arbeit gesucht hat oder einer Erwerbsarbeit nachgegangen ist. Wenn dies bejaht wurde, lautete die zweite Frage, ob man im Zuge dieser Aktivität Diskriminierung erlebt hat. Wurde dies wiederum bejaht, lautete die dritte Frage, ob dies deshalb der Fall war, weil man Jüdin bzw. Jude ist. In Abbildung 24 werden die Ergebnisse vorgestellt, wobei der Anteil an Befragten ausgewiesen wird, die aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum Judentum diskriminiert wurden und die überhaupt einer entsprechenden Aktivität nachgegangen sind. Insofern bspw. nur wenige Personen in den zurückliegenden zwölf Monaten eine Arbeit gesucht haben, sind die Fallzahlen teilweise niedrig.

Die Auswertungen führen zu vergleichbaren Ergebnissen wie die in Abbildung 23 vorgestellten Auswertungen zum allgemeinen Diskriminierungserleben: Der Anteil an Jüdinnen und Juden in der Schweiz, die in den fünf verschiedenen Kontexten Diskriminierungen erfahren haben, fällt in der Schweiz höher aus als in den zwölf Ländern der EU. In mindestens einem Bereich haben 16,2 % der Befragten der Schweiz Diskriminierung erlebt – in der EU-Studie liegt der Wert bei 11 %. Der grösste Unterschied findet sich für den Bereich Schulen/Hochschulen: In der Schweiz gaben 14,4 % derjenigen an, die selbst oder deren Kindern in den letzten zwölf Monaten eine Ausbildung absolviert haben, dass sie antisemitisch diskriminiert wurden («durch Menschen, die an einer Schule, einer Universität oder in einer (Fort-)Bildungseinrichtung arbeiten»), in der EU gaben dies nur 8 % der Befragten an. Zusätzlich fällt der Abstand zur EU für den Bereich der Wohnungssuche (9,5 zu 4 %) und der Arbeitsplatzdiskriminierung (12,0 zu 8 %) höher aus. Im Kontext einer Arbeitssuche oder der Inanspruchnahme von Gesundheitsdienstleistungen ergeben sich im Vergleich zur EU-Studie nur leicht erhöhte Diskriminierungsraten.

Abbildung 24: Anteil Befragte, die in den letzten zwölf Monaten in verschiedenen Kontexten Diskriminierung erlebt haben (in %)



Wird der Anteil an Befragten, die mindestens eine Form der Diskriminierung erlebt haben, getrennt für verschiedene Befragtengruppen betrachtet, zeigen sich folgende Ergebnisse (ohne Abbildung). Weibliche Befragte berichten häufiger hiervon als männliche Befragte (20,0 zu 14,9 %). Ab 60-jährige geben mit 6,1 % am seltensten an, in mindestens einem der fünf Kontexte diskriminiert worden zu sein, 30- bis 44-jährige am häufigsten (27,8 %; 16- bis 29-jährige: 13,6 %, 45- bis 59-jährige: 25,0 %). Orthodoxe Befragte weisen mit 32,6 % die höchste Diskriminierungsrate auf, gefolgt von traditionellen Jüdinnen und Juden (18,7 %) und streng-orthodoxen Jüdinnen und Juden (13,3 %). Befragte, die nie Kleidung oder andere Gegenstände tragen, die sie als Jüdin bzw. Jude identifizierbar machen, erleben am seltensten Diskriminierung (9,7 %); Befragte, die dies manchmal oder immer tun, haben eine doppelt so hohe Diskriminierungswahrscheinlichkeit (21,1 bzw. 20,4 %).²³

Auch bei den Diskriminierungserlebnissen wurden in Bezug auf das schwerwiegendste Erlebnis verschiedene Nachfragen gestellt. Da jedoch nur zwischen zwei (Diskriminierung bei Arbeitssuche) und 26 Personen (Diskriminierung am Arbeitsplatz) Antworten zum schwerwiegendsten Diskriminierungserlebnis gemacht haben, werden hier keine nach Diskriminierungsform differenzierenden Auswertungen präsentiert. Tabelle 8 enthält die Angaben von bis zu 52 Personen, die ein Diskriminierungserleben berichteten. Zu diesen Erlebnissen wurde am häufigsten berichtet, dass es zur Verwendung antisemitischer Sprache kam (51,9 %) bzw. dass das Opfer als jüdisch erkennbar war (42,3 %). Insgesamt 26,9 % der Befragten gaben an, dass sie den Vorfall bei der Polizei oder einer anderen Stelle gemeldet haben; dies entspricht dem Wert der EU-Studie, in der 23 % der Opfer von Diskriminierungen angaben, diese gemeldet zu haben. Wenn dies geschah, dann vor allem einer Autoritätsperson an der Arbeitsstätte, der Schule oder Hochschule (33,0 %) oder einer anderen Organisation oder Stelle (25,0 %; Arzt, Therapeut, HR-Verantwortlichen) – zu beachten ist, dass in die Auswertung nur Angaben von zwölf Personen eingingen. Wenn ein Vorfall nicht gemeldet wurde, was mehrheitlich der Fall war, dann meist deshalb, weil er in der Einschätzung der Befragten nicht schwerwiegend genug war (45,9 %). Zudem antworteten einige Opfer, dass eine Anzeige nichts ändern würde oder Angst vor negativen Konsequenzen bestand. 67,3 % der Opfer von Diskriminierungen teilten ihr Erlebnis weiteren Personen mit. Wenn dies der Fall

²³ Besonders deutlich fällt der Unterschied der Diskriminierungserfahrungen bei der Wohnungssuche aus: Befragte, die nie Kleidungsstücke tragen, die sie als Jüdin bzw. Jude identifizierbar machen, wurden ihren Angaben nach nicht diskriminiert, Befragte, die immer entsprechende Kleidungsstücke tragen, berichten zu 18,8 %, diskriminiert worden zu sein.

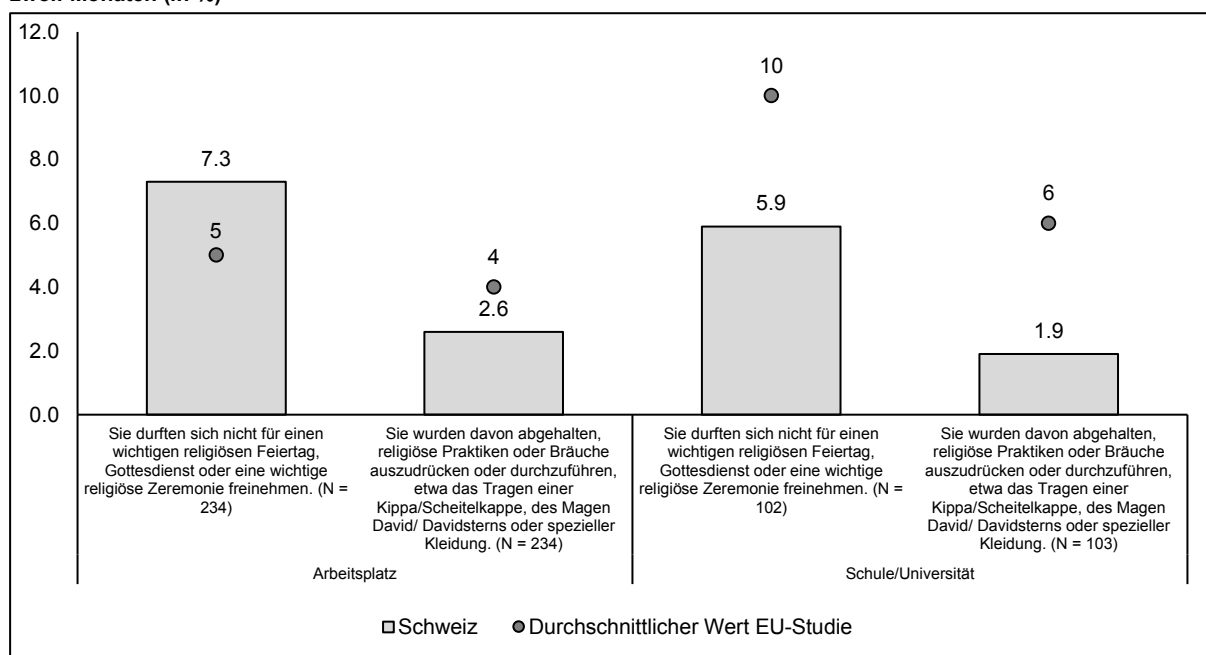
war, wurden primär Partner oder Kollegen/Freunde ins Vertrauen gezogen. Zudem wurde der Vorfall von jedem dritten Betroffenen, der/die sich an andere Personen gewendet hat, anderen Verwandten mitgeteilt; ein Viertel der Betroffenen, die andere Personen darüber informierten, sprach mit den Eltern.

Tabelle 8: Angaben zur schwerwiegendsten Diskriminierung in den letzten zwölf Monaten (in %)

Was trifft auf Vorfall zu (N = 52)	Wo Vorfall gemeldet (N = 12)	Warum Vorfall nicht gemeldet (N = 37)	Wem Vorfall erzählt (N = 34)	
Verwendung antisemitischer Sprache	51.9	einer Autoritätsperson an Arbeitsstätte... 33.0	Er war nicht schwerwiegend genug. 45.9	Partner/Partnerin 61.8
Sie konnten als jüdisch identifiziert werden.	42.3	einer anderen Organisation/ Stelle 25.0	Durch eine Anzeige würde sich nichts ändern. 13.5	Kollegen/Kolleginnen bzw. Freunden 50.0
etwas anderes machte den Vorfall antisemitisch	25.0	Polizei 16.7	Ich hatte Angst vor negativen Konsequenzen 13.5	anderen Verwandten 35.3
geschah zu einer Zeit von Konflikten in Israel	9.6	einer jüd. Organisation (Sicherheitsfragen) 16.7	Ich wusste nicht, wie man Beschwerde einreicht 8.1	Eltern 23.5
Ich bin nicht sicher, ob er antisemitisch war	7.7	einer jüdischen Autoritätsperson 8.3	Habe mich selbst darum gekümmert. 8.1	anderer Person 8.8
Verwendung antisemitischer Symbole	3.8	einer kommunalen/lokalen Meldestelle 0.0	Andere Gründe 8.1	
ereignete sich am Sabbat/ einem jüdischen Feiertag	1.9	einer anderen jüdischen Organisation 0.0	Ich hatte keine Beweise. 5.4	
ereignete sich an einem für Täter bedeutsamen Datum	1.9	den Medien 0.0	Es wäre umständlich/ zu aufwendig gewesen 2.7	
Täter war wegen ähnlicher Taten bekannt	1.9		Ich kannte meine Rechte nicht 0.0	
geschah in Nähe eines jüdischen Ortes/ Ereignisses	0.0		Ich wollte nicht vor Gericht gehen. 0.0	

Die bisherigen Auswertungen bezogen sich allgemein auf Diskriminierungserlebnisse, d.h. ohne Informationen darüber zu erhalten, worin das diskriminierende Verhalten konkret bestand. In Bezug auf den Kontext Arbeitsplatz und Schule/Hochschule wurde deshalb noch einmal detailliert nach dem Erleben von zwei Diskriminierungsformen gefragt: erstens, inwieweit zutrifft, dass zu wichtigen religiösen Anlässen nicht freigenommen werden durfte und zweitens, dass bestimmte religiöse Praktiken (inkl. Tagen von Kleidungsstücken) untersagt wurden. Die in Abbildung 25 präsentierten Ergebnisse beziehen sich dabei wiederum auf Befragte, die bestätigten, dass sie in den letzten zwölf Monaten einer Erwerbstätigkeit nachgingen bzw. eine Ausbildung absolviert haben.

Abbildung 25: Spezifische Diskriminierungserfahrungen am Arbeitsplatz und in der Schule/Universität in den letzten zwölf Monaten (in %)



Im Unterschied zu den bisherigen Auswertungen zeigt sich für die konkreten Diskriminierungsvorfälle, dass in der Schweiz niedrigere Belastungen zu beobachten sind, vor allem beim Kontext Schule/Hochschule: In der Schweiz bestätigten 5,9 %, dass sie nicht für einen wichtigen Feiertag, Gottesdienst o.ä. freunehmen konnten (EU-Studie: 10 %); 1,9 % gaben an, dass sie religiöse Praktiken nicht ausüben durften (EU-Studie: 6 %). Damit ergibt sich ein gewisser Widerspruch zu den Auswertungen aus Abbildung 24, in der sich deutlich erhöhte Diskriminierungsraten für den Kontext Schule/Hochschule zeigten. Fraglich ist insofern, welche Diskriminierungsformen in der Schweiz in diesem Kontext häufiger stattfinden; die beiden hier betrachteten Formen sind es in jedem Fall nicht. Hinsichtlich der Diskriminierung am Arbeitsplatz bestätigt sich in Übereinstimmung mit den Auswertungen aus Abbildung 24, dass in der Schweiz häufiger berichtet wird, dass sich für religiöse Anlässe nicht freigenommen werden durfte (7,3 %; EU-Studie: 5 %). Ein kleinerer Anteil als in der EU-Studie berichtete hingegen, dass religiöse Praktiken am Arbeitsplatz untersagt wurden (2,6 zu 4 %).

Die in Tabelle 9 dargestellten Auswertungen untersuchen zuletzt, ob das Erleben von Belästigungen, Gewalt und Diskriminierungen Folgen für verschiedene Einschätzungen der Befragten hat. Berücksichtigt wurden dabei folgende fünf Einschätzungen:

- das Vermeidungsverhalten: Hier wurde der Durchschnitt der Antworten auf die zwei Fragen gebildet, ob man vermeidet, jüdische Veranstaltungen/Stätten bzw. bestimmte Örtlichkeiten in der Heimatstadt aufgrund eines Unsicherheitsgefühls zu besuchen.
- die Furcht vor Übergriffen: Hier ging der Durchschnittswert der Angaben dazu ein, ob man besorgt ist, dass man selbst in den nächsten zwölf Monaten belästigt (Internet/soziale Netzwerke, öffentlicher Raum) oder körperlich angegriffen wird.
- Problemwahrnehmung Antisemitismus: Berücksichtigt wurde der Durchschnittswert zu den beiden Einschätzungen, ob Antisemitismus in der Schweiz ein Problem darstellt bzw. ob Antisemitismus in den letzten fünf Jahren zugenommen hat.
- die Lebenszufriedenheit: Auf einer Skala von «1 – überhaupt nicht zufrieden» bis «10 – sehr zufrieden» sollten die Befragten angeben, wie zufrieden bzw. unzufrieden sie mit ihrem Leben insgesamt sind. 56,3 % der Befragten antworten mit 9 oder 10, womit sie eine sehr hohe Lebenszufriedenheit aufweisen.
- das Vertrauen in die Politik: Die Befragten sollten auf einer Skala von «0 – überhaupt kein Vertrauen» bis «10 – absolutes Vertrauen» ihr Vertrauen in die schweizerische Politik, den schweizerischen Bundesrat, das schweizerische Parlament in Bern und die schweizerischen Ämter/Behörden mitteilen. Aus den Einschätzungen zu den vier politischen Institutionen wurde der Mittelwert gebildet. 85,0 % der Befragten weisen ein eher hohes Vertrauen in die politischen Institutionen auf.

Um die Zusammenhänge zwischen diesen Einschätzungen und den Opferschaften zu untersuchen, wurden sog. OLS-Regressionsanalysen berechnet. Diese haben den Vorteil, dass alle Opferschaften gleichzeitig sowie weitere Hintergrundfaktoren berücksichtigt werden können. Als solche Hintergrundfaktoren wurden das Geschlecht und das Alter in die Analysen integriert, da sich für verschiedene Auswertungen gezeigt hatte, dass diese Merkmale bedeutsam für Opferschaften wie für verschiedene Einschätzungen sind. Die in Tabelle 9 abgebildeten Koeffizienten können Werte zwischen 0 und -1 bzw. +1 annehmen; je näher ein Koeffizient an -1 bzw. +1 ist, umso enger ist ein Zusammenhang. Die Ergebnisse zeigen, dass das Geschlecht und das Alter letztlich für die Einschätzungen von untergeordneter Bedeutung sind: Ein signifikanter Zusammenhang zeigt sich nur zwischen dem Geschlecht und der Problemwahrnehmung (männliche Befragte sind seltener der Meinung, dass Antisemitismus ein Problem darstellt) sowie zwischen dem Alter und der Lebenszufriedenheit (ältere Befragte äussern eine höhere Lebenszufriedenheit). Auch für das Erleben von Sachbeschädigungen und physischen Gewaltübergriffen ergeben sich kaum signifikante Zusammenhänge, was aber auch damit zu erklären ist, dass insgesamt nur wenige Befragte in den letzten zwölf Monaten solche Erfahrungen berichten. Nur bei der

Sachbeschädigung zeigt sich, dass Opfer von solch einem Übergriff ein signifikant niedrigeres Politikvertrauen äussern. Für zwei Opfererfahrungen ergeben sich hingegen fast durchweg signifikante Zusammenhänge: Befragte, die Belästigungen erlebt haben und Befragte, die Diskriminierungserfahrungen aufweisen, berichten häufigeres Vermeidungsverhalten (nur Belästigungen), eine höhere Furcht, eine stärkere Problemwahrnehmung, eine geringere Lebenszufriedenheit (nur Diskriminierungserfahrungen) und ein geringeres Vertrauen in die Politik. Diese Auswertungen unterstreichen, dass erfahrene Belästigungen und Diskriminierungen sehr bedeutsam für das Leben von Jüdinnen und Juden in der Schweiz sind; die im Vergleich zur EU-Studie erhöhten Anteile an Personen, die in der Schweiz solche Übergriffe erfahren mussten, sind vor diesem Hintergrund als besonders wichtig einzustufen.

Tabelle 9: Zusammenhänge zwischen Opfererfahrungen und verschiedenen weiteren Einschätzungen (OLS-Regression; abgebildet: bei $p < .10$ signifikante Beta-Koeffizienten)

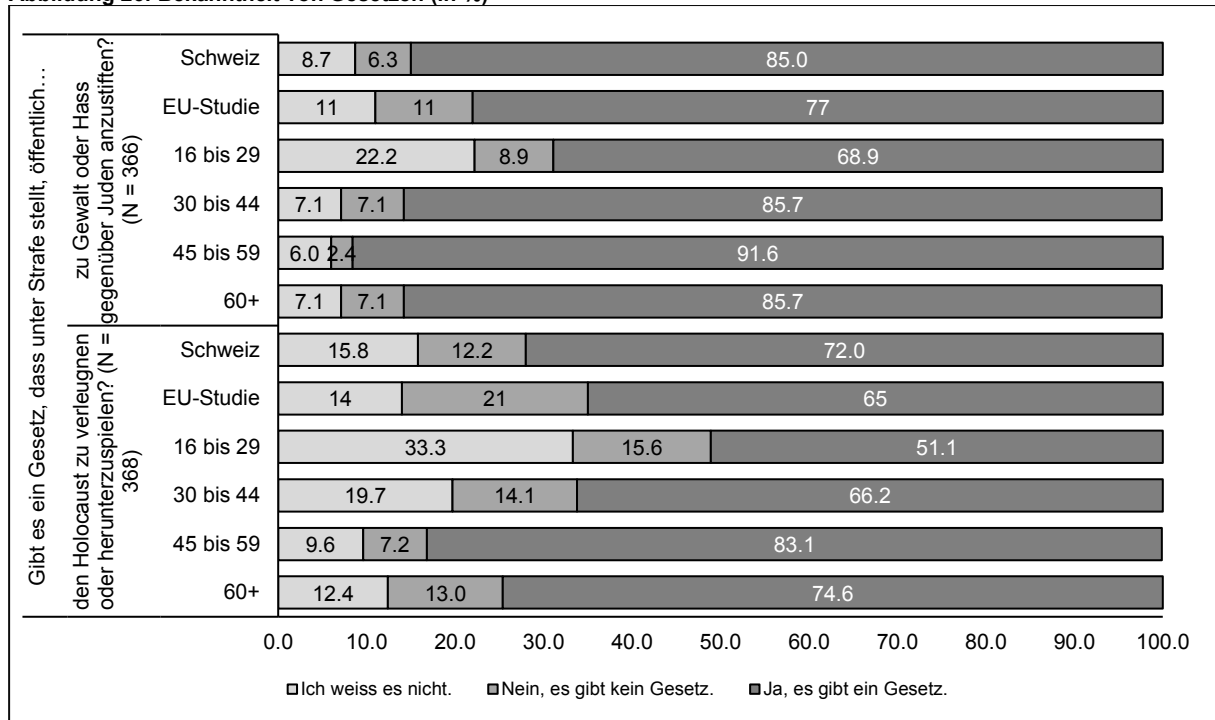
	Vermeidungsverhalten	Furcht vor Übergriffen	Problemwahrnehmung Antisemitismus	Lebenszufriedenheit	Vertrauen in Politik
Geschlecht: männlich	-	-	-.09	-	-
Alter	-	-	-	.14	-
Belästigung erlebt (letzte 12 Monate)	.19	.36	.34	-	-.10
Sachbeschädigung erlebt (letzte 12 Monate)	-	-	-	-	-.11
physische Gewalt erlebt (letzte 12 Monate)	-	-	-	-	-
mindestens eine Diskriminierung (5 Kontexte) erlebt	-	.21	.22	-.12	-.17
R²	.057	.245	.190	.046	.089
N	303	301	303	302	296

3.6 Rechtsbewusstsein

Ein letzter Fragebogenkomplex widmete sich dem Rechtsbewusstsein, d.h. der Frage, inwieweit die Befragten über die Existenz verschiedener Gesetze informiert sind. Abbildung 26 stellt die Befunde vor, wobei der Vergleich zur EU-Studie gezogen wird. Der Wortlaut der Frage lautete «Gibt es, nach allem was Sie wissen oder gehört haben, in der Schweiz ein Gesetz, das unter Strafe stellt, zu Gewalt oder Hass gegenüber Jüdinnen/Juden anzustiften?» Die gleiche Frage wurde noch einmal mit Blick auf «öffentlich den Holocaust zu verleugnen oder herunterzuspielen» gestellt. In der Schweiz ist mit dem Artikel 261^{bis} des Schweizerischen Strafgesetzbuchs eine normative Grundlage geschaffen, die entsprechende Taten unter Strafe stellt (vgl. Niggli 2007, Eidgenössische Kommission gegen Rassismus EKR 2018). Absatz 1 des Artikels lautet: «Wer öffentlich gegen eine Person oder eine Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Ethnie oder Religion zu Hass oder Diskriminierung aufruft», Absatz 4 (2. Teil) «wer [...] Völkermord oder andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit leugnet, gröblich verharmlost oder zu rechtfertigen sucht [...] wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft».

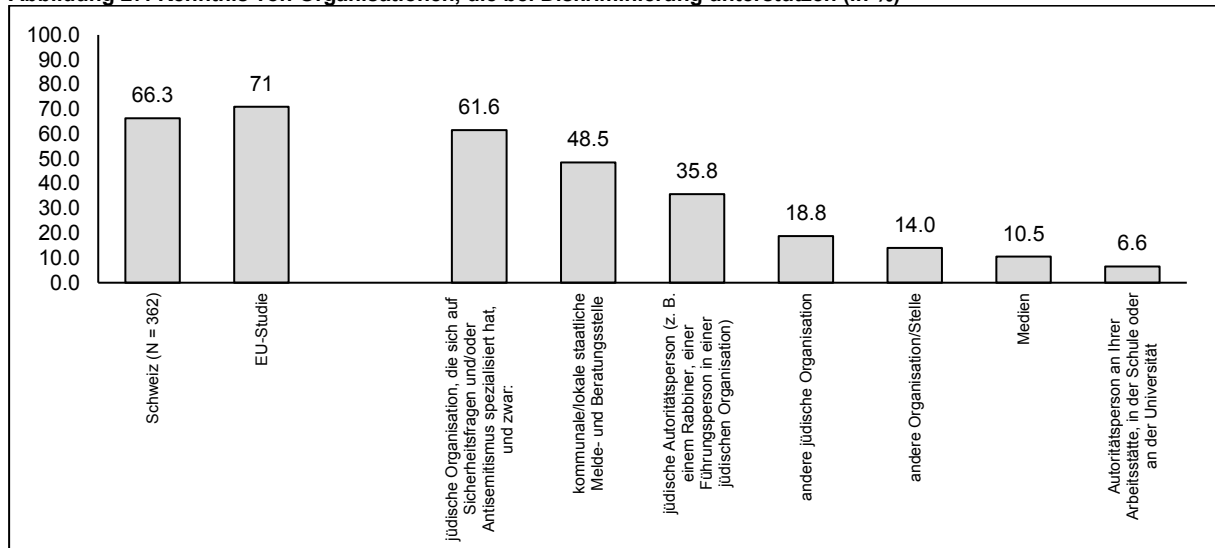
Wie Abbildung 26 zeigt, sind es in der Schweiz mit 85,0 % etwas mehr Befragte als in der EU-Studie (77 %), die bestätigen, dass es ein Gesetz gibt, das unter Strafe stellt, wenn gegen Jüdinnen und Juden zu Gewalt und Hass angestiftet wird; 72,0 % und damit ebenfalls etwas mehr Befragte als in der EU-Studie (65 %) gaben an, dass die Holocaustleugnung unter Strafe steht. Das Rechtsbewusstsein in Bezug auf diese Themen ist unter Schweizer Jüdinnen und Juden damit letztlich etwas stärker ausgebildet wie in der EU-Studie. Der Anteil derer, die mit «ich weiss es nicht» antworten, ist in beiden Befragungen allerdings in etwa gleich hoch. Wie Abbildung 26 zusätzlich verdeutlicht, existiert unter den Schweizer Jüdinnen und Juden ein starker Altersunterschied, nach dem vor allem jüngere Befragte die Gesetzeslage weniger gut kennen. Mit Blick auf das Thema Holocaustleugnung gaben 33,3 % der 16- bis 29-jährigen an, nicht zu wissen, ob entsprechendes Verhalten unter Strafe steht, mit Blick auf das Thema Anstiftung zu Gewalt und Hass 22,2 %. Bei den anderen Altersgruppen liegt der Anteil derer, die mit «ich weiss es nicht» geantwortet haben, nur etwa ein Drittel so hoch.

Abbildung 26: Bekanntheit von Gesetzen (in %)



Danach gefragt, ob sie eine Behörde oder Organisation in der Schweiz kennen würden, die Unterstützungsleistungen oder Beratungen für Menschen anbietet, die diskriminiert wurden, meinten zwei Drittel der Befragten, dass sie über solche Kenntnisse verfügen (66,3 %, Abbildung 27) – der Anteil liegt etwas niedriger als in der EU-Studie (71 %). Auch hier berichteten jüngere Befragte (58,1 %) etwas seltener davon, entsprechende Kenntnisse zu haben als ältere Befragte (zwischen 65,1 und 73,9 %). Von denjenigen Befragten, die Behörden oder Organisationen kennen, verwiesen 61,6 % auf jüdische Organisationen, die sich auf Sicherheitsfragen oder Antisemitismus spezialisiert haben; in den zugehörigen offenen Nennungen wurden am häufigsten die SIG, die GRA und die CICAD genannt. 48,5 % kennen eine kommunale oder lokale staatliche Melde- und Beratungsstelle, 35,8 % eine jüdische Autoritätsperson (z. B. einem Rabbiner, einer Führungsperson in einer jüdischen Organisation). Weniger Befragte verwiesen auf andere jüdische Organisationen (bestimmte Gemeinden, SIG, GRA) oder andere Organisationen (wobei hier wiederum häufiger die GRA oder Licra genannt wurde).

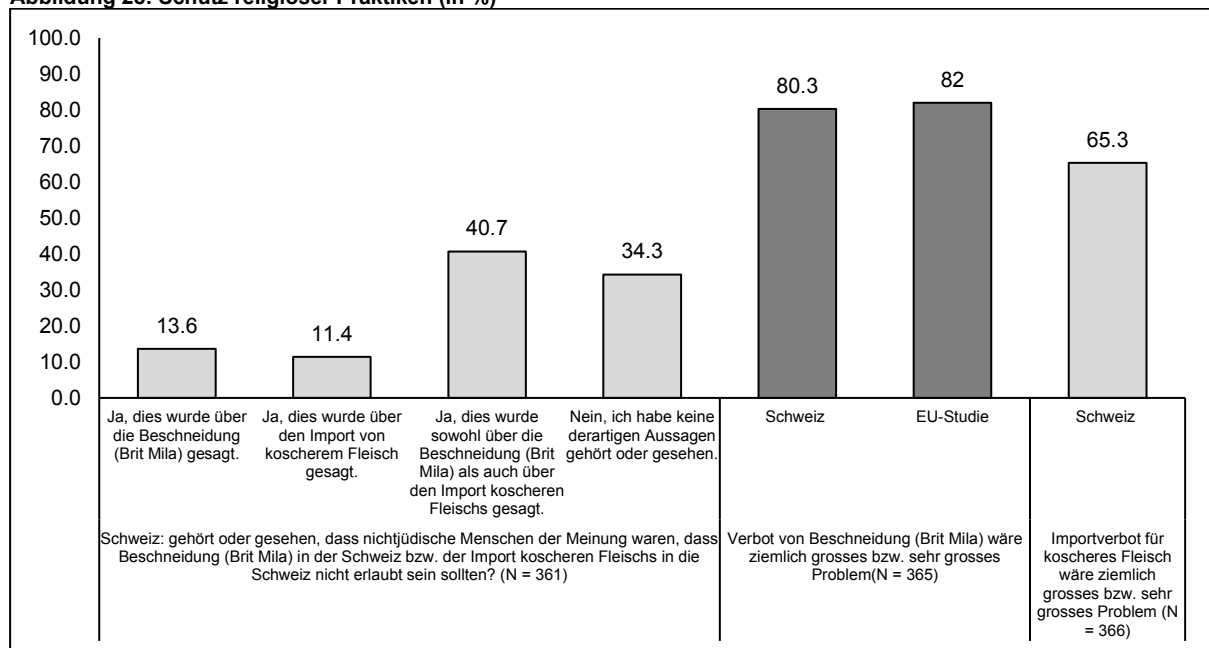
Abbildung 27: Kenntnis von Organisationen, die bei Diskriminierung unterstützen (in %)



Eine letzte Frage widmete sich dem Schutz religiöser Praktiken. In der EU-Studie wurde dabei nach der Beschneidung (Brit Mila) und dem traditionellen Schlachten (Schächten) gefragt. Da letzteres in der Schweiz verboten ist, wurde nach dem Import koscheren Fleisches gefragt. Dies hat zur Folge, dass hinsichtlich der nachfolgend präsentierten Auswertungen kaum Vergleiche mit der EU-Studie möglich sind. Zunächst wurden die Teilnehmenden gefragt, ob sie in den letzten 12 Monaten gehört oder gesehen haben, dass nichtjüdische Menschen die Meinung vertraten, dass Beschneidung in der Schweiz bzw. der Import koscheren Fleisches verboten sein sollten. Nur 34,3 % der Befragten verneinten dies; insgesamt 65,7 % wurden damit mit mindestens einer solchen Aussage konfrontiert. In der EU-Studie gaben 42 % der Befragten an, keine entsprechende Aussage gehört oder gesehen zu haben, wobei noch einmal darauf zu verweisen ist, dass statt nach dem Import von koscherem Fleisch nach dem Schächten gefragt wurde.

In Abbildung 28 ist darüber hinaus dargestellt, wie viele Befragte es als ein «ziemlich grosses Problem» oder «ein sehr grosses Problem» empfinden würden, wenn es ein Beschneidungs- oder Importverbot koscheren Fleisches geben würde. 80,3 % bestätigten dies mit Blick auf die Beschneidung, 65,3 % mit Blick auf den Import koscheren Fleisches. Der Vergleich mit der EU kann hier nur für das Beschneidungsverbot präsentiert werden. In der EU-Studie waren 82 % der Befragten der Auffassung, dass ein solches Verbot ein ziemlich oder sehr grosses Problem darstellen würde. Dies entspricht fast genau dem Anteil in der Schweiz-Befragung.

Abbildung 28: Schutz religiöser Praktiken (in %)



4 Zusammenfassung

Im Zeitraum vom 8.1.2020 bis zum 16.3.2020 wurde in der Schweiz unter hier lebenden ab 16-jährigen Jüdinnen und Juden eine Online-Befragung zu deren Erfahrungen und Wahrnehmungen von Antisemitismus durchgeführt. Diese lehnte sich eng an die von der European Union Agency for Fundamental Rights (2018) erarbeitete Studie an, die sich auf Befragungen in zwölf Ländern der EU stützt. Hierdurch ist es möglich, die Situation in der Schweiz mit der Situation in anderen Ländern der EU zu vergleichen. Bevor die Ergebnisse der Befragung zusammengefasst werden, ist zunächst auf den Kontext der Befragung einzugehen. Ende 2019 gab es verschiedene antisemitisch motivierte Gewalttaten, die auch in der Schweiz intensiv diskutiert wurden, wenngleich in der Schweiz keine solchen Taten stattgefunden haben. Solche Ereignisse können sich insbesondere in Einschätzungen zur Problemwahrnehmung und zum Sicherheitsgefühl niederschlagen. Zu erwähnen ist hier bspw. der Angriff auf eine Synagoge in Halle (Deutschland) am 9.10.2019, bei dem am Ende zwei nichtjüdische Personen getötet wurden. Am 10.12.2019 fand zudem ein antisemitischer Anschlag auf ein jüdisches Lebensmittelgeschäft in Jersey City (USA) statt, bei dem neben den beiden Tätern vier Menschen (darunter drei Mitglieder der jüdischen Gemeinde) ums Leben kamen. Anfang Dezember 2019 erfolgte zudem im elsässischen Westhoffen (Frankreich) eine Schändung eines jüdischen Friedhofs, bei dem über 100 Grabsteine mit Nazisymbolen beschmiert wurden. All diese Vorfälle zeigen, dass die Befragung in einer Zeit weltweiter antisemitischer Aktivität stattfand.

Im Rahmen der Befragung in der Schweiz wurden 487 Jüdinnen und Juden erreicht, was schätzungsweise 2,6 % der hier lebenden Jüdinnen und Juden entspricht. Die Teilnehmenden wurden über verschiedene Wege rekrutiert. Es wurden schweizweit jüdische Gemeinden und andere Organisationen angeschrieben, mit der Bitte, die Information der Befragungsdurchführung an die Mitglieder weiterzuleiten. Es wurde in jüdischen Zeitungen auf die Befragung aufmerksam gemacht, zudem über soziale Netzwerke, Flyer, Plakate usw. Die dadurch gewonnene Stichprobe ist eine Gelegenheitsstichprobe, die nicht den Anspruch erhebt, für alle Schweizer Jüdinnen und Juden repräsentativ zu sein. Befragte aus der Grossregion Zürich dürften darin bspw. überrepräsentiert sein. Die Teilnehmenden leben weitestgehend bereits sehr lange in der Schweiz, sind zu 91,9 % von Geburt an jüdisch und gehören zu 84,6 % einer Gemeinde an. Hinsichtlich verschiedener sozio-demografischer Merkmale (Geschlecht, Alter, Bildungsniveau, Erwerbsstatus, Familienstand) entspricht die Schweiz-Stichprobe weitestgehend der Stichprobe der EU-Studie.

Die Auswertungen zur jüdischen Identität zeigen, dass hauptsächlich Personen mit starker Identität erreicht wurden: Auf die Frage der subjektiv eingeschätzten Identität antworteten bspw. 85,9 %, dass diese eher oder sehr gross ist. Die deutliche Mehrheit der Befragten gehört der Gruppe der aschkenasischen Jüdinnen und Juden an; 28,1 % stufen sich als traditionell, 22,5 % als «einfach jüdisch» und 21,4 % als «reform/progressiv/liberal» ein. Es ist zugleich aber ebenfalls gelungen, orthodoxe und streng-orthodoxe Jüdinnen und Juden (14,7 bzw. 5,0 %) zu erreichen, so dass die Stichprobe durchaus ein gutes Abbild der in der Schweiz lebenden Jüdinnen und Juden darstellt. Fast zwei Drittel der Befragten (60,7 %) gab an, dass sie manchmal oder immer Kleidungsstücke oder Gegenstände in der Öffentlichkeit tragen, die sie als Jüdin bzw. Jude erkennbar machen. Das sind deutlich mehr Befragte als in der EU-Studie (49 %), was darauf schliessen lässt, dass die jüdische Identität offener gelebt wird bzw. gelebt werden kann als dies in anderen Ländern der EU der Fall ist.

Im Folgenden werden die zentralen Befunde der Befragung entlang der einleitend formulierten Forschungsfragen zusammengefasst.

Leitfragen: Wie schätzen die Jüdinnen und Juden der Schweiz die derzeitige gesellschaftliche Situation bzgl. des Themas Antisemitismus ein? Nimmt Antisemitismus aus ihrer Sicht zu? Wie ausgeprägt ist insgesamt das Sicherheitsgefühl der Jüdinnen und Juden in der Schweiz?

Mehr als die Hälfte der Befragten (51,5 %) gibt an, dass Antisemitismus in der Schweiz ein aktuelles gesellschaftliches Problem ist; 74,2 % gehen davon aus, dass Antisemitismus im Zeitraum der letzten fünf Jahre ein zunehmendes Problem darstellt. Diese Zahlen unterstreichen deutlich, dass Antisemitismus in der Perspektive der Schweizer Jüdinnen und Juden ein relevantes Problemfeld darstellt. Ganz besonders betrifft dies den Bereich Internet und soziale Netzwerke: Fast neun von zehn Befragten meinten, dass Antisemitismus in diesem Bereich in den letzten fünf Jahren zugenommen hat (87,3 %). Der Vergleich mit der EU-Studie macht deutlich, dass in der Schweiz alles in allem weniger Befragte die Ansicht teilen, dass Antisemitismus ein (zunehmendes) Problem darstellt. In Bezug auf die Einschätzungen zum Thema Antisemitismus im Internet/in den sozialen Netzwerken gleichen sich hingegen die Wahrnehmungen. Auch weitere Befunde bestätigen, dass Online ausgeführter Antisemitismus verbreitet zu sein scheint: So gab bspw. die Hälfte der Befragten an, Zeuge/Zeugin davon geworden zu sein, dass Jüdinnen und Juden im Internet/in den sozialen Netzwerken beleidigt oder bedroht wurden (49,2 %).

In Bezug auf das Thema Sicherheit zeigt sich ebenfalls, dass ein substanzieller Anteil der Befragten subjektive Unsicherheit äussert. Fast jeder dritte/r Befragte (30,0 %) gab an, manchmal zu vermeiden, Veranstaltungen, Stätten oder Örtlichkeiten aufzusuchen, weil man sich auf dem Weg dahin nicht sicher fühlt. Fast jede/r fünfte Befragte (18,5 %) hat in den letzten fünf Jahren darüber nachgedacht, auszuwandern. Jede/r siebte Befragte (14,1 %) sorgt sich davor, in den kommenden zwölf Monaten körperliche angegriffen zu werden. Das Unsicherheitsgefühl ist bei jüngeren Befragten, orthodoxen und streng-orthodoxen Jüdinnen und Juden sowie bei Befragten, die Kleidungsstücke tragen, die sie als Jüdin oder Jude erkennbar machen, stärker ausgeprägt. Hinzuweisen ist bei all diesen Indikatoren darauf, dass im Vergleich zur EU-Studie in der Schweiz das Unsicherheitsgefühl teilweise deutlich geringer ausgeprägt ist, was zugleich aber nicht bedeutet, dass in der Schweiz diesbezüglich alles zum Besten steht – die genannten Zahlen zeigen dies klar auf.

Gefragt danach, wie sie die Arbeit der Schweizer Behörden einschätzen, gaben vier von zehn Befragten an (42,9 %), dass diese den Antisemitismus wirksam bekämpfen. Auch wenn dies weniger als die Hälfte der befragten Jüdinnen und Juden sind, zeigt der EU-Vergleich, dass die Schweizer Behörden hier deutlich besser eingeschätzt werden als die Regierungen anderer Länder. Ebenfalls nur vier von zehn Befragten (38,8 %) meinten, dass die Schweizer Behörden angemessen auf die Sicherheitsbedürfnisse der jüdischen Bevölkerung reagieren – oder umgekehrt ausgedrückt: Fast zwei Drittel sprachen sich dafür aus, dass die Behörden zukünftig noch stärker die Sicherheitsbedürfnisse beachten sollten.

Leitfragen: Mit welcher Häufigkeit haben jüdische Personen antisemitische Übergriffe – verbal oder physisch, im realen oder virtuellen Raum – erlebt? Wie häufig haben sie Erfahrungen der Diskriminierung machen müssen? Wie häufig haben Sie Beobachtungen von Antisemitismus gemacht?

Gefragt wurde in der Studie danach, ob verschiedene Beobachtungen gemacht wurden, also ob nicht-jüdische Personen bspw. behauptet haben, dass Jüdinnen und Juden «geldgierig» sind oder den Antisemitismus selbst verursacht haben. Die Auswertungen hierzu zeigen, dass solche antisemitischen Behauptungen in der Schweiz recht häufig getätigt werden. So gaben 45,6 % der Befragten an, oft oder ständig gehört bzw. gesehen zu haben, dass nichtjüdische Personen behaupten, dass Israelis sich «wie Nazis» gegenüber den Palästinensern verhalten; ein Drittel der Befragten gibt an, gehört oder gesehen zu haben, dass nichtjüdische Personen behaupten, dass Juden «geldgierig» sind oder «zu sehr unter sich bleiben». Gleichwohl zeigen die Vergleiche zur EU-Studie, dass in der Schweiz weniger Befragte mit solcherart Vorurteile über die Jüdinnen und Juden konfrontiert wurden.

Werden die Erfahrungen betrachtet, die die Teilnehmenden der Befragung selbst erlebt haben, ergeben sich folgende Opferzahlen:

- 49,3 bzw. 31,3 % haben in den letzten fünf Jahren bzw. den letzten zwölf Monaten antisemitische Belästigungen erlebt, also jeder zweite bzw. jeder dritte Befragte. Antisemitisches Verhalten ist also zweifellos ein bestehendes Problem in der Schweiz. Diese Raten fallen dabei sogar etwas höher aus als in der EU-Studie, wobei sich diese Höherbelastung im Wesentlichen auf die Belästigungsform «jemand hat beleidigende oder bedrohliche Kommentare mir gegenüber abgegeben» bezieht, die in der Schweiz mit 42,3 bzw. 24,4 % am verbreitetsten ist. Als eine antisemitische Belästigungsform wurde explizit erhoben, ob die Befragten beleidigende Kommentare zu ihrer Person im Internet oder den sozialen Netzwerken erlebt haben. Hiervon berichteten mit 10,0 bzw. 6,8 % (letzte fünf Jahre bzw. letzte zwölf Monate) weniger Befragte als in der EU-Studie und vor dem Hintergrund zur Problemeinschätzung zum Antisemitismus im Internet/den sozialen Netzwerken eher wenig Befragte. Eine Erklärung könnte sein, dass sich Antisemitismus im Internet/den sozialen Netzwerken weniger direkt auf einzelne Individuen bezieht, sondern vielmehr auf antisemitische Äusserungen im Allgemeinen, was auch damit in Zusammenhang stehen könnte, dass eine Person im Internet/den sozialen Netzwerken nicht ohne Weiteres als Jüdin oder Jude erkennbar ist.
- 6,6 bzw. 3,2 % der Befragten haben antisemitische Sachbeschädigungen erlebt. Auch hier ergeben sich im Vergleich zur EU-Studie erhöhte Raten in der Schweiz.
- 3,5 bzw. 1,9 % haben antisemitische physische Gewalt erlebt, d.h. Körperverletzungen oder Tätlichkeiten. Diese Form von Übergriffen stellt damit eine Ausnahme dar, kommt aber gleichwohl in der Schweiz vor. Die Raten sind vergleichbar zu den in der EU-Studie berichteten Raten.

Hinsichtlich der Häufigkeit des Erlebens von Belästigung und Gewalt gilt, dass jüngere Menschen, bestimmte Gruppen der jüdischen Bevölkerung sowie Personen, die Kleidungsstücke oder Gegenstände tragen, die sie als Jüdin bzw. Jude erkennbar machen, stärker von antisemitischen Übergriffen berichten. So gaben bspw. 94,4 % der streng-orthodoxen Befragten an, in den letzten zwölf Monaten Belästigungen erfahren zu haben.

Zusätzlich erfragt wurde, ob die Jüdinnen und Juden in verschiedenen Bereichen des sozialen Lebens, so z.B. bei der Arbeit oder Arbeitssuche oder bei der Wohnungssuche diskriminiert worden sind. Von allen Befragten gaben 16,2 % an, in mindestens einem Bereich Diskriminierung erlebt zu haben. Dieser Anteil liegt über dem Wert der EU-Studie. Dabei ergeben sich vor allem für drei Bereiche erhöhte Diskriminierungswerte in der Schweiz: Diskriminierung an Schulen, Hochschulen oder anderen Bildungseinrichtungen; Diskriminierung am Arbeitsplatz; Diskriminierung bei der Wohnungssuche. Dies unterstreicht noch einmal, dass der Bildungs- und Arbeitsbereich wichtige Felder der Präventionsarbeit sein sollten.

Die genaue Form der Diskriminierung kann mit der Befragung nicht aufgezeigt werden. Es ist aber eher nicht der Fall, dass sich Jüdinnen und Juden am Arbeitsplatz oder in Bildungsinstitutionen nicht für religiöse Feiertage o.ä. frei nehmen dürfen bzw. davon abgehalten werden, religiöse Praktiken auszuüben. Es dürften daher andere, subtilere Formen der Diskriminierung stattfinden. Weitere, bspw. auch qualitativ angelegte Forschung könnte dieses Themenfeld weiter untersuchen.

Die Auswertungen zu den Übergriffserfahrungen belegen zuletzt, dass das Erleben gerade von Belästigungen und Diskriminierungen einen bedeutenden Einfluss auf das Leben der Befragten hat und dass damit diese Viktimisierungsformen sehr ernst genommen werden sollten. So steigt die Furcht vor Übergriffen, wenn solche Erlebnisse gemacht werden; das Vermeidungsverhalten nimmt ebenfalls zu. Zugleich finden sich Hinweise auf weitere Auswirkungen: So sinkt tendenziell die Lebenszufriedenheit mit

dem Erleben von Diskriminierungen und es schwindet das Vertrauen in die politischen Institutionen der Schweiz, wenn Übergriffserfahrungen gemacht wurden. Die Auswirkungen sind daher recht breit.

Leitfragen: Was ist über die Umstände dieser Vorkommnisse bekannt? Wer sind also bspw. die Täterinnen und Täter von Übergriffen? Wie häufig und wem haben die Opfer die Erlebnisse berichtet?

Zur schwerwiegendsten erlebten Opfererfahrung der Belästigung, Sachbeschädigung und physischen Gewalt konnten die Befragten zusätzlich Angaben dazu machen, wo sich dieses ereignete, wer die Tatperson war und ob der Vorfall gemeldet wurde. Die entsprechenden Auswertungen belegen dabei, dass es ein hohes Dunkelfeld antisemitischer Übergriffe gibt – insbesondere im Bereich der Belästigungen. Dies bedeutet, dass zahlreiche solcher Übergriffe nicht gemeldet werden. So gaben nur 22,6 % der Befragten an, dass sie das Erleben beleidigender bzw. bedrohlicher Kommentare der Polizei oder einer anderen Stelle gemeldet hätten; 34,2 % haben andere Formen der Belästigungen gemeldet. Mindestens zwei Drittel dieser Taten verbleibt damit im Dunkelfeld. Die Bereitschaft, solche Erfahrungen zu melden, liegt gleichwohl etwas höher als in der EU-Studie. Es dürfte zugleich wichtig sein, Opfer zukünftig noch stärker zu ermutigen, die Erfahrungen der Polizei oder anderen Stellen oder Organisationen mitzuteilen, um a) Hilfe zu erhalten und b) das tatsächliche Ausmass des Antisemitismus in der Schweiz sichtbar zu machen. Hinsichtlich der Sachbeschädigungen und physischen Gewalt liegen diese Meldequoten mit 71,4 und 63,6 % bereits recht hoch. Diese Quoten bedeuten aber auch, dass noch immer eine von vier antisemitischen Sachbeschädigungen und eine von drei physischen Gewaltvorfällen nicht gemeldet werden. In Bezug auf erlebte Diskriminierungen gilt, dass 26,9 % Meldung bei der Polizei oder einer anderen Stelle gemacht haben; auch diese Rate liegt höher als in der EU-Studie, bedeutet aber gleichzeitig, dass drei von vier Diskriminierungserfahrungen nicht gemeldet werden.

Hinsichtlich der Tatpersonen zeigen die Auswertungen keine Dominanz eines spezifischen Tätertypus. Im Gegensatz zur EU-Studie kann bspw. nicht gezeigt werden, dass Personen mit extremistischer muslimischer oder links- bzw. rechtsgerichteter Orientierung übermässig häufig als Tatpersonen benannt werden. Antisemitismus in der Schweiz geht dementsprechend von verschiedenen Personen aus. Bei Sachbeschädigungen besteht meist kein Wissen zur Tatperson, bei physischer Gewalt sollten aufgrund weniger Befragter, die dies erlebt haben, keine Verallgemeinerungen getroffen werden. Hinsichtlich der Belästigungsformen zeigt sich, dass neben anderen Tatpersonen auch Arbeitskollegen oder Personen aus dem Schul-/Hochschulbereich sowie «Teenager» benannt wurden. In Bezug auf diese Gruppen bzw. Bereiche ergibt sich damit ein erhöhter Präventionsbedarf, was mit den Befunden zu den Bereichen der Diskriminierung übereinstimmt.

Neben diesen Leitfragen widmete sich die Befragung zuletzt dem Thema des Rechtsbewusstseins. Die Befunde belegen einerseits, dass ein Grossteil der Jüdinnen und Juden der Schweiz die rechtliche Lage in Bezug auf die Strafbarkeit der Holocaustleugnung und der Anstiftung zu Gewalt und Hass gegenüber Juden kennt – jeweils mindestens drei Viertel der Befragten wussten, dass es hierzu ein Gesetz gibt. Andererseits zeigt sich hinsichtlich dieses Wissens ein deutliches Altersgefälle: Für jüngere Jüdinnen und Juden offenbart sich hier eine deutliche Wissenslücke, insofern bspw. 33,3 % der 16- bis 29-jährigen nicht wussten, ob es ein Gesetz gibt, das die Holocaustleugnung unter Strafe stellt. Hier wäre es sicherlich sinnvoll, Schritte zu ergreifen, um den jungen Menschen die rechtlichen Rahmenbedingungen stärker zur Kenntnis zu bringen.

Literatur

Berman Jewish DataBank (2019). World Jewish Population, 2018.

Bundesamt für Statistik (2019). Erhebung zum Zusammenleben in der Schweiz (ZidS): Ergebnisse 2018.

Eidgenössische Kommission gegen Rassismus EKR (2018). Strafnorm gegen Rassendiskriminierung. <https://www.ekr.admin.ch/rechtsgrundlagen/d154.html> (Zugriff: 8.6.2020).

European Union Agency for Fundamental Rights (2018). Experiences and perceptions of antisemitism. Second survey on discrimination and hate crime against Jews in the EU.

Manzoni, P., Baier, D., Haymoz, S., Isenhardt, A., Kamenowski, M., Jacot, C. (2018). Verbreitung extremistischer Einstellungen und Verhaltensweisen unter Jugendlichen in der Schweiz. Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften: Forschungsbericht.

Niggli, M.A. (2007). Rassendiskriminierung. Ein Kommentar zu Art. 261 StGB und Art 171c MStG (2. Aufl.). Zürich: Schulthess Juristische Medien AG.

Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund SIG/GRA Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus (2019). Antisemitismusbericht für die Deutschschweiz 2018.

Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund SIG/GRA Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus (2020). Antisemitismusbericht für die Deutschschweiz 2019.

Anhang: Flyer bzw. Plakat zur Befragung

ANTI SEMI TISMUS

*eine schweizweite Befragung
von Jüdinnen und Juden zu ihren
Erfahrungen mit Antisemitismus*

FRAGEBOGEN

zur Umfrage:
[www.zhaw.ch/
antisemitismusbefragung](http://www.zhaw.ch/antisemitismusbefragung)

Ausfüllen am
Desktop empfohlen
oder schriftlichen
Fragebogen anfordern

KONTAKT

Prof. Dr. Dirk Baier
dirk.baier@zhaw.ch



Dirk Baier



Dominic Pugatsch



HINTERGRUND

Antisemitismus beschäftigt in der Schweiz lebende Jüdinnen und Juden immer wieder, sei es durch persönliche Erfahrungen, die medialen Diskussionen oder die historischen Ereignisse. Das Institut für Delinquenz und Kriminalprävention des Departements Soziale Arbeit der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften führt in Zusammenarbeit mit der GRA Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus eine schweizweite Befragung von Jüdinnen und Juden zu ihren Erfahrungen mit Antisemitismus durch.

Teilen auch Sie Ihre Erfahrungen mit uns!

WER KANN MITMACHEN

Teilnehmen können alle in der Schweiz lebenden Jüdinnen und Juden mit einem Mindestalter von 16 Jahren.

Die Teilnahme an der Befragung ist freiwillig und streng vertraulich. Namen und Adressen werden nicht erfragt. Die Befragung wird ca. 30 Minuten in Anspruch nehmen. Ihre Antworten werden anonymisiert. Da die Fragen sehr persönlich sind, hat der Schutz Ihrer Angaben höchste Priorität.

Hinweis: Persönlich erlebter Antisemitismus ist keine Voraussetzung, um an der Befragung teilzunehmen. Ihre Teilnahme ist auch bei positiven Erfahrungen sehr erwünscht!

Zürcher Hochschule
für Angewandte Wissenschaften

Departement Soziale Arbeit

Institut für Delinquenz und Kriminalprävention

Pfingstweidstrasse 96
Postfach 707
CH-8005 Zürich

Telefon +41 58 934 89 04
ldk.sozialarbeit@zhaw.ch
www.zhaw.ch/sozialarbeit